M 3477 F

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

PHILIPPINEN
DER STURZ
DES DIKTATORS

Philippinen · Haiti · Sri Lanka · Pazifik
Bevölkerungspolitik · Libanon
El Salvador · Zuckerweltmarkt
Buko-Aufruf · Türkei/BRD

REGISTER

Nr. 132 · März 19[illegible]6

Inhaltsverzeichnis:

impressum

blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 40 03, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-12 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Alf Baier, Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Gerhard Braun, Ferdos Forudastan, Wolf-Matthias Gall, Christine Grieshaber, Claudia Haid, Iris Harnischmacher, Daniela Heuberger, Hans-Martin Holub, Peter Hübner, Christa Kernbichl, Markus Kleine, Michael Knüfer, Werner Kobe, Claudia Koenig, Michael Krischer, Rainer Luick, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Theo Niewerth, Mariele Pelster, Bernd Riegraf, Matthias Rommel, Dietmar Saier, Peter Schmidt, Michael Schneider, Alexander Spermann, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Wilfried Wallucks, Daniela Zimmermann

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 32 61 87

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11,
Telefon: (0641) 7 70 53

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 133:
15. April 1986

Anzeigenschluß für Nr. 133:
22. April 1986

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Haiti – das Ende einer Diktatur?

Obwohl Haiti eine sehr interessante Geschichte und Kultur hat und obwohl es bis zum 7. Februar 1986 von einer der brutalsten Diktaturen der westlichen Hemisphäre beherrscht wurde, ist in der BRD kaum etwas über dieses Land bekannt.

Haiti ist eines der ärmsten Länder der Erde, der Außenhandel (vor allem Kaffee Bauxit und Sisal) ist kaum nennenswert und wird im wesentlichen mit den USA abgewickelt.

Die Einkomensverteilung ist selbst im Vergleich mit lateinamerikanischen Ländern extrem ungleich. 0.8% der Bevölkerung monopolisieren 80% der Einkommen, während das jährliche Durchschnittseinkommen von 80% der Bevölkerung bei etwa 60 US$ liegt. Das Vermögen von Jean-Claude Duvalier wird auf 450 Mio. US-$ geschätzt, das seiner Mutter auf 1.150 Mio. US-$, mehr als das Bruttosozialprodukt des Jahres 1979.[1]

Mit 6 Millionen Einwohnern auf einer Fläche von 28.890 qkm ist Haiti fast so dicht besiedelt wie die BRD. Nur etwa die Hälfte dieser geringen Fläche ist landwirtschaftlich nutzbar, aber 70% der Bevölkerung müssen von der Landwirtschaft leben.

Über die Verteilung des Landbesitzes gibt es stark widersprüchliche Angaben, nach offiziellen Angaben ist die Hälfte der Betriebe kleiner als 0,65 ha. Fest steht außerdem, daß sich seit der US-amerikanischen Besetzung zu Anfang des Jahrhunderts Plantagen und sonstiger Großgrundbesitz stark ausgebreitet haben. Landbesitz hängt weitgehend von der Gnade der Mächtigen ab, da es keinerlei Grundbuch gibt. Ein großer Teil der besten Ländereien wurde vom Duvalierclan an Gefolgsleute vergeben oder auf 99 Jahre an ausländische Investoren verpachtet. Die Kleinbauern werden auf immer kargere Böden abgedrängt (6000 ha Landwirtschaftsfläche fallen jährlich der Erosion zum Opfer), müssen aus dem Land fliehen oder vergrößern das Heer der städtischen Armen. Eine Studie der Weltbank stellte 1978 fest, daß 94% der Landbevölkerung stark unterernährt sind. Die Bevölkerung der Hauptstadt Port-au-Prince wuchs seit 1962 von 200.000 auf mehr als eine Million.[2]

Daß sich die Lebenssituation der Bevölkerung unter der Bereicherungsdiktatur der Duvaliers dramatisch verschlechtert hat, zeigt sich auch an einer anderen Zahl: 1958 wurde in einer landesweiten Untersuchung festgestellt, daß 21% der Kinder unterernährt waren, 1975 waren es bereits 87. Etwa jedes vierte Baby erreicht das vierte Lebensjahr nicht. (Die Außenhandelsstatistik der BRD läßt vermuten, daß auch wir etwas damit zu tun haben: im 1. Halbjahr 1985 wurden für 13,5 Mio. DM »Nahrungsmittel und lebende Tiere« aus Haiti importiert, aber nur für 3,5 Mio. DM dorthin exportiert.)

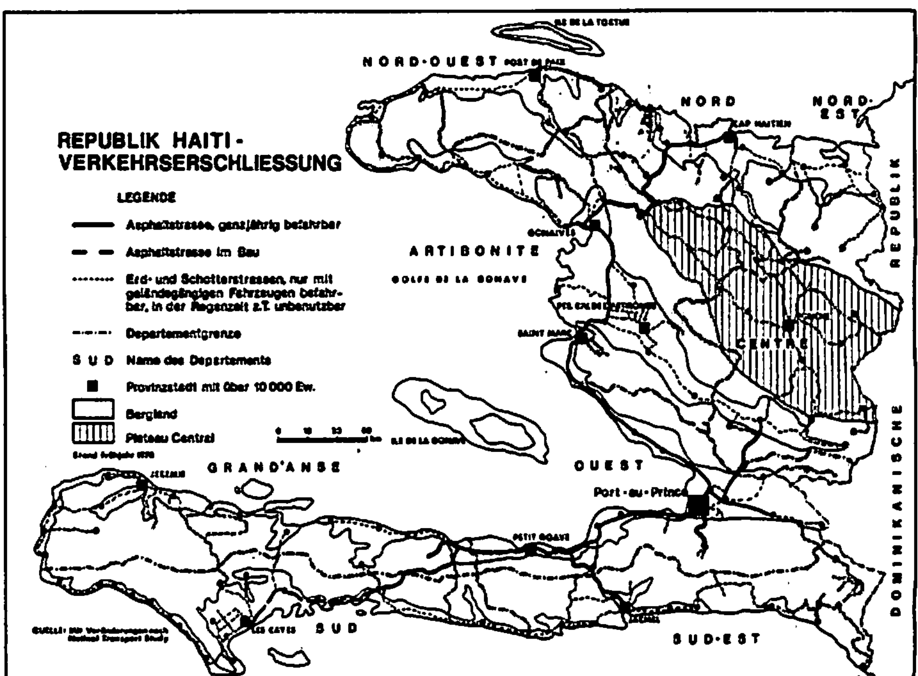
In der Industrie gibt es nur 65.000 Arbeitsplätze. Die Industrie, von Adidas bis Omega in ausländischer Hand, greift weder auf lokale Rohstoffe zurück, noch stellt sie Dinge her, die die Bevölkerung benötigt oder sich leisten kann: Haiti ist der weltgrößte Exporteur von Basebällen, handgenäht für einen Wochenlohn von 12 $, und der zweitgrößte Exporteur von Büstenhaltern.[3]

Die Geschichte Haitis.

Bei der Ankunft der Spanier im Jahre 1492 war die Insel Haiti (»Land der Berge«, von den Spaniern in »Hispaniola« umbenannt) bereits seit langer Zeit von karibischen Indianern besiedelt. Diese indianische Bevölkerung von rund 1 Million Menschen wurde von den Spaniern innerhalb weniger Jahrzehnte vollständig ausgerottet. Daraufhin begannen die Spanier zu Beginn des 16. Jahrhunderts mit dem Import afrikanischer Sklaven. Doch erst mit der Einführung einer intensiven Plantagenwirtschaft vor allem durch französische Siedler seit dem 17. Jahrhundert (Drei Viertel der damaligen Weltproduktion von Zucker, außerdem Indigo, Kaffee, Baumwolle und Kakao), wuchs die Zahl der afrikanischen Sklaven auf der Insel beträchtlich. 1679 kam es zum ersten größeren Aufstand der Sklaven und 1697 wurde der Westteil der Insel unter dem Namen »St. Domingue« französische Kolonie. In der französischen Kolonialzeit entwickelten sich die haitianischen Plantagen boomartig, sodaß Haiti im 18. Jahrhundert die reichste europäische Kolonie in Amerika wurde: reicher als alle britischen Kolonien in Nordamerika und reicher als alle spanischen Kolonien in Südamerika zusammen. Dieser Reichtum wurde jedoch ausschließlich durch die Plantagensklaven erwirtschaftet und nach Frankreich transferiert; er machte im 19. Jh. ein Drittel des gesamten französischen Außenhandels aus. In der französischen Kolonialzeit entwickelte sich in Haiti auch die für die karibischen Länder typische Hierarchisierung der Gesellschaft nach rassischen Gesichtspunkten.

An der Spitze stand eine kleine, extrem reiche, weiße Oberschicht aus Plantagenbesitzern, darunter folgte eine Schicht sogenannter »kleiner Weißer« (ca. 30.000) und eine etwa gleich große, teilweise sehr reiche aber politisch rechtlose Schicht freigelassener Sklaven, die in der Regel Mulatten waren, die Basis bildete die überwältigende Mehrheit schwarzer Sklaven (Ende des 18. Jahrhunderts ca. 450.000).

Im Jahre 1791, zwei Jahre nach dem Ausbruch der Französischen Revolution erhoben sich in St. Domingue die Sklaven gegen die Plantagenbesitzer. 1794, nach dem Machtantritt der Jakobiner, schaffte





Dessalines

die französische Regierung die Sklaverei ab, verbündete sich mit den aufständischen Schwarzen gegen die vordringenden Engländer und Spanier und ernannte den Führer der Schwarzen, Toussaint L'Ouverture, zum französischen Divisionsgeneral. Toussaints Armee von ehemaligen Sklaven vertrieb 1798 die Engländer und annektierte 1801 kampflos den spanischen Ostteil der Insel.

Angesichts der Bestrebungen der französischen Reaktion, die Sklavenhaltergesellschaft wiederherzustellen, verkündete Toussaint eine eigene Verfassung für die Kolonie und ernannte sich selbst zum französischen Gouverneur.

Im Dezember 1801 schickte Napoleon eine Invasionsarmee von insgesamt 40.000 Mann auf die Insel. Toussaint L'Ouverture ließ sich nach anfänglichen Niederlagen auf Verhandlungen ein, wurde jedoch verhaftet und nach Frankreich deportiert, wo er 1803 starb. Seine Generäle Dessalines, Christophe und Pétion schlugen jedoch schließlich die französische Invasionsarmee, proklamierten am 1.1.1804 die Unabhängigkeit und nannten ihr Land nach seinem alten Namen Haiti. (Der Stolz des neuen Staates auf seine afrikanische Identität drückte sich in einer Verfassungsbestimmung aus, daß alle Haitianer ohne Rücksicht auf ihre Hautfarbe als »schwarz« zu bezeichnen seien. Dies galt auch für die eingebürgerten Deserteure der napoleonischen Armee, die sich dem Unabhängigkeitskrieg angeschlossen hatten, hauptsächlich Polen und Deutsche. Weiter hieß es, daß kein Weißer mehr Land besitzen oder erwerben dürfe.) Die im Land verbliebenen Franzosen wurden ermordet oder vertrieben.

Durch die Unabhängigkeit wurde die Klassenstruktur der haitianischen Gesellschaft aber nicht wesentlich modifiziert. Bereits in der Kolonialzeit war ein Drittel des Landes und ein Viertel der Sklaven in den Händen von ehemaligen Sklaven und deren Nachkommen. Sie blieben weiter Grundbesitzer. Auch die Führer der aufständischen Sklaven versuchten aus Angst vor dem wirtschaftlichen Niedergang den Betrieb der lukrativen Exportplantagen mit einer Art Zwangsarbeit bzw. durch Militarisierung der Plantagen aufrecht zu halten. Um den Arbeitskräftemangel zu beheben, wurden vorübergehend sogar Sklaven aus Afrika importiert, die nach ihrer Ankunft sofort freigelassen wurden. Für die Masse der Sklaven bestand das Ziel ihrer Revolution begreiflicherweise darin, nicht mehr für einen Herrn arbeiten zu müssen und nicht mehr so viel arbeiten zu müssen. Etwa 15 Jahre lang konnte im nördlichen Teil Haitis die Zwangsbewirtschaftung der Plantagen aufrechterhalten werden, wo die Arbeiter zwar geregelte Arbeitszeiten und eine Fünf-Tage-Woche hatten, aber die Plantage nicht verlassen durften. Als die Regierung ab 1820 damit begann, das verstaatlichte Plantagenland an die Soldaten der Armee zu verteilen, bzw. Landbesetzungen durch Kleinbauern zu dulden, konnten die ehemaligen Sklaven zwar ihre Vorstellung von Freiheit zu verwirklichen, unabhängige Subsistenzbauern zu werden, aber diejenigen Exportkulturen, die nur in Großbetrieben rentabel angebaut werden konnten (z. B. Zucker) verloren an Bedeutung. Die Kaffeeproduktion, die sich für kleine Parzellen eignet, nahm allerdings gegenüber der Kolonialzeit noch zu. Der Verfall der Exportproduktion, und damit der Staatseinnahmen, wird oft als Ursache dafür angeführt, daß aus der reichsten Kolonie des 18. Jahrhunderts allmählich eines der ärmsten Länder des 20. Jahrhunderts wurde. Für die Masse der ehemaligen Sklaven bedeutete es aber einen Fortschritt, als Kleinbauern und Pächter für sich und ihre Familien Grundnahrungsmittel anbauen zu können.



Auch politische Faktoren machten die Situation des unabhängigen Haiti schwierig: Der alte Klassengegensatz zwischen Herr und Sklave verwandelte sich in einen Gegensatz zwischen einer städtischen, meist hellhäutigen »Elite« und der Masse von Kleinbauern im Hinterland, die Créole spricht und die französische »Landessprache« oft nicht einmal versteht. Das unabhängige schwarze Haiti stellte eine starke Provokation für die europäischen Kolonialmächte der Karibik und die USA dar, die alle noch Sklavenhalterökonomien waren. 1806 wurde in den USA ein Gesetz erlassen, das den Handel mit Haiti verbot.

Die Furcht vor einer neuen Invasion zwang zu einer kostspieligen Militarisierung. Mitte des 19. Jahrhunderts war die Armee 32.000 Mann stark, bei einer Gesamtbevölkerung von 800.000. Als Preis für die diplomatische Anerkennung durch Frankreich mußten hohe Reparationsleistungen aufgebracht werden.

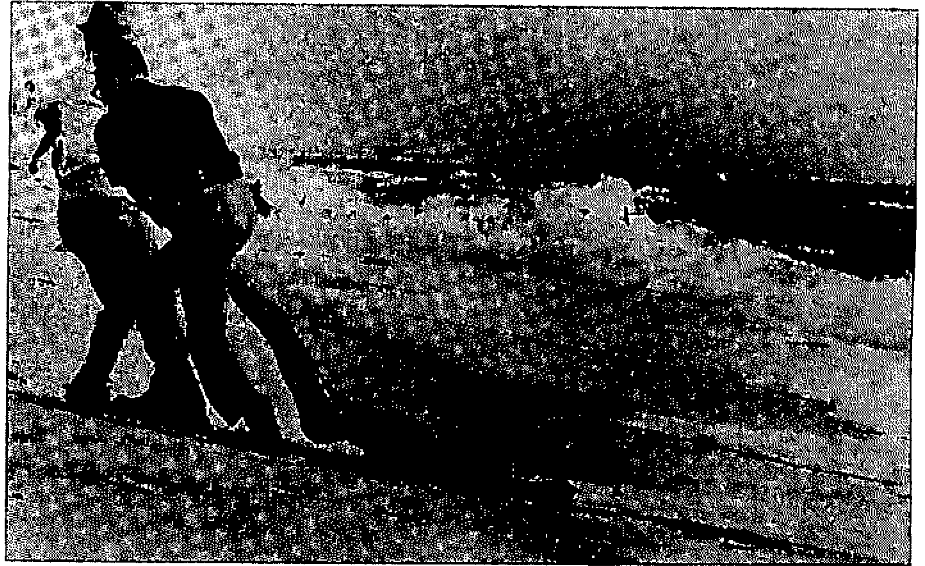
Finanznot und Militarisierung und die Rivalität der schwarzen und mulattischen »Eliten« begünstigten die Korruption der herrschenden Klasse. ein effizienter Beamtenapparat konnte sich nicht herausbilden. Die Versuchung lag nahe, sich durch einen Militärputsch die knappen Finanzmittel des Staates anzueignen und sich so lange schadlos zu halten, bis eine andere Fraktion das gleiche tut.



Die außenpolitische und innenpolitische Schwäche des haitianischen Staats führte schließlich dazu, daß die USA das Land 1915 ohne großen Widerstand besetzen konnten. Als Vorwand diente der 1. Weltkrieg und die angebliche Gefahr einer deutschen Invasion, da die haitianische Handelsbourgeoisie stark mit deutschen Kaufleuten durchsetzt war. In Wirklichkeit ging es um die Öffnung Haitis für das US-Kapital. Die USA zwangen Haiti eine neue Verfassung auf, die das Grundbesitzverbot für Ausländer aufhob, US-Gesellschaften legten exportorientierte Plantagen an, vertrieben die Kleinbauern und führten die Zwangsarbeit wieder ein. Wie in der Sklavenzeit wurden die Zwangsarbeiter auf dem Weg zu und von der Arbeit aneinandergefesselt. Es gab mehrere Bauernaufstände, die 1920 in einem Sturm auf Port-au-Prince gipfelten, aber von den Marines blutig unterdrückt wurden. Der Mindestlohn wurde auf 0,20 US-$ für einen 12-Stunden-Tag festgelegt. Nach erneuten Aufständen zogen die USA 1934 ab, ließen aber eine von ihnen aufgebaute und kontrollierte Armee zurück, die seither den wichtigsten Machtfaktor im Land darstellte. Im 2. Weltkrieg konnten die USA ihre Position weiter ausbauen, sie kontrollierten bis 1947 die Finanzverwaltung Haitis und sind verantwortlich für die korrupten Regimes der Nachkriegszeit, die sie von kurzen Ausnahmen abgesehen, mit großen Finanzspritzen an der Macht hielten. Präsident Dumarsais Estimé hatte bis 1950

noch versucht, ernsthafte soziale Reformen durchzuführen, wurde aber von der Armee abgesetzt.

In den Wahlen von 1950 setzte sich dann Paul Magloire gegen seine Konkurrenten durch, doch unter seiner Präsidentenschaft wiederholte sich das alte Muster der haitianischen Innenpolitik: zunehmende Korruption und Unterdrükkung der Opposition und autoritäre Ambitionen des Präsidenten führten zu Protesten der Bevölkerung (Dezember 1956 Streiks), woraufhin Magloire mit der Staatskasse (zwischen 12 und 28 Millionen Dollar) ins Ausland floh. Nach mehrmonatigen Wirren ließ die Armee im Oktober 1957 den populären schwarzen Landarzt François Duvalier (»Papa Doc«) als neuen Präsidenten Haitis wählen.



Ertrunkener Flüchtling an der Küste von Florida

Die Ära Duvalier.

Doch auch unter François Duvalier setzte sich das bekannte Schema haitianischer Innenpolitik weiter fort: nach der Ausschaltung der Opposition wird der Staat zur Privatpfründe des jeweilig herrschenden Clans umfunktioniert. François Duvalier gelang es jedoch im Gegensatz zu seinen Vorgängern, alle Machtkonkurrenten aus den eigenen Reihen, aus der Armee, sowie die Opposition dauerhafauszuschalten, indem er 1958 eine eigene Geheimpolizei gründete. Diese paramilitärische Truppe, die sogenannten »Tonton Macoutes« wurden schnell zur eigentlichen Basis der Macht der Duvaliers. Im Jahre 1985 wurde ihre Stärke auf rund 15.000 Mann geschätzt, das heißt, doppelt so stark wie die haitianische Armee selbst. Damit gelang »Papa Doc« die Errichtung einer Familiendiktatur ähnlich dem Somoza-Clan in Nicaragua. Unmittelbar nach der Machtübernahme wurde eine Totalzensur verhängt, zahlreiche Priester wurden ausgewiesen, alle Jugendgruppen aufgelöst, alle wichtigeren potentiellen Gegner des Regimes liquidiert. 1960 wurde die Zahl der bis dahin ermordeten Personen bereits auf rund 2000 geschätzt. Die wirtschaftlichen Ressourcen Haitis wurden schnell in eine Privatwirtschaft der Duvaliers umgewandelt, davon waren auch die nicht unbeträchtlichen Entwicklungshilfeleistungen der westlichen Staaten betroffen.

US-Beamte schätzten, daß rund 80% aller Hilfeleistungen und aller Kredite durch Korruption und Mismanagement verloren gingen. Andere Schätzungen gehen davon aus, daß etwa 40% aller Entwicklungshilfeleistungen in den Taschen der Duvaliers verschwanden (1986 beträgt die Auslandsschuld Haitis 800 Millionen US-Dollar).

Kurz vor seinem Tode ließ »Papa Doc« die Bevölkerung Haitis in einer »Wahl« im Jahre 1971 über seine Nachfolge entscheiden. Von 2.319.917 Wählern (besser gesagt: abgegebenen Stimmen) entschieden sich 2.319.916 für seinen 19-jährigen Sohn Jean-Claude Duvalier (»Baby Doc«). Auch unter seiner Präsidentschaft (1971-1986) änderte sich jedoch nichts an der Struktur des Regimes, die Kritiker wurden weiterhin erbarmungslos verfolgt. Bis 1977 wuchs die Zahl der durch das Regime Ermordeten auf rund 45.000 Menschen (Schätzungen nach AI und Minorities Rights Group). Bevorzugte Foltermethoden waren Hunger, Elektroschocks, Zu-Tode-Prügeln und das Abschneiden der Genitalien. AI verglich die Gefängnisse Haitis (vor allem die berüchtigten Dessalines-Kasernen) mit den KZ's der Nazis. Lebend verließ sie kaum jemand, der einmal hineingekommen war. So war es auch nicht verwunderlich, als das nachfolgeregime unter General Henry Namphy nach dem Sturz »Baby Doc's« verkündete, die 26 politischen Gefangenen würden rasch freigelassen werden. Alle anderen hatten die Gefangenschaft nicht überlebt.

Die zunehmende Unterdrückung und die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Haiti trieb immer mehr Menschen ins Exil. Allein im Jahre 1980 kamen in den USA 12.400 »boat people« in Florida an, die jedoch von den USA bei weitem nicht so bereitwillig aufgenommen wurden, wie die »boat people« aus Vietnam. 1981 begannen die USA die haitianischen Flüchtlinge wieder nach Haiti zurückzuschicken: seit 1981 wurden so 6709 Haitianer wieder an das Duvalier-Regime ausgeliefert. Für die Ergreifung und Rückführung dieser Flüchtlinge gaben die USA pro Person 36.000 Dollar aus.[4]

Nach einem mißglückten Putschversuch im Jahre 1982 schwoll der Flüchtlingsstrom weiter an. Insgesamt wird die Zahl der Flüchtlinge auf 1-1,5 Millionen geschätzt, etwa ein Fünftel des gesamten Volkes. Die größten Gruppen sind 500.000-1.000.000 in den USA und je etwa 200.000 in Kuba und der Dominikanischen Republik. In den USA gibt es doppelt so viel haitianische Ärzte wie in Haiti. Die Flüchtlinge stellten für das Duvalier-Regime jedoch auch eine ergiebige Einnahmequelle dar, denn eine Regierungsstelle für »Arbeitsbeschaffung« kassierte von vielen Flüchtlingen (die als »arbeitswillige Gastarbeiter« deklariert wurden) eine »Provision«, bevor ihnen eine ungestörte Flucht gestattet wurde. Viele Haitianer opferten für diese Zahlungen ihre letzten Ersparnisse. Eine weitere Einnahmequelle des Duvalierregimes war die Vermietung von Plantagenarbeitern in die Dominikanische Republik. Die Arbeitervermietung begann bereits in den 30er Jahren, im Jahre 1980 arbeiteten bereits 200.000 Haitianer auf den dominikanischen Zuckerrohrplantagen unter der Aufsicht von Tonton Macoutes. Für jeden Arbeiter erhielt »Haiti« (sprich Duvalier) vom Nachbarland eine »Provision« von 1 Dollar und 60 Cents für die »Rekrutierungskosten«. Außerdem wurde allen Arbeitern nach jeweils 15 Tagen ein Dollar vom Lohn abgezogen. Dieser betrug 1980 pro Tag 50 Cents (1,50 DM). Neben diesen Geldquellen des Regimes, den Einkünften aus den regulären Exporten, den recht geringen Abgaben der rund 150 US-amerikanischen Unternehmen im Lande, profitierte das Regime noch an einer Reihe weiterer, recht merkwürdiger »Unternehmungen«: so zum Beispiel am Heroin-Zwischenhandel über seinen diplomatischen Dienst von Südamerika nach Europa und in die USA, desweiteren am Export von Blutkonserven (für viele arme Haitianer ist Blutspenden oft die letzte Geldquelle) und Leichen für medizinische Zwecke in die USA. Auch die Ableitung der Entwicklungshilfegelder in die Privatschatullen der Duvaliers setzte sich unter »Baby Doc« fort. So landeten zum Beispiel im Jahre 1980 von einem 22-Millionen-Dollar-Kredit des Internationalen Weltwährungsfonds (!) 16 Millionen in den Taschen der Duvaliers, wovon im gleichen Jahr zwischen 5 und 7 Millionen Dollar für die Hochzeit des Diktators mit Madame Michèle Bennett ausgegeben wurden. Trotz des starken finanziellen Einflusses



des Westens auf die »Entwicklung« Haitis (im Jahre 1985 betrug der Staatsetat 230 Mio. Dollar, davon kamen 160 Mio. Dollar aus Entwicklungshilfezahlungen) ließ der Diktator erst im Jahre 1980 formell die Erstellung eines ordentlichen Staatsbudgets zu, was freilich an der Finanzpraxis des Regimes nichts änderte. Dennoch wurde die Diktatur auch von der Wende-Regierung für so »kreditwürdig« (wohl im Gegensatz zu Nicaragua) befunden, daß das BMZ Haiti für das Jahr 1986 33 Mio. DM Entwicklungshilfe zugesagt hatte - obwohl sogar die USA wegen der Zustände in Haiti für 1986 einen 26 Mio. Dollar-Kredit erst einmal gesperrt hatten.

Entwicklungshilfe in Haiti – ein schweinisches Fallbeispiel.

Im Jahre 1979 war die afrikanische Schweinepest von Kuba aus nach Haiti eingeschleppt worden. (Nach kubanischen Angaben wurde die Schweinepest in Kuba gleichzeitig mit einigen Pflanzenkrankheiten vom CIA eingeschleppt, um die Wirtschaft zu destabilisieren.)

Um ein Übergreifen dieser Seuche in die USA zu verhindern, wurde unter der maßgeblichen Beteiligung der USA von der FAO ein »Entwicklungshilfeprogramm« entwickelt, welches die vollständige, präventive Liquidierung des gesamten haitianischen Schweinebestandes und die Einführung neuer Zuchtschweine (natürlich aus den USA) vorsah. Das Programm sollte 23,8 Mio. Dollar kosten, wovon 15 Mio. für die Schlachtung der rund 2 Millionen haitianischen Hausschweine vorgesehen waren, und 8.4 Mill. Dollar für den Aufbau einer neuen »Schweineverwaltung", die die Einführung und Zucht der neuen Hochleistungs-Mastschweine kontrollieren sollte. Für die Bauern war keine Entschädigung vorgesehen. Für sie bedeutet dieses Entwicklungs»hilfe«programm (das 1983 abgeschlossen wurde) jedoch eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe. Für die Masse der haitianischen Kleinbauern (70% der Bevölkerung) stellte das Hausschwein eine Art von Sparkasse dar. Wenn man notwendig Geld brauchte, um etwa die Steuern oder die Schulgebühren für die Kinder zu bezahlen, wurde einfach ein Schwein geschlachtet und verkauft. Darüberhinaus brauchten die haitianischen Schweine keine besondere Pflege, sie fraßen einfach die Abfälle und liefen frei herum, waren zudem recht resistent gegen tropische Krankheiten. Die neuen amerikanischen Mastschweine jedoch sind für die Kleinbauern viel zu teuer, sie müssen, weil sie sehr anfällig sind, in Ställen gehalten werden, mit Futtermitteln besonders ernährt werden, mit teuren Medikamenten behandelt werden und sind dem tropischen Klima nicht angepaßt. Dies bedeutete lediglich für die USA ein gutes Geschäft. Für die haitianischen Kleinbauern bedeutete die Schlachtung ihrer Schweine jedoch Entzug der letzten Basis ihrer Lebensgrundlage. Viele Bauern können es sich nun nicht mehr leisten, ihre Kinder in die Schule zu schikken, sie können ihre Steuern nicht mehr bezahlen. Dies wird das weitere Anwachsen des Analphabetentums, der Landflucht und der Verelendung zur Folge haben. Ein Entwicklungshelfer meinte zu dieser Art von »Entwicklungshilfe«:

»Es wird sich zeigen, daß die verseuchten Schweine weniger gefährlich waren, als die toten.«

Widerstand und Sturz des Duvalier-Regimes.

Das Duvalier-Regime hatte sich immer schon über seine politischen Gegner lustig gemacht und die Opposition brutal unterdrückt. So wurde zum Beispiel im Jahre 1980 ein Gesetz erlassen, welches die »Beleidigung des Präsidenten oder seiner Frau« unter Strafe stellte. Außerdem gab es ein Gesetz, daß niemand sich dem Präsidenten oder seinem Fahrzeug näher als 20 m annähern dürfe. Dennoch machte sich der Diktator einen Spaß daraus, einmal in der Woche im Panzerwagen durch die Slums von Port-au-Prince zu fahren, Münzen auf die Straßen zu werfen und dann seine Tonton Macoutes diejenigen zusammenschlagen zu lassen, welche die Münzen aufhoben und dabei dem Präsidenten zu nahe kamen. Im Jahre 1983 gewann bei den letzten »Wahlen« die Einheitspartei »Comite National d'Action Jean-Claudiste« alle 59 Sitze des Parlaments und 1985 schließlich ließ sich »Baby Doc« in einer Volksabstimmung mit 99.98% der Stimmen zum Präsidenten auf Lebenszeit wählen . Sylvio Claude, der im Westen bekannteste Führer der haitianischen Opposition und Gründer der Christdemokratischen Partei wurde 1979 verhaftet, weil er sich als Gegenkandidat zur Chefin der Tonton Macoutes, Rosalie Adolphe (»Madame Max«) im Wahlkreis von Port-au-Prince hatte aufstellen lassen. Er wurde in den Dessalines-Kasernen gefoltert und schließlich - wohl weil er schon zu bekannt war - nicht ermordet, sondern ausgewiesen. Er lebt heute in den USA.

Kleinere Rebellionen der Bauern, Versuche, einen Partisanenkrieg zu beginnen oder Bestrebungen entmachteter Mitglieder des Regimes, die Diktatur zu stürzen, wurden von Duvalier erfolgreich immer wieder vereitelt und niedergeschlagen. Die haitianische Opposition konnte sich nie konsolidieren. Erst nach der Durchführung des »Schweineprogramms« und nach dem Besuch des Papstes im März 1983 in Haiti, der öffentlich forderte, »es müsse sich etwas ändern«, konsolidierte sich der Widerstand. Es kam immer häufiger zu Demonstrationen der Bauern und städtischen Armen. Nach der Ermordung von fünf Demonstranten am 28. November 1985 in Gonaives konnten auch kosmetische Zugeständnisse - wie die versprochene Auflösung der für diese Toten verantwortlichen Abteilung der Geheimpolizei - das Regime nicht mehr retten.

Dazu kam, daß die USA die für sie brisante Lage in Haiti erkannten und sich zum Eingreifen entschlossen, wohl um die Entwicklung einer Revolution nach dem Muster Kubas oder Nicaraguas frühzeitig zu verhindern. Dem Diktator wurde nahegelegt, das Land zu verlassen, wenn er nicht die Unterstützung der USA vollständig verlieren wolle. Ein Evakuierungsplan wurde ausgearbeitet, der jedoch den Nachteil besaß, daß die eigentliche Stütze des Regimes, die Tonton Macoutes nicht informiert wurden. So kam es, daß US-Regierungssprecher Larry Speakes am 30. Januar 1986 »Baby Doc« als »gestürzt« erklärte, während jedoch gleichzeitig in Port-au-Prince die Tonton Macoutes (möglicherweise durch einen Tip des israelischen Botschafters) Lunte gerochen hatten und die Ausreise des Diktators verhinderten, in der Annahme, daß mit seinem Sturz auch ihr Ende verbunden sei. Bereits am folgenden Tag, am 31. Januar wurde der Ausnahmezustand ausgerufen und der Diktator von den Tonton Macoutes durch die Straßen der Hauptstadt gefahren, zum Zeichen, daß sein Regime so »fest wie ein Affenschwanz« sei.

Erst verstärkter diplomatischer Druck von Seiten der USA und auch Frankreichs, sowie die Eskalation des Widerstandes der Bevölkerung in allen Teilen Haitis zwangen »Baby Doc« und seine Killerkommandos dazu, nachzugeben. Klammheimlich um 3 Uhr morgens bestieg der Diktator mit seiner Familie und ganzen Lastwagenladungen voll Gepäck am 7. Februar eine Großraumtransportmaschine der US-Air-Force, welche ihn in sein vorläufig erstes Asylland Frankreich brachte.

Noch am 7. Februar übernahm in

Port-au-Prince eine neue Junta die Macht, die vorerst aus drei Angehörigen der haitianischen Armee und drei Zivilisten bestand. Chef der neuen Junta wurde General Henry Namphy, neuer Außenminister wurde Jaques François, neuer Verteidigungsminister Oberst William Regala, neuer Informationsminister Oberst Max Valles. Bis auf das »Feigenblatt« Gerard Gourgue (neuer Justizminister und Vorsitzender der haitianischen Menschenrechtskommission) besteht jedoch die neue Junta, die inzwischen auf 19 Mitglieder erweitert wurde, im wesentlichen aus Angehörigen des alten Duvalierregimes.

Zahlreiche Streiks und Demonstrationen zeigen allerdings, daß das alte Niveau der Repression nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Der neue Erziehungsminister Rosny Desroches, selbst kein Duvalierist, rechtfertigte die massive Präsenz von Figuren des alten Regimes in der neuen Regierung folgendermaßen:

»Wir hatten die Wahl zwischen einem Blutbad, einer amerikanischen Intervention oder einem Kompromiß. Ich glaube, daß diese Lösung die beste ist.«[5]

Der einzige Unterschied dürfte sein, daß die Armee nunmehr wieder die faktische Macht übernommen hat und bereits am 7. Februar begann, die Tonton Macoutes zu entwaffnen und einzusperren (in die Dessalines-Kasernen). Dies wurde unter anderem auch damit begründet, daß man die Tonton Macoutes vor der Selbstjustiz der Bevölkerung schützen wolle, welche in den Tagen nach der Flucht Duvaliers mit einer regelrechten Jagd auf ihre ehemaligen Unterdrücker begonnen hatte. Für die Armee und die anderen Teile der alten Elite, welche seit dem 7. Februar an der Macht sind, dürfte es jedoch lediglich darum gehen, mit den Tonton Macoutes eine verhaßte Machtkonkurrenz aus dem Wege zu schaffen.

Eine grundlegende Veränderung des Charakters des Regimes bedeutet dies nicht. So hieß es zum Beispiel in einem Bericht in der Süddeutschen vom 12. Februar:

»Bei der Vorstellung der Interimsminister im Nationalpalast waren nach Berichten örtlicher Beobachter zahlreiche ehemalige Gefolgsleute des geflohenen Diktators zu sehen: Sie schüttelten sich herzlich die Hände... es sah so aus, als ob dies das Land von Duvalier ohne Duvalier ist.«

Angesichts der fortgesetzten Proteste der Bevölkerung gegen die neue Junta – bei denen im wesentlichen grundlegende Reformen des Systems verlangt werden – befleißigte sich die neue Regierung bereits wieder der bekannten und »bewährten« Mittel: Armee und Polizei zerschlagen die Demonstrationen gewaltsam (wobei bereits zwei Studenten ermordet sind), während nach außen hin die Behauptung aufgestellt wird, Haiti sei von einer Invasion kubanischer Guerrillas bedroht.

Der Visazwang für Haitianer, die im Ausland leben, ist bisher nicht aufgehoben worden, sodaß die Flüchtlinge nicht zurückkehren können.

Inzwischen hat auch die Profilierung der zukünftigen Anwärter für die Nachfolge im Präsidentenamt begonnen, wobei noch unsicher ist, ob es überhaupt zu Wahlen kommt. Zwar waren diese in den ersten Tagen nach der Ausreise Duvaliers versprochen worden, aber inzwischen spricht man davon, daß Wahlen erst in drei Jahren abgehalten werden sollen. Als mögliche Kandidaten haben sich bisher der Christdemokrat Sylvio Claude, der ehemalige Sozialminister unter Duvalier, Hubert de Ronceray und Franck Romain, der Bürgermeister von Port-au-Prince gemeldet.

Auch die USA haben dem neuen Regime bereits ihre erneute Unterstützung zugesagt und wollen den vorerst gesperrten 26 Mio. Dollar-Kredit für 1986 freigeben. Es bleibt daher abzuwarten, ob sich das neue Regime stabilisieren kann, oder ob sich der Widerstand der haitianischen Bevölkerung angesichts der offensichtlichen Kontinuitäten zum Duvalierregime fortsetzen und verstärken wird.

Red./Roman Loimeier

Quellen

1) Le Monde Diplomatique 2/86
2) Le Monde Diplomatique 9/82
3) Le Monde Diplomatique 9/82 u. 5/83
4) Le Monde
5) Le Monde 11. 2. 86

Die Zeit vom 7.2.1986
TAZ vom 8.2., 6.2., 3.2., 31.1., 30.1.1986
Südeutsche Zeitung vom 31.1., 1.2., 2.2., 3.2., 4.2., 5.2., 7.2., 8.2., 10.2., 11.2., 12.2., 13.2., 14.2., 15.2., 17.2., 18.2., 19.2., 20.2., 21.3.1986
Minorities Rights Group, Report No. 52: Haitian Refugees in the U.S., London, 1982

Historische Angaben nach:
H.C. Buch, Die Scheidung von San Domingo, Berlin 1976
W. Donner, Haiti, Tübingen 1980
D. Nicholls, From Dessalines to Duvalier, Cambridge/Mass. 1979.



Die Karten werden neu gemischt

Die Karten werden neu gemischt

Es ist schon erstaunlich: Seit Wochen spricht man im Libanon davon, daß die israelische Regierung ihre Operationen im Süden des Landes verstärkt. Dies fand am 18.2.86 seinen jüngsten Höhepunkt mit dem Einmarsch von 1.500 Soldaten, unterstützt von Militärhubschraubern und Panzern. In den westlichen Medien sprach man von einer „Suchaktion" nach zwei von „Terroristen gekidnappten" israelischen Soldaten. Der Terminus „Suchaktion" beinhaltet also jetzt eine Invasion in das Hoheitsgebiet eines benachbarten Staates, Verhöre und mögliche Mißhandlungen von 3.000 Personen, Verhaftung von 150 mutmaßlichen Mitgliedern als feindlich eingeschätzter Parteiorganisationen, die Sprengung von Häusern Verdächtiger.[1] Was diese „gekidnappten" israelischen Soldaten überhaupt im Libanon zu suchen hatten, darüber redet keiner. Und als sich die israelischen Truppen eine Woche später wieder in ihren „Sicherheitsstreifen" zurückziehen, da kann die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit sich beruhigt wieder anderen Konfliktherden zuwenden, so als ob es sich bei diesem Sicherheitsstreifen ganz selbstverständlich um israelisches Hoheitsgebiet handelt, dessen Existenz und Notwendigkeit gar nicht in Frage gestellt werden braucht — und nicht etwa um libanesisches Territorium.

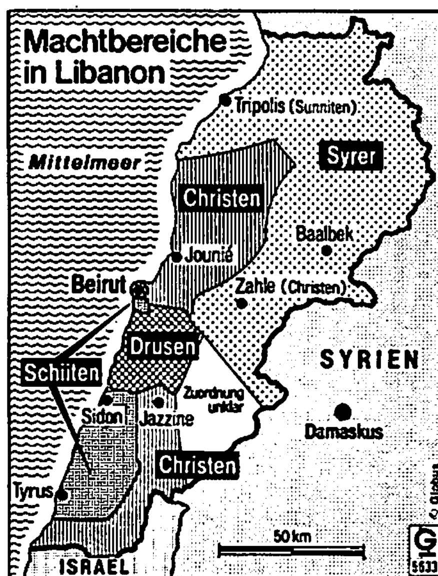
Politik der verbrannten Erde

Es packt einen die Wut, wenn man verfolgt, mit welch unterschiedlichen Begriffen und Euphemismen in westlichen Medien Rechtfertigungen geschaffen und Tatsachen verdreht werden. Dabei brauchte man nur einmal die libanesische Presse — und nicht etwa nur die „fortschrittliche" — zu verfolgen, um zu verstehen, daß es sich hier nicht um eine einmalige „Vergeltungs- und Suchaktion" handelte oder um eine Warnung an „schiitische Fanatiker" und „palästinensische Terroristen". Täglich kann man in den im Libanon erscheinenden Tageszeitungen solche oder ähnliche Meldungen lesen:

„Zwei Personen, darunter ein Achtzigjähriger, wurden getötet, und drei weitere verwundet, als israelische Truppen die drei Dörfer Jbaa, Kfar Fila und Jarjouh bombardierten, alle im Distrikt Nabatiyeh gelegen. Die Armee des hebräischen Staates hat von ihren Positionen auf dem Safi-Berg gestern ihre nahezu täglichen Bombardierungen von am Rande des „Sicherheitsstreifens" gelegenen Ortschaften fortgesetzt. Ca. 50 Häuser und 15 Fahrzeuge wurden beschädigt oder zerstört."[2]

Das Schicksal der Bevölkerung des nahe der israelischen Grenze gelegenen Dorfes Kunin ist weiterhin ungewiß. Israelische Truppen und Lahad-Milizionäre hatten Anfang Januar alle Dorfbewohner vertrieben, ohne daß ihnen bisher die Rückkehr gestattet wurde.

Ende Januar gliederte Israel ca. 30 Quadratkilometer, um die Quelle des Wazzani gelegenes libanesisches Territorium, seinem Staatsgebiet ein.[3]



Daß israelische Kampfflugzeuge am 29.1.86 palästinensische Büros im Flüchtlingslager Ain al-Helwah bei Saida bombardierten, ging noch durch die westliche Presse, daß die Bevölkerung aber auch in den folgenden Tagen durch Scheinangriffe der Luftwaffe und Abwurf von Flugblättern in Angst versetzt wurde, davon war dann nicht mehr die Rede.

Am 10.2. bekannte der israelische Verteidigungsminister Rabin, daß die israelischen Truppen sich nie vollständig aus dem Libanon zurückgezogen hätten. Nach israelischen Presseberichten sind auch nach dem offiziellen Abschluß der letzten Rückzugsphase im Juni 1985 mehrere hundert israelische Soldaten im Süden des Libanon geblieben."[4]

Die Analyse der meisten libanesischen und palästinensischen Beobachter lautet gleich: die israelische Regierung will die Kontrolle über den Süden nicht aufgeben. Es geht ihr dabei nicht nur um den ca. 10—20 km breiten sogenannten „Sicherheitsstreifen", in dem israelische Soldaten und die Israel-hörige „Armee des Südlibanon" von Antoine Lahad seit 1978 schalten und walten, wie es ihnen gefällt, sondern es geht jetzt um die Schaffung eines zweiten Landstreifen, der sich teilweise noch über den Litani-Fluß erstreckt. Dieser Landstreifen soll nun mittels der bekannten „Politik der verbrannten Erde" entvölkert werden. In diesem Zusammenhang sind die oben zitierten Presseberichte und Ereignisse zu verstehen. Dieses Vorgehen hat sich für Israel als viel effektiver herausgestellt, als eine breit angelegte, länger andauernde Invasion, mit der deswegen im Libanon kaum jemand derzeit rechnet.

Zu groß ist inzwischen die innerisraelische Opposition, zu gut die Erinnerungen an die enormen menschlichen und materiellen Verluste der israelischen Armee während ihrer fast dreijährigen Besatzungszeit. Da sind die tagtäglichen Operationen wie die anfangs geschilderten, Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Ausgangssperren, Vertreibungen, Bombardierungen, Scheinangriffe und Folter in den Lahad-Gefängnissen viel effektiver. Die Bevölkerung soll in ihrem alltäglichen Leben so behindert, so mürbe gemacht werden, daß sie „freiwillig" geht, und so das Ziel eines menschenleeren Landstreifens erreicht wird. Dieses Vorgehen hat überdies noch den Vorteil, vom Ausland nicht registriert werden zu müssen.

Amal und die Palästinenser

Allerdings hat diese Strategie doch einen, für Israel unerwünschten Nebeneffekt: eine in den letzten Wochen festzustellende vorsichtige Wiederannäherung zwischen palästinensischen Organisationen und Amal. Sicher nicht in einer plötzlich endeckten Liebe zu den Palästinensern, sondern in einer eher realistischen Einschätzung der eigenen Stärke begründet, hatte die Amalführung im Süden (aber auch in Beirut) in Erwartung größerer isrealischer Militäroperationen ihr Verhältnis zu den Palästinensern allmählich verbessert. So finden regelmäßige Treffen zwischen den lokalen Amalvertretern und den Volkskomitees (der palästinensischen Vertretung in den Flüchtlingslagern) statt. Amalführer nehmen an Verantstaltungen in den Lagern teil, während denen immer wieder versichert wird, daß man einen gemeinsamen Feind — nämlich Israel — habe und daß Auseinandersetzungen wieder im Interesse der Palästinenser noch in dem der Schiiten liegen würden. Unter der palästinensi-

schen Lagerbevölkerung führte diese Einsicht zu konkreten Vorgehensweisen: Vertreter der Volkskomitees besuchten die Bevölkerung von Kunin in ihren Obdachlosenzentren bei Tyros und übergaben ihnen 150.000 LL, die in den Lagern gesammelt worden waren.

Die allmähliche Annäherung zwischen Amalführern und den Volkskomitees bedeutet jedoch nicht unbedingt eine konkrete Verbesserung der Situation der Palästinenser. Dies zeigen z. B. die besonders an den Zufahrtsstraßen zu den Lagern befindlichen Amal Checkpoints oder Klagen der Bevölkerung Burj asch-Schimalis (bei Tyros), daß Nachts manchmal Milizionäre ins Lager eindringen, Hausdurchsuchungen durchführen und Leute verhaften.

Ein viel schwerwiegenderes Beispiel dafür, daß einzelne Amalführer und lokale Amalgruppierungen nicht unbedingt die verhandlungsbereiten Positionen ihrer Chefs Nabih Berris oder Daoud Daoud vertreten, zeigten die Kämpfe um das Beiruter Schatilla-Lager Ende Januar 1986. In deren Verlauf war das Lager drei Tage lang vollständig von der Außenwelt abgeriegelt und die Bevölkerung wagte eine Woche lang nicht, das Lager zu verlassen. Mindestens 9 Personen starben und weitere 30 wurden während dieser — teilweise mit schweren Waffen geführten — Kämpfe verletzt. Trotzdem leben Palästinenser in den Lagern derzeit am sichersten. Ein Grund dafür, daß die während des „Lagerkrieges" im Mai 1985 zu 80—90% zerstörten Beiruter Flüchtlingslager inzwischen nahezu vollständig wieder aufgebaut sind und deren Bevölkerung wieder zurückgekommen ist. Viel schlechter ist die Situation in den an die Lager angrenzenden schiitisch-palästinensischen Vierteln der Vorstadt Beiruts: Während der erwähnten militärischen Auseinandersetzungen wurden hier mindestens drei Personen aus ihren Wohnungen entführt und ermordet. Alltägliche Probleme über die man nur etwas erfährt, wenn man sich in den Lagern aufhält, sind z.B. solche: die Kinder von Burj al-Barajneh kommen vor der Zeit aus den (sämtlich außerhalb des Lagers gelegenen) Schulen nach Hause, weil sie an einem Amal Checkpint vorbei müssen, und dort an dem betreffenden Tage in Schüler von Milizionären geschlagen wurde.

Oder die Angst der in einem „besetzten" Hotel lebenden Tal-az-Zaatar-Flüchtlinge vor Amal-Milizionären. Diese hatten die Bewohner eines der Zimmer vertrieben und dort ein Büro eröffnet und führen nun des öfteren Durchsuchungen aus. Oder: Lagerbewohner, die sich schon seit mehreren Monaten nicht mehr aus dem Lager wagen, weil sie wissen, daß sie von Amal gesucht werden und riskieren, an einer der Straßensperren festgenommen zu werden.

Schutz der Flüchtlingslager

Vielleicht hört sich diese Beschreibung der Situation der Palästinenser zu negativ an. Es gibt auch noch eine andere Seite: der Ausgang des Lagerkrieges hat Amal gzeigt, daß sie die Flüchtlingslager nicht liquidieren und deren Bevölkerung nicht vertreiben kann. Die Palästinenser andererseits haben (wieder einmal) erfahren, daß letztlich nur sie selber deren Schutz und Sicherheit gewährleisten können. Und so sind heute nahezu alle Lagerbewohner auf bewaffnete Angriffe vorbereitet und gerüstet.

Eine Wiederherstellung der palästinensischen Einheit (die auf der Ebene der Flüchtlingslager eher möglich ist, als auf höchster politischer PLO-Ebene, wie sich verschiedentlich in den letzten Monaten gezeigt hat) ist man heute einen Schritt näher gekommen. In den Volkskomitees des Südens sind nicht alle wichtigen PLO-Organisationen, also auch die Anhänger Arafats, vertreten, nur in Beirut und den syrisch kontrollierten Gebieten sind diese seit dem Lagerkrieg ausgeschlossen.[5] Aber auch in diesen Lagern arbeiten letztlich alle Organisationen zusammen, so z.B. durch die Absprache und Koordinierung der Arbeitsgebiete der einzelnen Wiederaufbaukomitees, die sich nach dem Lagerkrieg gebildet hatten. Auch bei Angriffen verteidigen Kämpfer aller Organisationen die Lager gemeinsam.

Der Aufschrei in den (wiederum hauptsächlich westlichen) Medien, daß in den letzten Monaten angeblich zu tausenden palästinensischen Kämpfer in die Lager geschleust worden seien, und daß man zu den „Zuständen von vor 1982" zurückgekehrt sei, kann nur als zynisch bezeichnet werden. Abgesehen davon stimmt es nicht, denn wer würde — zumindest nach den Erfahrungen von Tal-az-Zaatar, Sabra und Schatilla und der Lagerkriege im Mai und September 1985 — schon akzeptieren, sich freiwillig, ohne Verteidigung, massakrieren zu lassen. Nur von den Palästinensern scheint man dies fordern zu dürfen.

Daß die palästinensischen Organisationen die vor 1982 gemachten Erfahrungen analysiert haben und demgemäß ihre heutige Präsenz im Libanon anders einschätzen und andere Ziele haben, dies wurde z.B. kürzlich bezüglich der Verteidigung der „Grünen Linie" in Beirut deutlich. Die Entwicklungen im „christlichen Lager" infolge der Ablehnung Amin Gemayels, dem in Damaskus geschlossenen Dreierabkommen beizutreten, und der verheerenden Kämpfe zwischen Forces Libanaises (FL), Kataib und Einheiten der libanesischen Armee rückten einen Angriff Ostbeiruts auf den Westteil der Stadt — um von den eigenen Schwierigkeiten abzulenken — in den Bereich des Möglichen. In Beirut wird gemunkelt, daß die Amalführung Vertreter palästinensischer Organisationen ersuchte, ihre Kämpfer an der „Grünen Linie" zu stationieren. Das lehnten diese jedoch ab. Auch die palästinensische Zivilbevölkerung ist gegen ein solches Engagement, wie man in Diskussionen über dieses Thema immer wieder hört. Für sie ist es selbstverständlich, die palästinensischen Lager zu schützen und zu verteidigen, weil es sich oft genug gezeigt hat, daß niemand anderes hierzu in der Lage oder Willens ist. Etwas anderes ist für sie die Verteidigung der „Grünen Linie", hier handelt es sich ihrer Meinung nach um eine rein libanesische Angelegenheit, in die die Palästinenser sich nicht einmischen wollen und dürfen.

Überhaupt fragt man sich manchmal, wer denn nun eigentlich die Rückkehr zu den vielzitierten „Zuständen von vor 1982" anstrebt und wer nicht. Es ist gar nicht so selten, daß man in Gesprächen mit libanesischen Beirutis hört, daß es alles ganz anders war, als die PLO noch da war.



Zionistische Politik bis heute: Vertreibung, Entwurzelung und Flucht

Da gab es nicht die jetzt ständig anwachsende Kriminalität (Autodiebstähle, Wohnungseinbrüche, Ausraubung von Passanten am hellen Tag), man konnte auch nach Anbruch der Dunkelheit auf die Straße gehen, und brauchte sich nicht vor der mangelnden Disziplin der Amal-Milizionäre zu fürchten.

Der Putsch gegen das Dreierabkommen

Ob es tatsächlich zu dem befürchteten größeren Angriff auf Westbeirut kommt, ist derzeit nicht klar. Insgesamt ist auch noch nicht abzusehen, wie sich die politische und militärische Lage im „Osten" entwickeln wird, nachdem es am 15.1.86 zu dem „Putsch" gegen Elie Hobeika, den damaligen Führer der FL kam und damit, nach Ansicht von Beobachtern, „die Karten im Libanon neu gemischt und verteilt" wurden. Was war geschehen? Nach monatelangen Vorarbeiten hatten am 28.12.85 in Damaskus die Führer der drei wichtigsten Milizen im Libanon, Nabih Berri für Amal, Walid Junblatt für die PSP und Elie Hobeika für die FL unter syrischer Mithilfe ein Abkommen unterzeichnet, das, wäre es durchgesetzt worden, die Machtpositionen des „Politischen Maronitentums" erheblich eingeschränkt und gleichzeitig den übrigen bisher benachteiligten Religionsgemeinschaften mehr Rechte eingeräumt hätte. Das verabschiedete Dokument sah u. a. vor: eine allmähliche Abschaffung des politischen Konfessionalismus, die Umstrukturierung und Erweiterung von Parlament und Regierung unter paritätischer Beteiligung von Christen und Muslimen, den Neuaufbau der Armee, eine teilweise Übergabe der Rechte des (traditionell maronitischen) Präsidenten an den (sunnitischen) Ministerpräsidenten sowie die Bildung eines Rates aus Vertretern der sechs wichtigsten Religionsgruppen. Die maronitischen Führer waren nicht bereit, ihre bisherigen Machtpositionen zu teilen, sehen sie sich doch als die eigentlichen Begründer des Libanons. Präsident Amin Gemayel, nach Damaskus zitiert zur nachträglichen Unterzeichnung des Dokuments, lehnte ab, vielleicht aus eher persönlichen Gründen, hatte er doch noch ein Jahr zuvor in engem Kontakt zur syrischen Regierung gestanden, in zu engem Kontakt, wie Samir Geagea, damaliger Führer der FL fand, und deswegen am 12.3.85 einen Aufstand gegen die prosyrische Politik des Amin Gemayel und seine Phalange Partei durchführte. Nur wenige Stunden nach seiner Ablehnung, dem „Dreierabkommen" beizutreten, startete Gemayel am 15.1.86 eine militärische Aktion gegen Elie Hobeika, Vorsitzender der FL, der sich berechtigt geglaubt hatte, das Abkommen im Namen der Maroniten, der Christen insgesamt, zu unterzeichnen. In äußerst blutigen Kämpfen — die Zahl der Toten wird auf 200—250 Personen geschätzt — rieben die Miliz der Phalange und die Geagea-treuen Teile der FL diejenigen des Elie Hobeika auf.

Gemayel konnte sich wieder als rechtmäßiger Präsident des Libanon fühlen, dessen Positionen durch das Abkommen, welches unter Umgehung seiner Person geschlossen worden war, unterlaufen werden sollte. Auf seiner Seite stehen die FL mit ihren neugewählten Führern Samir Geagea und Karim Pakrodouni, der maronitische Klerus, große Teile der Armee, deren hohe Offiziere Maroniten sind, sowie Camille Schamoun, der seinen Sohn Dany anläßlich des Coups erst einmal am 24.1. zu Beratungen nach Israel schickte. Im gegnerischen Lager sammeln sich hauptsächlich der traditionell pro-syrische Suleiman Franjieh, der schon nach wenigen Tagen wieder aus französischem Exil in die Bekaa-Ebene eingereiste Elie Hobeika mit seinen verbliebenen Anhängern aus der FL, sowie — auf muslimischer Seite — Amal, PSP, Parlamentssprecher Hussein Husseini, Ministerpräsident Karameh und Erziehungsminister Selim Hoss. Inzwischen ist eine breite Kampagne im Gange mit dem Ziel der Absetzung oder des Rücktritts Amin Gemayels, wobei sich nun die Frage stellt, ob es eigentlich noch um die Durchsetzung des Dreierabkommens geht oder um einen neuen Präsidenten. So fordert z. B. Suleiman Franjieh dessen Rücktritt, stellt sich aber gleichzeitig vehement gegen das Abkommen, weil es einige Paragraphen enthalte, die „der Unabhängigkeit des Libanon abträglich" seien. Diesen Standpunkt Franjiehs bezüglich des Abkommens bezeichnet auch Schamoun als „sehr richtig", und sogar Elie Hobeika erklärte ihm am 29.1. seine „volle Solidarität". Es könnte also sein, daß es den verschiedenen Fraktionen innerhalb des „politischen Maronitentums" gar nicht mehr um die Durchsetzung des Abkommens geht, sondern um eine Neuaufteilung der Machtpositionen der Phalange.

In den Straßen Ostbeiruts wird dieser Kampf derzeit mittels einer Neuauflage des „Autobombenkriegs" geführt. Seit Mitte Januar explodiert eine ganze Serie von Bomben, vorzugsweise vor Einrichtungen der Phalangepartei. Innerhalb der vergangenen fünf Wochen kamen auf diese Weise schon über 40 Menschen um und über 150 wurden verletzt.[6] Gleichzeitig ist eine allgemeine Verschlechterung der Sicherheitslage zu beobachten. Täglich kommt es zu Gefechten an der „Grünen Linie" Beiruts, von denen teilweise auch Wohngebiete betroffen sind. Die Übergänge zwischen beiden Stadtteilen müssen immer wieder geschlossen werden. Auch in den östlichen Vororten und in den „christlichen" Bergen wird täglich gekämpft, woran hauptsächlich die syrische national-soziale Partei und die Milizen der Phalange und der FL, sowie Armeeinheiten beteiligt sind.

In den Medien wird von einer „fortschreitenden Reaktivierung der Fronten im Libanon gesprochen, und vor einer Eskalation der militärischen Gewalt gewarnt. Franjieh und Jumblatt sehen einen „sehr harten Kampf" voraus.[7] Aufhorchen ließen die Aussagen Nabih Berris in einer Fernsehansprache vom 6.2.86. Er warnte vor „einer Volksrevolution, in der es keine Konfessionen mehr gibt, wenn die Situation so bleibt, wie sie derzeit ist." Er bezeichnete die gegenwärtige Lage als „ohne Übertreibung gefährlichste Phase" und rief auf, „schnell aktiv zu werden, um zu retten, was noch zu retten ist vom Libanon."[8]

Ist es die Angst einer der Fürsten des politischen Konfessionalismus vor dem Klassenkampf?

Petra Weyland

Anmerkungen:
1. Frankfurter Rundschau, 24.2.86
2. OLJ, 8.2.86
3. as-Safir, 1.2.86
4. OLJ, 11.2.86
5. ein Grund, der die Demokratische Front dazu veranlaßt hat, sich aus diesen Komitees zurückzuziehen, weil ihrer Meinung nach keine Organisation, die eine Basis in der Lagerbevölkerung hat, von der Teilnahme an den Volkskomitees ausgeschlossen werden darf. Deshalb arbeitet die Demokratische Front derzeit hier nur in den als wichtig eingeschätzten „Sicherheitskomitees" mit, die sich aus Vertretern der Errettungsfront, von Amal und den Syrern zusammensetzen. Zu den Aufgaben dieser Komitees gehört es, bei Auftreten von militärischen Auseinandersetzungen sofort zusammenzutreffen, um die Kämpfe zu beenden.
6. Tagesspiegel, 25.2.86
7. OLJ, 30.1.86
8. as-Safir, 7.2.86

Zum besseren Verständnis empfehlen wir die erneute Lektüre des Artikels *„Wer schützt die Palästinenser?"* in den blättern des iz3w Nr. 127 vom August 1985. Dort wurden auch die wichtigsten Gruppen beschrieben.

d. Red.

Mit der FMLN am Guazapa

Ein Reisebericht aus El Salvador



Reisebericht in El Salvador

Über Weihnachten und Neujahr 1985/86 war ich zwei Wochen (vom 22.12.85—4.1.86) am Guazapa-Vulkan und in seiner Umgebung, ca. 25 km von der Hauptstadt San Salvador entfernt. Diese Zone wird von der salvadoreanischen Guerilla FMLN kontrolliert. Wegen der Nähe zur Hauptstadt ist der Guazapa Berg für die salvadoreanische Armee ebenso wie für die FMLN ein strategisch wichtiger Punkt. Trotz massiver Bombardierungen und häufiger Militäroperationen konnte die FMLN bis zum Jahreswechsel 1985/86 diesen wichtigen Stützpunkt halten. In den letzten beiden Jahren hat die Armee versucht, die Region zu „säubern", indem sie die Zivilbevölkerung zum Angriffsziel auserwählte. Dadurch sollte die Guerilla geschwächt und isoliert werden.

Seit dem Amtsantritt des christdemokratischen Präsidenten Napoleon Duarte wird in den internationalen Medien weniger über Menschenrechtsverletzungen durch das salvadoreanische Militär berichtet, obwohl die Übergriffe der Militärs gegen die Zivilbevölkerung nicht abgenommen haben.

Insbesondere die ca. 2000 Zivilisten, die in der *zona baja* der Guazapa Region leben, sind solchen Angriffen ausgesetzt. Offiziell ist der Zugang in diese Region gar nicht gestattet. Ich wurde von der Guerilla dorthin geleitet.

Die FMLN am Guazapa

Vorbei an größeren und kleineren Dörfern und unzähligen ständigen Militärposten, über Felder und einzelne Bauernhöfe, über Hauptverkehrsstraßen und kleine Flüsse, erreicht man nach drei Stunden Fußmarsch die Hauptcamps der Guerilla im Cerro de Guazapa, einer dichtbewaldeten Hügelkette ca. 25 km nordöstlich der Hauptstadt San Salvador. Von dort aus kann man je nach Standort die Hauptstadt überblicken, deren Lichter nachts den Eindruck erwecken, als könnte man sie anfassen.

El Salvador, ein Land etwa so groß wie Hessen mit einer Bevölkerung von über 5 Mio. Menschen, ist dicht besiedelt, was der Armee das Vorgehen gegen die Guerilla erschwert, der FMLN das Überleben sichert. Auf dem Hin- und Rückweg zum Guazapa hatten wir immer wieder Kontakt zur Bevölkerung. Eine Bauernfamilie versteckt uns für eine Nacht, Frauen, die mit dem Bus aus der Hauptstadt kommen, erklären uns, an welcher Stelle der Hauptstraße Militärposten stehen, und wo wir sie umgehen können.

In den kleinen Dörfern kurz vor der Hauptstadt ist die Guerilla optisch von der Bevölkerung nicht mehr zu unterscheiden. Die Guerilleros tragen zivil, haben einen Strohhut auf und tragen ihren Revolver versteckt im Hosenbund. Ihre Rucksäcke und Waffen liegen in Kaffeeplantagen versteckt, in denen sie übernachten. Mit Essen versorgt werden sie von den Bewohnern der umliegenden Häuser.

Kinder laufen ins Dorf, um nachzusehen, ob das Militär noch die Brücke bewacht, oder ob ich passieren kann, um den Bus nach San Salvador zu erreichen. Eine Frau aus der Guerilla begleitet mich. Sie wird für mehrere Monate zu Verwandten in die Hauptstadt gehen, da sie ihr zweites Kind erwartet.

Aber nicht nur der Kontakt zur Bevölkerung ist sehr eng; die Nähe zum Feind ist für mich sehr beunruhigend. Besonders nachts wird ständig geschossen. Kleine Militärposten schießen oft einfach aus Angst in die Luft. Dadurch sind sie leicht lokalisierbar und gut zu umgehen.

In der dichtbesiedelten Umgebung der Hauptstadt dringt das Militär immer wieder in Regionen ein, in denen die FMLN militärisch und politisch dominant ist; andererseits bewegt sich die FMLN in kleinen Einheiten und verfügt über eine mehr oder weniger verdeckte Infrastruktur, so daß sie das Gebiet weiterhin kontrollieren kann. Ein ständiger Kontakt mit der Hauptstadt scheint gegeben zu sein, was z. B. an den kursierenden Zeitschriften wie *Newsweek* und *Time* ersichtlich ist oder auch an dem umfangreichen Angebot an Büchern.

Jede Organisation am Guazapa hat ihre Verantwortlichen für die Kontakte zur Hauptstadt; diese Verantwortlichen fahren mehrmals im Monat nach San Savlador, um dort politische Aufgaben zu erledigen und kleinere Einkäufe zu tätigen. Ein Großteil der Guerilleros rekrutiert sich aus ehemaligen Gewerkschaftern, Mitgliedern der Parteien und aus der Stadtguerilla, die 1980 unter dem verschärften Druck der Militärs die Hauptstadt verlassen mußten.

Die politische und militärische Situation der FMLN

An Neujahr hatte ich die Gelegenheit, mit der Generalkommandatur der FMLN am Guazapa zu sprechen. Dabei wurde deutlich, daß sich die FMLN keineswegs in der Defensive befindet, wie Armee und Regierung stets verlautbaren lassen. Seit 1985 hat es die FMLN sogar geschafft, im politisch schwierigsten Teil El Salvadors, dem

Westen, eine fünfte Front aufzubauen. Vom Guazapa aus kann man inzwischen mit der FMLN das ganze Land durchlaufen, von einer kontrollierbaren Zone zur anderen. Das Militär ist weder politisch noch militärisch in der Lage, die Kontrolle zu behalten. Seit der Abkehr vom Krieg der direkten Konfrontation hat eine systematische Effektivierung der eigentlichen Guerillastrategie stattgefunden. Die Guerilla operiert in kleinen Einheiten, die über das ganze Land verteilt seien, d. h. sie hält sich im Hinterland des Feindes auf, um ihm täglich Verluste zufügen zu können. So sind kleine Einheiten der FMLN in der Lage, über die Verminung von Hin- und Rückwegen ganze Bataillone der Armee festzuhalten. 1985 hat die FMLN der Armee mehr als 6000 Verluste zugefügt; dies entspricht 10% der Soldaten. Die Armee ist demoralisiert. Die Angst vor Minen und Hinterhalten ist so groß, daß es häufig zu Befehlsverweigerungen in der Armee kommt.

Strategische Angriffsziele für die FMLN sind große Truppenkonzentrationen des Militärs. Eine direkte Konfrontation wird vermieden, vielmehr werden Hinterhalte gelegt und dadurch dafür gesorgt, daß die Truppen unbeweglich bleiben. Auch kleine Militärposten werden angegriffen, um den Feind zu verunsichern und sich Gewehre zu beschaffen.

Ebenso finden weiterhin strategische Großangriffe, wie der Überfall auf die Kaserne in La Union unter Einsatz der FMLN-Bataillone statt.

Die Umstellung auf kleine Guerilla-Einheiten hat zudem politische Fortschritte gebracht, da der Kontakt zur Bevölkerung verbessert worden ist und wieder größeres Gewicht auf politische Mobilisierung gelegt wirde.

Doch nicht nur der militärische Verschleißkrieg ist sehr erfolgreich, auch die wirtschaftliche Schwächung des Landes durch Sabotage hat durch Aktionen der FMLN zugenommen. Gegenüber 1984 haben sich die Sabotageaktionen verfünffacht.

Es ist für die FMLN unverzichtbar, insbesondere die Exportwirtschaft zu schwächen, da diese einen großen Anteil an der Finanzierung der Kriegsökonomie hat. 70% des Staatshaushaltes gehen in die Kriegsfinanzierung.

Exportbereiche wie Kaffee, Baumwolle und Zucker gehören zu den strategischen Objekten. Auch die Lahmlegung des Transportwesens in Erntezeiten trägt zur Verhinderung der Kriegsfinanzierung bei. Häufig ist zwar auch die Bevölkerung von der Wirtschaftssabotage betroffen. So z. B. fällt bei Sprengungen von zentralen Elektrizitätsposten kurze Zeit der Strom für die Zivilbevölkerung aus. Dies ist aber nicht zu umgehen und wird von den meisten Menschen auch verstanden. Die große Masse der Armen auf dem Land ist ohnehin nicht mit Strom versorgt und bleibt deshalb unbeschadet.

Existiert die Gefahr einer direkten US-Intervention?

Die US-Counterinsurgency-Politik ist gescheitert. Der *plan mil*, der den Aufbau von strategischen Dörfern am Rande der Konfliktgebiete vorgesehen hatte, ist von der FMLN vereitelt worden. Eine direkte Intervention der USA wird für möglich erachtet, da die Armee allein nicht in der Lage ist, gegen die FMLN anzukommen und auch ein verstärkter Luftkrieg nicht zur Bezwingung der FMLN führt. Militärisch könnte die FMLN einer direkten Invasion der USA nie standhalten, aber sie kann ihrerseits Bedingungen schaffen, die die USA vor einem solchen Schritt zurückschrecken lassen. Je mehr Bevölkerung die FMLN politisch unterstüitt und je mehr Menschen direkt in die Selbstverteidigungsstrukturen integriert sind, umso geringer wird das Risiko einer US-Intervention.

Es wäre dann auch für die USA klar, daß sie nicht nur den FMLN gegenüberstünden, sondern großen Teilen der salvadoreanischen Bevölkerung. Die politischen Kosten einer Invasion unter solchen Bedingungen wären größer als die in Vietnam.

Wird es neutrale Zonen für die Zivilbevölkerung geben?

Seitens der Kirche und anderen Nicht-Regierungsorganisationen sowie von den Flüchtlingen selbst wird die Diskussion um die Schaffung von neutralen Zonen, in denen keine der beiden militärischen Parteien präsent ist, forciert. Geplant ist die Wiederansiedlung und Rückführung der Flüchtlinge unter Aufsicht nationaler und internationaler Hilfsorganisationen. Die zerbombte Stadt Tenancingo wurde als neutrale Zone vorgesehen. Die FMLN unterstützt die Bestrebungen zur Rückführung der Flüchtlinge. Dem starken Willen der Flüchtlinge, wieder in ihre Heimat zurückzukehren sollte Rechnung getragen werden. Was die Flüchtlinge brauchen, ist aber die Garantie, daß es in den jeweiligen Regionen nicht zu militärischen Auseinandersetzungen kommt. Die FMLN kann diese Garantie geben, nicht militärisch einzugreifen, wo keine Armee ist. Aber wie das Beispiel Tenancingo zeigt, ist die Armee nicht bereit, diese Konditionen einzugehen. Die Bedingung seitens der Armee war, in Tenancingo einen Militärposten zu behalten. Dies war für die FMLN nicht akzeptabel, denn das hieße ja, daß eine neutrale Zone nicht mehr gewährleistet ist. Erklärte Strategie der Armee sei immer die Politik der verbrannten Erde gewesen, um die Bevölkerung aus den Regionen zu vertreiben, in denen die FMLN operiert. Die größten Opfer durch die Art der Kriegsführung hätte eben die Zivilbevölkerung und nicht die FMLN zu tragen. Eine Verbesserung für die Zivilbevölkerung und die Schaffung neutraler Zonen kann nur über die Stärkung des internationalen Drucks auf die salvadoreanische Regierung erreicht werden.

Die Einheit der FMLN wächst

Nicht nur im Gespräch mit der regionalen Leitung der FMLN am Guazapa, sondern auch in den Tagen zuvor war mir aufgefallen, daß es sowohl in den politischen Diskussionen, als auch in den praktischen Aktivitäten zwischen den fünf Organisationen der FMLN große Annäherungen gibt.

Mitte 1985 hat es ein Treffen der nationalen Leitung der FMLN gegeben, auf dem von allen Organisationen eine stärkere Zusammenarbeit und Vereinheitlichung der politischen und militärischen Aktivitäten der FMLN beschlossen worden ist. Das militärische Ziel ist die Bildung einer einheitlichen Front, politisch das einer Gesamtpartei.

Regional ist der Guazapa nach Organisationen aufgeteilt, was jedoch durch eine sektorale Schwerpunktsetzung für die jeweiligen Organisationen durchbrochen würde. Eine Organisation z. B. spezialisiert sich auf Minenbau, eine andere unterhält eine Explosivwerkstatt, eine dritte ist für Propaganda zuständig und wieder eine andere für die medizinische Betreuung. Bisher habt jede Organisation auf nationaler Ebene ein Ausbildungslager mit unterschiedlichen Ausbildungsprogrammen unterhalten. Ziel ist es jetzt, die Ausbildung für alle Organisationen zu vereinheitlichen. In Santa Ana gibt es bereits ein einheitliches Ausbildungscamp für alle Organisationen. In Morazán existiert seit geraumer Zeit eine gemeinsame Kommandantur zwischen dem ERP und der RN.

Der Überfall auf die Kaserne in El Paraiso im Dezember 1983 ist die erste koordinierte Aktion unter der Beteiligung verschiedener Organisationen gewesen. Heute werden größere Aktionen in der Regel

mit allen Organisationen durchgeführt, wobei jede Organisation eine spezielle Aufgabe übernimmte. Hin und wieder gibt es bei Operationen auch gemischte Einheiten. In den jeweiligen Camps der verschiedenen Organisationen war zu beobachten, daß häufig *compañeros* von anderen Organisationen dort übernachten und versorgt werden. Im Gespräch mit den Menschen in den Lagern wurde mir gesagt, daß diesen Entwicklung relativ neu sei. Vor noch einem Jahr sei die Trennung zwischen den Organisationen viel rigider und das Organisationsdenken sehr dominant gewesen.

Bei den Fußmärschen zwischen den Camps schlossen sich oft *compañeros* von anderen Organisationen an. Untereinander kannten sie sich. Es gibt viele Freundschaften zwischen den Mitgliedern der einzelnen Organisationen.

Die medizinische Versorgung

Die PC-FAL leitet das Krankenhaus am Guazapa. Die regionale Versorgung der Zivilbevölkerung sowie aller Organisationen wird von dort aus organisiert. Die Behandlungen im kurativen Bereich sind im letzten Jahr zurückgegangen. Durch die Umstellung der militärischen Strategie innerhalb der FMLN gab es weniger Verletzte. Von daher war mehr Zeit zur Verfügung, einen größeren Schwerpunkt der Arbeit auf die Ausbildung von medizinischen Brigadisten zu legen, die im präventiven Bereich tätig werden sollen.

Die Anzahl einfacher Krankheitsfälle ist sehr hoch (Erkältungskrankheiten, Durchfälle usw.); es fehlt auch im kurativen Bereich an Ärzten, so daß 1986 eine „Schule" zur Ausbildung von Brigadisten, Krankenpflegern und Anästesisten gegründet werden soll. Wenn die Armee sich nicht in den Regionen aufhält, in denen die Zivilbevölkerung lebt, übernehmen die Ärzte und Brigadisten die Konsultation der Bevölkerung. Es fehlt jedoch vor allem an Medikamenten. Die Guerilla selbst wird weitgehend mit Malariaprophylaxe versorgt; für die Bevölkerung reicht es jedoch nur in Ausnahmefällen. Da in weiten Gebieten weder das Rote Kreuz Zugang hat noch Medikamente in größeren Mengen heimlich in die Region gebracht werden können, gibt es eine medizinische Unterversorgung. Die FMLN allein kann diese nicht beheben. Es ist unbedingt notwendig, für Organisationen wie das Internationale Rote Kreuz die Zutrittserlaubnis zu den von der FMLN kontrollierten Zonen zu erreichen, damit diese eine medizinische Notversorgung leisten können. Ohne internationalen Druck auf die salvadoreanische Regierung sind jedoch solche Veränderungen nicht zu erreichen.

Das „Krankenhaus" selbst ist eine mobile Einrichtung. Bei militärischen Auseinandersetzungen können die Geräte sowie die Verletzten an einen anderen Ort gebracht werden. Bei dem letzten Angriff der Armee auf das „Krankenhaus" am 21./22.11.85 ist dies jedoch nicht gelungen. Zwei Verletzte sind von der Armee umgebracht worden. Ebenso ist die Leiche eines achtjährigen Jungen, der zur FMLN gehörte, aufgefunden worden. Die Armee hat ihm Hände und Füße abgeschnitten und die Haut abgezogen.

Die Kinder und Jugendlichen in der Guerilla

Jeden Morgen sitzt Carlos, ein neunjähriger Knirps, mit seinem Heft und Bleistift an der Kochstelle im FPL-Camp. Er muß lesen und schreiben lernen, hat aber keine Lust. Die *compañeros*, die lesen und schreiben können, helfen ihm und überwachen seine Fortschritte. Carlos ist Vollwaise. Seine Eltern sind von der Armee erschossen worden. Carlos hat sich Facundo Guar-



dada, dem Kommandanten der FPL angeschlossen und betrachtet ihn als seinen Vater. Raul, der elfjährige Sohn der Köchin, ist sein Freund, und mit der zehnjährigen Schwester von Raul spielt er gerne. Am Silvestermorgen hocken sie zusammen und bereiten Überraschungen für die Kinderfeier am Nachmittag vor, zu der die Kinder aller Operationen hingehen.

Ich habe viele solcher Kinder in der Guerilla gesehen, Kinder, die schon mit zehn Jahren ein Gewehr besitzen, obwohl sie nur noch einen Arm haben oder nicht richtig laufen können, weil sie Kinderlähmung hatten. Die meisten von ihnen haben keine Eltern mehr, so daß ihr einziges Zuhause die Guerilla geworden ist. Schon früh werden die Kinder in Aufgaben integriert. In der Regel sind sie als Laufjungen oder -Mädchen im Kommunikationsbereich tätig. Sie bringen Informationen, die geheim sind und nicht per Funk übermittelt werden können, von Camp zu Camp. Wenn sie lesen und schreiben können, arbeiten sie an den Funkgeräten und als Jugendliche werden sie in die militärischen Strukturen integriert. Viele von den 18—20jährigen waren schon vor 1980 in der Hauptstadt aktiv und haben sich 1980 der Landguerilla angeschlossen. Aber auch viele Jugendliche aus den umliegenden Dörfern schließen sich mit 14 oder 15 Jahren der FMLN an.

Die Situation der Zivilbevölkerung

Vom 25.12.—28.12.85 besuchte ich die *zona baja*, die zusammen mit dem Guazapa wohl die am meisten bombardierte Region El Salvadors ist. Mein dortiger Aufenthalt war organisiert und betreut von dem *Poder Popular de Liberación* (PPL) — „befreiende Volksmacht". Diese Organisation kommt den Komitees zur Selbstverteidigung gleich.

Die *zona baja* wird im Norden begrenzt vom künstlich angelegten See — *Embalse Cerron Grande* —, im Osten von den Hügeln von *Cabañas*, im Süden vom Guazapaberg, im Westen von der Straße *troncal del norte*.

Die *zona baja* ist eine Tiefenbene, in der vor 1980 schätzungsweise 12.—16.000 Leute gelebt haben. Heute beträgt die Anzahl der dort lebenden Zivilbevölkerung ca. 2000. Bis auf die Stadt Suchitoto wird das Gebiet politisch und militärisch von der FMLN kontrolliert. Außer einer Buslinie nach Suchitoto gibt es keinerlei staatliche Administration und Versorgung mehr. Das Internationale Rote Kreuz und andere humanitäre Organisatonen haben keine Erlaubnis, die Zivilbevölkerung mit Medikamenten und Lebensmitteln zu versorgen. Die Regierung und die Armee setzen die Zivilbevölkerung mit der Guerilla gleich, weswegen diese ständiges Angriffsziel der Luftwaffe und des Heeres ist.

24.12.85

Heilig Abend. Noch befand ich mich am Guazapa und plante für den nächsten Tag den Weg in die *zona baja* — ca. 1 1/2 Stunden Fußmarsch von dem Camp der EMLN entfernt. Mein Aufbruch hatte sich verzögert, weil am 20.12.85 das Elitebataillon Atlacatl in die *zona baja* eingedrungen war, und wir auf seinen Rückzug warten mußten.

Gegen Mittag meldete das Radio, daß Duarte den Vorschlag von Erzbischof Rivera y Damas, den Waffenstillstand nicht nur über Weihnachten einzuhalten, sondern bis zum 2.1.86 auszuweiten, angenommen hatte. Bereits am Morgen hatte

Die im Artikel erwähnten Organisationen:

ERP	Ejercito Revulucionnario del Pueblo Revulutionäres Heer des Volkes
RN	Resistencia Nacional Nationaler Widerstand
PC-FAL	Partido Comunista — Fuerzas Armadas de Liberación Kommunistische Partei — Bewaffnete Kräfte der Befreiung
FPL	Fuerzas Populares de Liberación Volkskräfte der Befreiung

die FMLN ein Komunique herausgegeben, indem sie Riveras Vorschlag akzeptierte. Am Nachmittag hörte man jedoch Bombardierungen und Mörserbeschuß aus der Richtung der *zona baja.*

25.12.85

Weihnachten ging ich in die zona baja und hielt mich im oberen Teil, genannt Mirandia, auf, der sich nördlich am Guazapa anschließt. In Mirandia wohnen Bauern, deren Hütten vereinzelt — etwa zehn Minuten Fußweg auseinander stehen. Auch hier haben Bombardierungen ihre Spuren hinterlassen. Die Trichter von eingeschlagenen 500 Pfund oder 750 Pfund-Bomben haben einen Durchmesser von bis zu 10 Metern und sind 3—6 Meter tief. Alle Trichter befanden sich in direkter Nähe von Häusern oder haben die Häuser zerstört, so daß es keinen Zweifel darüber geben kann, daß die Bomben gezielt abgeworfen wurden. Alle Häuser haben ein *tatu*, das sind ausgegrabene Höhlen, die von oben mit einem Holzbalken abgedeckt wurden, und dei teilweise bis zu 20 Personen Unterschlupf und Schutz bei Bombenangriffen bieten.

Nach Auskunft der Bewohner, die zum Teil ihre zerstörten Häuser wieder aufbauten, resultierten die Zerstörungen von den Bombardierungen am 11.12.85. Da die Bevölkerung es am 11.12.85 geschafft habe, rechtzeitig in die *tatus* zu kommen, sei bei diesen Bombardierungen keiner ums Leben gekommen. Lediglich einer sei kurz vor dem *tatu* von Bombensplittern am Arm verletzt worden.

In einem Haus traf ich acht Frauen und Kinder, die am 23.12.85 aus dem unteren Teil der *zona baja* vor dem Elitebataillon Atlacatl geflüchtet waren. Sie warteten bei Verwandten darauf, daß das Bataillon wieder abzieht und sie zurück können. Die Frauen und Kinder waren zusammen mit einer größeren Gruppen von der PPL evakuiert worden. Der Ehemann einer der anwesenden Frauen war dabei verloren gegangen oder verschwunden. Die Flucht sei so schnell und überstürzt nötig gewesen, daß sie nicht einmal hätten ein paar Sachen zusamenpacken können. Die Frauen berichteten außerdem, daß sie oft tagelang ohne Essen und Trinken im *tatus* ausharren müßten, wegen der ständigen Bombardierungen. Und wenn nach den Bombardierungen das Heer in die Region eindringe, müßten sie fliehen.

En Angehöriger der PPL, der die Evakuierung der Frauen und Kinder am 23.12.85 mitorganisiert hatte, berichtete, daß er von der 50 Menschen umfassenden Gruppe nur 20 in den oberen Teil der *zona baja* hätte geleiten können. Was mit den anderen 30 geworden ist, wisse er nicht. Man sei in einen Hinterhalt des Bataillons Atlcacatl geraten und habe deshalb die Gruppe aufteilen müssen.

26.12.85

Gegen 10.00 h hörten wir für ca. 1/2 Stunden starke Bombardierungen aus östlicher Richtung. Eine Stunde später wurde ganz in der Nähe von Mirandia ein Hubschrauber beobachtet, aus dem etwa 20 Minuten lang mit Maschinengewehren geschossen wurde.

Um 13.45 h meldete der Sender Radio Sonora, daß laut Meldungen der Armee der Waffenstillstand einigermaßen eingehalten worden sei. Nur in einigen Konfliktzonen wie in Morazan habe es gewisse Zusammenstöße gegeben.

27.12.85

Radio Venceremos meldete, daß am 25.12.85 in der Umgebung von Joateca in Morazan 20 Bomben á 500 Pfund abgeworfen wurden, ebenso 10 Raketen. Aus Hubschraubern sei außerdem Maschinengewehrbeschuß erfolgt. Es habe Tote und Verletzte gegeben. Am 26.12.85 seien in San Vicente 14 Bomben abgeworfen worden. Suchitoto und Umgebung (*zona baja*) sei ebenfalls bombardiert worden.

Luftwaffenchef Bustillo und der Kommandant Chalatenango Ochoa äußerten sich dahingehend, von der Regierung keinerlei Instruktionen erhalten zu haben, einen Waffenstillstand einzuhalten.

Ich befand mich am 27.12.85 im unteren Teil der *zona baja* in den Ansiedlungen Platanares und Chaparal, wo nach Aussagen der Bevölkerung das Bataillon Atlacatl gewesen ist. In Platanares sind 10 Häuser zerstört worden; drei Frauen und vier Kinder, die in einem Haus geblieben waren, sind mitgenommen worden. Eine alte Frau, die mit einem Kind in einem *tatu* Zuflucht gesucht hatte, ist vom Bataillon erschossen und anschließend mit Säure übergossen worden. Das Kind, das sie bei sich hatte, wurde miitgenommen. Der größte Teil der Bevölkerung ist vor dem Eintreffen der Bataillone evakuiert worden.

Da die gesamte Zivilbevölkerung in der *zona baja* von der Regierung und der Armee für „subversiv" erklärt worden ist und mit der Guerilla gleichgesetzt wird, wird die Zivilbevölkerung immer wieder zum direkten Angriffsziel der Armee.

Neben der direkten Verfolgung von Personen (Ermordung, Verhaftung) ist die systematische Zerstörung der Lebensgrundlagen Hauptbestandteil der Kriegsführung: gezielte Bombardierung der Häuser, Zerstörung der Felder und Produktionsstät-



Zerstörtes Haus in der zona baja

ten. Vor 1980 hat es in der Region einen hohen Viehbestand gegeben. Im Laufe der Jahre hat die Armee systematisch bei Operationen die Kühe, Esel, Hühner abgeschlachtet, so daß heute keine Kühe, keine Milch, keine Hühner, keine Eier usw. mehr vorzufinden sind.

Besonders gefürchtet bei der Bevölkerung sind die Elitebataillone wie Atlacatl und Bellose wegen ihrer Grausamkeit. Das Alltagsleben der Bevölkerung ist völlig eingestimmt auf den Luftkrieg. Jedes Haus besitzt einen Unterschlupf in der Erde (*tatu*), in den die Leute rennen, wenn Flugzeuge auftauchen. Dies kann mehrmals täglich vorkommen. Wenn die Armee nach den Bombardierungen in die Region eindringt, werden von ihr die *tatus* aufgespürt, und die Menschen, die sich darin befinden, verhaftet. Deshalb gibt es auch geheime *tatus*, die besonders getarnt sind. Diese liegen meist weiter entfernt von den Ansiedlungen. Die *tatus* sind sehr stabil gebaut und bieten einen guten Schutz gegen Kontakt- oder Splitterbomben, die keine Trichter machen, aber wegen ihres Streueffekts sehr gefährlich sind.

Die PPL versucht durch ein Vorwarnsystem die Menschen rechtzeitig vor dem Erscheinen der Armee zu warnen und zu evakuieren. Die ständig notwendige Mobilitätsbereitschaft der Bevölkerung erschwert jedoch sehr das Alltagsleben und die Organisation der Ernährung. Programme zur Alphabetisierung scheitern an der mangelnden Konsistenz im Leben der Bevölkerung. Die Ernährungslage ist schlecht, vor allem die Kinder sind unter- oder fehlernährt. Mais, Bohnen und gelegentlich Fisch aus dem See bilden die Ernährungsgrundlage. Es gibt so gut wie keine medizinische Versorgung. Malaria ist weit verbreitet.

Die psychische Belastung durch den Krieg und seine Folgen muß sehr hoch eingeschätzt werden. Nach Aussagen von Frauen ist die Rate der Fehlgeburten gestiegen, bedingt vor allem durch die psychischen und physischen Strapazen bei Evakuierungen und Flucht.

Piedra Labrada — die Region südwestlich von Guazapa

Seit der großen Militärinvasion Anfang 1983 am Guazapa und den damaligen Säuberungsaktionen und Bombardierungen, bei denen mehr als 1000 Menschen getötet wurden, ist der größte Teil der Bevölkerung aus der Region geflohen. Einige sind geblieben, andere zurückgekommen, sodaß heute einige Tausend Personen dort leben, wobei die genaue Anzahl schwer festzumachen ist. Anders als in der *zona baja* sind die Kommunikationsstrukturen der Bevölkerung hin zur Hauptstadt weiterhin offen, wodurch die Versorgungslage etwas besser ist. Auch das Rote Kreuz hat Zugang zur Region. Da aber das Militär wesentlich häufiger präsent ist, müssen die politischen Strukturen verdeckter sein als in der *zona baja*.



Nach einem Angriff

Am 2. 1. 86 begleitete ich zwei Ärzte, die mit der FMLN zusammenarbeiten nach Piedra Labrada. Piedra Labrada liegt etwa eine halbe Stunde vom nächsten FMLN-Camp entfernt am Südhang des Guazapa. Einmal pro Woche kommen die Ärzte zu Konsultationen der dortigen Bevölkerung. Wenn die Guerilla die Medikamente nicht stellen kann, was häufig der Fall ist, müssen die Leute mit dem Rezept in den nächsten Ort, um die Medikamente zu kaufen. Dies können sich die meisten der Patienten allerdings nicht leisten. Aber gespart haben sie so auf alle Fälle das Geld für den Arztbesuch und den stundenlangen Weg, um zu einem Arzt zu gelangen.

Ich rede mit einigen Leuten, die wir in ihren Häusern antreffen. Jedesmal werde ich von den Ärzten als Vertrauensperson eingeführt, was in der *zona baja* überflüssig war, da dort die politische Struktur geschlossen ist und ein von der FMLN oder den PPL unkontrollierten Zugang so gut wie nicht möglich.

Martin, ein älterer Bauer erzählte mir, daß massive Bombardierungen kaum stattfänden, da die relative Nähe der Region zur Hauptstadt für die Luftwaffe wohl ein Hindernis sei. Wenn am Guazapa selbst bombardiert wird, würden jedoch oft die Bombensplitter bis zu ihnen herüber fliegen. Mörserbeschuß sei keine Seltenheit. *Tatus* hätte die Bevölkerung nicht, da es für die Armee ein Indiz für die Kollaboration der Zivilbevölkerung mit der Guerilla sei. Ständig suche die Armee nach Beweisen für „subversive" Aktivitäten der Bevölkerung.

Am 19. Dezember 85 seien nachts Soldaten zu ihm gekommen und hätten ihn aufgefordert, mit ihnen zum Guazapa zu gehen, um ihnen zu zeigen, wo die FMLN ihre Camps haben. Obowhl er gesagt habe, er wisse das nicht und er gehe nicht auf den Berg, hätten sie ihn gezwungen, vorzulaufen, da sie Angst vor verminten Wegen hatten. Nur weil die Armee seine Familie bedroht habe, sei er mitgegangen. Als deutlich war, daß die Wege nicht vermint waren, hätten sie ihn laufen lassen.

In einem anderen Haus erzählte eine alte Frau, daß am gleichen Tag, dem 19. 12. 85, ihr Sohn von den Militärs mitgenommen worden sei. Sie hätten ihn geschlagen, an zwei Stangen wie ein Tier aufgehängt und auf den Berg geschleppt. Eines ihrer zwei Hühner hätten sie auch mitgenommen.

Poder Popular — Was ist das?

Das Konzept des *poder popular de liberación* (PPL) ist politischer Ausdruck der Selbstorganisation der Bevölkerung gegen die Regierungsgewalt, also ein Widerstandskonzept der ländlichen politischen Opposition. Die konkreten Erscheinungsformen des PPL sind nach den jeweiligen politischen und militärischen regionalen Bedingungen ausgerichtet. Es existiert dort, wo die Regierungsgewalt militärisch und politisch zumindest teilweise zurückgedrängt worden ist und die Oppositionskräfte entweder dominant oder zumindest stark präsent sind. Dies ist vor allem in den sogenannten kontrollierten Zonen der Fall und in den *zonas de disputa*, in denen sowohl die Armee als auch die Guerilla operiert. In den *zonas de disputa* ist es sicherlich am schwierigsten festzustellen, was genau das PPL-Konzept beinhaltet, da seine Organisationsstruktur notwendigerweise wegen der Repression geheim sein muß.

In der *zona baja*, deren Bevölkerung insgesamt zur Regierungsopposition zählt, hat das PPL-Konzept völlig offene Strukturen und ist Ersatz für staatliche Organisation geworden.

Das Komitee der PPL besteht aus fünf Personen, die verantwortlich sind für Produktion, Recht, Gesundheit, politische Arbeit, Selbstverteidigung. Alle zwei Jahre wird das Komitee von der Bevölkerung neu gewählt. Wählen und gewählt werden kann



jeder ab 15 Jahre.

Einen großen Raum der PPL-Arbeit nimmt die Organisierung der Selbstverteidigung ein, sowie die Bewältigung der Kriegssituation insgesamt. Es werden Milizen aufgestellt, der Bau von Unterschlupfen organisiert, über die militärische Situation informiert, Evakuierungen vorgenommen, Verletzte versorgt, Schäden repariert. Es gibt ein Alphabetisierungsprogramm, was jedoch aufgrund der Kriegssituation schlecht funktioniert. Die medizinische Versorgung ist schlecht, weil Ärzte und Medikamente fehlen. Allheilmittel ist Honig, der aus der Produktionskooperative an Kranke verteilt wird. Hin und wieder werden die Leute von Ärzten behandelt, die mit der FMLN zusammenarbeiten.

Die PPL stellt Küchen, in denen die Milizen oder auch Mitglieder der FMLN ihr Essen bekommen. Erwirtschaftete Überschüsse, z.B. Mais, werden an die FMLN verschenkt oder verkauft, je nach Möglichkeit. Kaffee liefert die Guerilla, da er nur in höheren Regionen am Guazapa wächst, den braunen Zucker aus Zuckerrohr liefert die Bevölkerung.

Diese Formen der Selbstorganisation und des gegenseitigen Austausches finden in einem überschaubaren Rahmen statt. Die Region ist klein und die Anzahl der Leute so überschaubar, daß sich fast alle kennen. Viele Familien sind miteinander verwandt.

Die Operation Phönix

Sechs Tage, nachdem ich die Guazapa-Region verlassen hatte, begann die Operation Phönix am Guazapa selbst und in der *zona baja* (10.1.86). In Kombination mit massiven Bombardierungen des Vulkans und der *zona baja*, wo die Zivilbevölkerung lebt, marschierten 5000 Soldaten der Elitebataillon Atlacatl, Belloso und Bracamonte in die *zona baja* ein. In der Umgebung von Platanares, im südlichen Teil der *zona baja*, wo bereits das Bataillon Atlacatl am 21.12.85 gewütet hatte, waren rund 1000 Frauen, Männer und Kinder der Zivilbevölkerung von den Soldaten eingeschlossen. Trotz Aufforderung der katholischen Kirche, wurde dem internationalen Roten Kreuz und kirchlichen Organisationen der Zutritt zur *zona baja* vom Militär streng untersagt, so daß die Versrogung der Zivilbevölkerung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten nicht möglich war.

Sinn und Zweck der Operation Phönix ist die totale „Säuberung" der *zona baja*, der gewaltsame Abtransport, der in den Augen des Militärs und der Regierung als subversiv geltenden Bevölkerung, und die Vernichtung der Häuser und Felder, um die Region unbewohnbar zu machen. Ende Januar 86 befanden sich ca. 200 Personen im Militärlager in Aguilares, ca. 100 Leute waren umgekommen, die Anzahl der Verletzten stand nicht fest.

Anfang Februar bestätigt das katholische Rechtshilfebüro Tutela Legal die zunehmende Anzahl von Verhafteten, die in San Salvador in die Hände der Armee und der Nationalpolizei geraten sind. Die Kirche bemüht sich außerdem um die Betreuung von Flüchtlingen aus der *zona baja*. Der Generalstabschef der Armee, Blandón, läßt verlauten, daß die Operation Phönix andauern werde, bis die Region gesäubert sei. Als Antwort auf die Kritik an der Operation bot er dem internationalen Roten Kreuz an, es selbst solle die Evakuierung der Zivilbevölkerung übernehmen, was jedoch vom IKRK abgelehnt wurde.

Am Guazapa selbst dauerten die Kämpfe zwischen Armee und Guerilla an. Am 30. 1. 86 schrieben die Grünen im Bundestag einen Brief an Bundeskanzler Kohl mit der Aufforderung, er möge sich unverzüglich an Präsident Duarte wenden und auf die Regierung Druck ausüben, die völkerrechtswidrigen Aktionen des Militärs einzustellen. Die Anwort von Kohl an die Grünen steht noch aus.

Die Operation dauert bis heute (7.2.86) an. Die Informationsbeschaffung über die Situation in der *zona baja* ist sehr schwierig, da die Armee den Eintritt in die Region verbietet. Fest steht, daß es zukünftig keine Zivilbevölkerung in der *zona baja* mehr geben wird.

Gaby Gottwald

Der folgende Bericht wurde im Dezember 1985 verfaßt. Wie in der TAZ vom 18.2.86 als dpa-Meldung zu lesen war, ist aus Militärkreisen in San Salvador laut geworden, daß für die Ausbildung der Polizei sowie von Spezialeinheiten durch US-Militärberater 4,8 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt worden seien. Ob die Counterinsurgency-Gesetzesvorlage allerdings schon offiziell verabschiedet worden ist, ist uns nicht bekannt.

US-Regierung plant Polizeiausbildung in Mittelamerika

Terrorismusbekämpfung, Demonstrationskontrolle, Datenmanagement und Flughafensicherheit — in diesen Fächern werden US-Polizeiausbilder nächstes Jahr mittelamerikanische Sicherheitskräfte unterrichten, wenn die Reagan-Administration einen entsprechenden Gesetzesentwurf im Kongreß durchsetzen kann. Mit der „Gesetzesvorlage für Counterinsurgency in Mittelamerika" sollen 53 Mio. Dollar bereitgestellt werden, um amerikanische Polizeiberater nach El Salvador, Guatemala, Honduras, Panama und Costa Rica zu schicken um die dortigen Ordnungskräfte auszurüsten. Abgesehen von El Salvador, wo die USA bereits ein bescheidenes Polizeitrainingsprogramm unterhalten, würden damit US-Experten zum erstenmal nach einer zwölfjährigen „Pause" wieder ausländische Polizeikräfte ausbilden.

In einem dem epd zugespielten vertraulichen Memorandum des US-Außenministeriums, das als Grundlage für den Counterinsurgency-Gesetzesentwurf diente, heißt es, der „terroristische Angriff" auf vier US-Marineinfantristen in einer Bar in San Salvador am 19. Juni habe eine „Überprüfung der Fähigkeiten unserer Verbündeten in Mittelamerika zur Bekämpfung der terroristischen Bedrohung erfordert". Dabei sei man zu dem Schluß gekommen, daß „zunehmende terroristische Aktionen" die größte Bedrohung für die „Demokratisierung El Salvadors, Honduras und Guatemala darstellten. Außerdem bedrohe der Terrorismus Auslandsinvestitionen und trage zur Kapitalflucht bei.

„Von Marxisten angeführte Guerillagruppen", schrieb State Department Ministerialdirektor William Ball Ende September an den US-Kongreß, als er die Counterinsurgency Gesetzesvorlage einreichte, stellten sich der Rückkehr zu Zivilregierungen in Mittalamerika „mit einem taktischen Übergang von Aufständen zu Terrorismus entgegen." Wenn die US-Regierung dabei tatenlos zusehe, warnte Ball, werde ihre Gesamtstrategie für Zentralamerika in Gefahr geraten.

Die Counterinsurgency-Vorlage sieht vor, daß El Salvador den Löwenanteil der

Wird Foltern salonfähig?

Gelder für Polizeiausbildung und -ausrüstung erhalten soll — nämlich 12 Mio. Dollar. Dazu kämen 10 Mio. für die Ausrüstung der „Anti-Terror Spezialeinheiten des Heeres mit M-16 Gewehren, Sprechfunkgeräten und Aufklärungsflugzeugen die sich in Counterinsurgency-Operationen als „äußerst erfolgreich" erwiesen hätten. In Guatemala will die US-Regierung u. a. Sprengstoffexperten ausbilden lassen und den Sicherheitskräften helfen, ein von Israel installiertes Datenverarbeitungssystem besser zu nutzen. In Honduras sollen an den drei Polizeischulen des Landes und an der Offiziersschule Ausbildungskurse für „Anti-Terrorismus Spezialeinheiten" eingeführt werden. Außerdem will das State Department den Bau eines Labors für Kriminologie finanzieren helfen sowie Sprechfunkgeräte und Videoüberwachungsanlagen anschaffen.

Die Polizei in Costa Rica soll für Anti-Demonstrationseinsätze und Datenerfassung und -verwaltung ausgebildet werden. Das „größtmögliche Potential" für Anschläge auf „nationale US-Interessen" in Mittelamerika bestehe in Panama, so das State Department, wo über 40.000 nordamerikanische Militärs mit ihren Angehörigen und weiteren US-Bürgerinnen und Bürgern leben. Die panamenischen Sicherheitskräfte will die US-Regierung mit Waffen, Munition, Sprengstoff und Fahrzeugen versorgen und für „schnelle Sondereinsätze" trainieren.

Viele Abgeordnete und Senatoren der Republikanischen Partei unterstützten die Counterinsurgency-Vorlage. Vor allem seit dem Abfang des ägyptischen Flugzeugs mit vier palästinensischen Entführern an Bord sind viele Politiker mehr denn je bereit, es „den Terroristen" zu zeigen. Menschenrechtsorganisationen beschweren sich, daß dabei oft Lektionen der sechziger und siebziger Jahre vergessen werden.

1974 hatte der Kongreß ein generelles Verbot für die US-Ausbildung von ausländischen Polizeikräften erlassen. Damals war bekannt geworden, daß das „US-Büro für öffentliche Sicherheit", durch dessen Programm seit 1962 über eine Million Polizisten aus Dritte Welt Ländern ausgebildet worden waren, einigen seiner Studenten auch das Foltern beigebracht hatte. In den Schlußberichten der Ausgebildeten, die von der Washington Post aufgedeckt wurden, war Entsprechendes zu lesen. Ein Polizeibeamter aus Zaire stellte beispielsweise fest: „die Anwendung von Gewalt" könnte während des Verhörs „als eine Taktik der Polizei betrachtet werden, die ‚unsere Arbeit beschleunigt'". Allerdings sollte unter keinen Umständen „die Presse informiert werden". Ein nepalischer Beamter schrieb, die Folterung von Verdächtigen sei „als letzte Zufluchtsmaßnahme praktisch und notwendig".

Zahlreiche kirchliche Organisationen und Menschenrechtsgruppen haben jetzt scharf gegen die Wiederaufnahme der Polizeiausbildung protestiert. In ihrem Brief an den Kongreß heißt es, die Sicherheitskräfte in El Salvador und Guatemala hätten „tausende von Menschenrechtsverletzungen" begangen, einschließlich Folterungen und auch die Todesschwadrone in ihren Ländern unterstützt. Die Menschenrechtsorganisation Americas Watch legte dem Kongreß Zeugenaussagen von Männern und Frauen vor, die behaupteten, dieses Jahr in den Gefängnissen von El Salvador gefoltert worden zu sein. Damit widersprach Americas Watch Behauptungen der Reagan Administration, Präsident Napoleon Duarte habe sein Haus in Ordnung gebracht und käme deshalb für Polizeihilfe in Frage.

Der demokratische Senator John Kerry protestierte während einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Senats, daß die von der Reagan-Administration geplante Polizeiausbildung „nur gegen linke und nicht gegen rechte Terroristen" ausgerichtet sei. Kerry präsentierte dem State Departement außerdem eine Liste mit den Namen von 14 salvadorenischen Offizieren, die seinen Informationen nach direkt mit den Todesschwadronen zusammenarbeiten. Amerikanische Hilfe zur Terrorismusbekämpfung dürfte keinesfalls an Einrichtungen gehen, die Männer mit Verbindungen zu rechten Terroristen in ihren eigenen Reihen hätten, forderte Kerry.

Wie die Polizeiausbildung verwendet werden kann, wurde bereits letztes Jahr deutlich, als amerikanische Militärs eine salvadorenische Sondereinheit ausbildeten. Im Juni 1985 schlug die US-trainierte Einheit einen Streik in einem Krankenhaus in San Salvador nieder. Während des Einsatzes wurden Ärzte und Krankenschwestern gefesselt auf den Boden gestoßen und liegengelassen; eine schwangere Frau starb, weil das Personal ihr nicht helfen durfte. Vier weitere Personen wurden erschossen.

Politische Aktionen gegen Streiks und gegen Demonstrationen sind anscheinend in der Counterinsurgency-Vorlage eingeplant. In dem vertraulichen State Department Bericht heißt es, das Polizeitraining solle grundsätzlich dem Kampf gegen die Bedrohung der „neuen Demokratie" in El Salvador dienen — gegen den Terrorismus, aber auch gegen die „von Linken inszenierten Gewerkschafts- und Studentenunruhen".

Der Auswärtige Ausschuß des Senats will jetzt über die Gesetzesvorlage abstimmen. Beobachter erwarten, daß der Kongreß die von der Administration geplanten Ausgaben für El Salvador und Guatemala zurückstufen wird. Die Administration drängt den Kongreß, das Gesetz noch dieses Jahr zu verabschieden, so daß sie ihr Hilfspaket für die zentralamerikanischen Sicherheitskräfte für das Haushaltsjahr 1987 zusammenstellen kann. Einem Sprecher des Außenministeriums zufolge will die Administration in den nächsten Jahren den Regierungen Zentralamerikas auch bei der Ausbildung ihrer Gefängniswärter helfen.

Konrad Ege (epd)

Philippinen

Der Sturz des Diktators



Die Präsidentschaftswahlen und die Machtübernahme von Corazon Aquino auf den Phillipinen

Seit dem 25. Februar haben die Philippinen eine neue Präsidentin: Corazon „Cory" Aquino. Eingeleitet wurde ihre Machtübernahme durch die Präsidentschaftswahlen vom 7. Februar 1986. Zwar hatte bei diesen Wahlen der inzwischen gestürzte Präsident Marcos, so ermittelte jedenfalls die staatliche Wahlkampfkommission COMELEC, die meisten Stimmen auf sich vereinen können, 10,8 Millionen gegenüber 9,3 Millionen für die Opposition.[1] Die Offensichtlichkeit des massiven Wahlbetrugs und des Militärterrors machten den Erfolg des Diktators aber zum Pyrrhus-Sieg. Eine bis dato ungekannte internationale Isolierung des Regimes und eine dramatische Zuspitzung der innenpolitischen Widersprüche läuteten schon wenige Tage nach den Wahlen das Ende der Marcos-Diktatur ein. Die „Rebellion" des Militärs mit Frau Aquino als politische Führerin setzte dann den Schlußstrich unter 20 Jahre Marcos-Diktatur. Warum aber hatte Marcos überhaupt wählen lassen?

Die Ende 1984 in Washington gebildete „Behördenübergreifende Kommission" zu den Philippinen, zusammengesetzt aus Vertretern des Außen- und Verteidigungsministeriums, des Schatzamtes und des CIA, sollte ein langfristiges Krisenmanagement auf den Inseln betreiben. US-Geheimdienstberichte über den Zuwachs der im Untergrund operierenden Nationalen Demokratischen Front (NDF) und der Neuen Volksarmee (NPA), die in CIA-Studien als die am schnellsten wachsende Guerillabewegung der Welt bezeichnet wird, aber auch der Nationalismus und die starke Radikalisierung von Teilen des Bürgertums seit der Ermordung des Oppositionspolitikers Benigno Aquino im August 1983, ließen die USA aufhorchen. Das wirtschaftlich korrupte und in der Aufstandsbekämpfung wenig effektive Regime schien langfristig nicht mehr die militärischen und ökonomischen US-Interessen auf dem Archipel zu sichern. Entsprechend formulierte die „Behördenübergreifende Kommission" in der Nationalen Sicherheitsdirektive für die Philippinen: *„Auch wenn Präsident Marcos momentan Teil des Problems ist, ist er notwendigerweise auch Teil der Lösung ... Wir müssen versuchen, ihn durch eine gut abgestimmte Politik von Anreizen und Druckmitteln zu bewegen, die Voraussetzungen für einen friedlichen Übergang zu einer Nachfolgeregierung zu schaffen."*[2]

Kurz nach der Unterzeichnung der Sicherheitsdirektive durch Präsident Reagan begannen die USA Marcos mit Zukkerbrot und Peitsche zu wirtschaftlichen und politischen Reformen und zu einer gezielteren Guerillabekämpfung zu bewegen. Im Mai 1985 reiste CIA-Chef Casey nach Manila, um auf diese Reformen und auf vorgezogene Präsidentschaftswahlen zu drängen.[3] Marcos blieb jedoch hart. Im Oktober 1985 flog US-Senator Paul Laxalt auf die Philippinen, um Marcos einen persönlichen Brief von Präsident Reagan zu überbringen, in dem dieser seine Bestürzung und Sorge über die „wachsende rote Gefahr" zum Ausdruck brachte. Marcos ließ auch Laxalt abblitzen. Wenige Tage nach dessen Abreise, am 4. November, kündigte er jedoch vorgezogene Präsidentschaftswahlen an.

Die Rechnung der USA ging auf. Dabei war es gar nicht im Sinne der Reagan-

Administration, daß Marcos sofort durch eine Aquino/Laurel Regierung abgelöst wird. Viel wichtiger war erstens, daß mit den Präsidentschaftswahlen die Einführung des Vizepräsidentenamtes verbunden war, die mittelfristig die friedliche Ablösung des schwerkranken Marcos sicherstellen sollte. Zweitens sollte das großinszenierte Wahlspektakel die Filipinos vom „Parlament der Straße"[4] und vom „Parlament der Berge" (dem bewaffneten Widerstand der NPA) zu geordneten US-genehmen demokratischen Prozessen zurückbringen. Nur so ist auch die unglaubliche Aufmerksamkeit zu erklären, die die Wahlen in den US-Medien erhalten hatten. Insgesamt haben sich während der Wahlen rund 1.000 ausländische Journalisten im Land aufgehalten.[5] Die Filipinos und die gesamte westliche Welt sollten davon überzeugt werden, daß ein Diktator eben doch mit „demokratischen Mitteln" zu Reformen oder gar zum Sturz gebracht werden kann. Nicht mit Demonstrationen, Volksstreiks oder gar mit dem Gewehr in der Hand, sondern mit einem Kreuz auf den Stimmzetteln sollten die Filipinos über ihre weitere Zukunft entscheiden.

Das Kalkül von Marcos

Marcos hat mit der Ansetzung von Präsidentschaftswahlen dem massiven Druck der USA nachgegeben. Aber er hätte nicht wählen lassen, wenn er sich nicht echte Chancen für eine Wiederwahl ausgerechnet hätte. Er war nie bereit, freiwillig die Macht abzugeben. Während der Militärrebellion hielt er bis zum Schluß die Stellung und beteuerte immer wieder nur, alles sei unter Kontrolle. Seine reguläre Amtsperiode hätte bis Mitte 1987 gedauert. Für diesen Zeitpunkt wäre seine Wiederwahl, auch mit noch so großen Wahlfälschungen, extrem unwahrscheinlich gewesen. Durch vorgezogene Wahlen hoffte er sein Mandat zu erneuern, scheindemokratisch zu legitimieren und seine Isolierung zu bremsen.

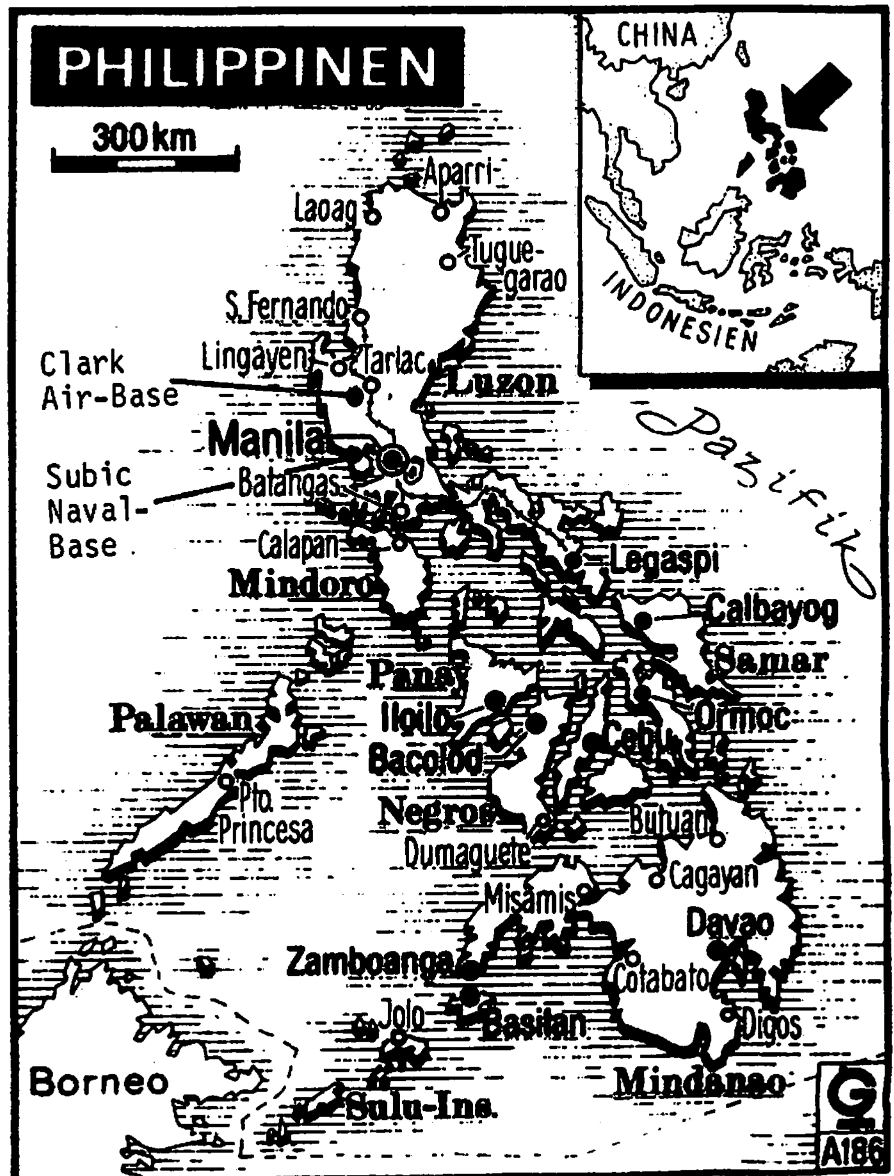
Gegenüber den USA wollte sich Marcos durch punktuelles Nachgeben als weiterhin unterstützungwürdig präsentieren. Nach den Wahlen kündigte er Reformen, Wirtschaftsmaßnahmen und die Bildung eines Staatsrates an und er entließ seinen ergebensten Vasallen, den Stabschef der Streitkräfte, General Ver, um einer schon seit langem bestehenden Forderung der USA nachzugeben.

Marcos' letzter Versuch zur Machterhaltung schlug fehl: Zu massiv waren Wahlbetrug und Terror vor den Augen der Weltöffentlichkeit, zu weit vorangeschritten waren die Widersprüche zwischen dem zerfallenden Regime, Günstlingen und einer kleinen Schar Marcostreuer und der breiten Bevölkerung vom armen Pächter bis zum Großindustriellen. Eineinhalb Wochen nach den Wahlen hob Marcos den Rücktritt von General Ver vorläufig wieder auf, um einen *„effizienten Wechsel von Funktionen und Verantwortlichkeiten zu ermöglichen".*[6] Damit verschärfte er noch die im Militär latenten Widersprüche, die fünf Tage später zum offenen Aufstand der Enrile/Ramos Fraktion führten.

„Cory" und „Doy": die neue Präsidentin und ihr Vize

Nach langen und zähen Verhandlungen konnten sich Frau Aquino und Laurel Anfang Dezember '85 auf eine gemeinsame Kandidatur einigen. Der ehrgeizige **Salvador „Doy" Laurel**, hatte als Präsident des rechtsbürgerlichen Oppositionsbündnisses UNIDO bis zuletzt auf seine Nominierung als Präsidentschaftskandidat bestanden, lenkte aber schließlich doch ein. Bis 1982 war er Marcos-Anhänger. 1978 bekam er als Mitglied der Marcos-Partei KBL einen Sitz in der Vorläufigen Nationalversammlung. Er gehört einem reichen Clan mit umfangreichen Grundbesitz an, ist Zementfabrikant und Mitinhaber der Philippine Banking Corporation. Seine Präsidentschaftsambitionen haben Tradition: „Doys" Vater, José Laurel Sr. war philippinischer Präsident, eingesetzt von den japanischen Besatzern während des 2. Weltkrieges. Der Name Laurel ist auf den Philippinen inzwischen zum Inbegriff für Opportunismus geworden.

Corazon „Cory" Aquino, die Witwe des Oppositionspolitikers Benigno Aquino, ist nicht weniger begütert als ihr politischer Partner. Sie stammt aus dem steinreichen Cojuangco-Clan. Ihrer Familie gehört unter anderem die größte private und hochmechanisierte Plantage des Landes, die sich über 64 Quadratkilometer erstreckende Hacienda Luisita, auf der Zuckerrohr angebaut wird. Zur Politik kam Frau Aquino, die in den USA studiert hatte und Mutter von fünf Kindern ist, erst durch die politischen Entwicklungen nach dem Tod ihres Mannes. Von der Popularität des zum Märtyrer hochstilisierten Ermordeten profitierend, führte sie etliche Demonstrationen an und wurde über Nacht zur zentralen Person im bürgerlichen oppositionellen Lager. Ihr integeres Image und ihre Naivität wurden ihr politisches Kapital. Vor allem für die städtische Mittelschicht wurde sie zum



Symbol für Hoffnung und demokratischen Wandel. Sie rief ja zu demokratischen Wahlen und wenn überhaupt zu ausserparlamentarischen, dann allein zu ausdrücklich friedlichen Protestformen auf. Selbst auf der Demonstration vom 16. Februar, als sich nach dem Wahlbetrug von Marcos vor ca. 2 Millionen Filipinos ihr landesweites Protest- und Boykottprogramm bekanntgab, forderte sie nur *„aktiven Widerstand mit friedlichen Mitteln in der Weise Christi"*, obwohl viele ihrer Anhänger in dieser letzten Phase des Kampfes gegen Marcos eine härtere Gangart erwartet hatten.[7]

In ihren zahlreichen Wahlkampfreden, wie z. B. vor dem Makati Business Club am 6. Januar 1986 betonte Frau Aquino immer wieder: *„Meine erste Sorge und Priorität ist das Problem der Massenarmut."*[8] Zur Wiederbelebung der Wirtschaft forderte sie die Auflösung der Monopole der Marcos-Günstlinge, die Beendigung der Korruption und ein Klima für verstärkte Investitionen des einheimischen Kapitals. Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit sagt sie, daß es *„der private Sektor ist, auf den ich meine Hoffnungen für eine langfristige Lösung setzte."*[9] Der Landbevölkerung verspricht sie die Einführung eines *„wahren Landreformprogrammes, ... verbunden mit angemessenen Krediten, Märkten und technologischer Unterstützung, um sie zu befähigen, unabhängige und erfolgreiche Farmer zu werden."*[10]

Das klingt sehr hoffnungsvoll, aber man muß sich fragen, wie realistisch und glaubwürdig derartige Forderungen sind. Neben dem Umstand, daß hinter Aquino und Laurel zwei der einflußreichsten Clans des Landes stehen, gibt zu bedenken, daß sich im Kabinett und im engsten Beraterkreis der Präsidentin führende Vertreter des philippinischen Großkapitals befinden, wie z. B. Jaime Zobel (Ayala Corporation — philippinischer Multi), Cesar Buenaventura (Philipinias Shell) oder der inzwischen zum Wirtschaftsminister ernannte Jaime Ongpin (Benguet Mining Corporation). In der Oberschicht sind es vor allem diejenigen Kapitalfraktionen, die durch Monopole und Vetternwirtschaft von Marcos benachteiligt, nun ihre Chance wittern. Diese Kreise haben Frau Aquino zur Macht verholfen. Sie werden ihren Lohn von der jungen Präsidentin einklagen.

„Wahlhelfer Kirche"

Desweiteren war es die katholische Kirche, die Frau Aquino zur Macht verholfen hat. Schon lange sympathisierten große Teile der Kirche mit der „gelben" Aquino-Bewegung während des Wahlkampfes wurde im Januar '86 die Front gegen Marcos vollends deutlich. Der Erzbischof von Manila, Jaime Kardinal Sin, veröffentlichte einen Hirtenbrief, der am 26. Januar in allen Kirchen des Landes verlesen wurde. Marcos wurde gewarnt: Für einen Wahlbetrug gäbe es keine *„göttliche Vergebung"*. Die Opposition wurde gewürdigt wegen *„ihrer Entschlossenheit und ihres Mutes, unserem Volk eine Alternative zu bieten."*[11] Ohne diese Unterstützung wäre das Wahlergebnis für „Cory" wesentlich schlechter ausgefallen. Dazu Frau Aquino: *„Wenn ich nicht die katholische Kirche hätte, kann ich gleich aufgeben."*[12] Die katholische Kirche ist neben dem Staatsapparat die einzige Großinstitution, deren Macht bis ins kleinste Dorf reicht. Sie konnte die Parolen der bürgerlichen Opposition landesweit verbreiten. Letztere verfügte höchstens ansatzweise über eine landesweite Struktur und hatte unter der völlig verarmten Landbevölkerung praktisch keine Basis.

Eine Woche nach der Wahl unterstützte die 110 Miglieder umfassende katholische Bischofskonferenz die breite Bewegung gegen die Diktatur. Die Bevölkerung wurde zum *„gewaltfreien Kampf für Gerechtigkeit"* aufgerufen.[13] Während ein kleiner Teil der Bischöfe durchaus zur Zusamenarbeit mit der radikalen Opposition bereit ist,[14] ist die Mehrheit der Bischofskonferenz deutlich antikommunistisch orientiert. Durch die Mißwirtschaft und Korruption des Regimes beunruhigt, sahen diese eine echte Alternative in Frau Aquino, zumal sie sich im Wahlkampf häufig christlicher Elemente und Formen bediente. Bei den Bischöfen, die in der Bishops Businessmen's Conference organisiert sind, werden auch wirtschaftliche Interessen eine Rolle gespielt haben. Der Großteil des breiten Klerus erwartet von der neuen Präsidentin nationale Versöhung und die Wahrung der eigenen institutionellen Interessen.

> *Die USA sind nicht daran interessiert, dem Volk Demokratie und Macht zurückzugeben, sondern darin, eine Nachfolgeregierung einzurichten, die die Wahrung von US-Interessen im Land fortsetzt.*

Die „Rebellion" des Militärs

Die dritte und wichtigste inländische Kraft, die Frau Aquino schließlich auf den Präsidentenstuhl hob, war das „rebellierende" Militär. Schon lange schwelte der Machtkampf innerhalb der Armee zwischen dem marcostreuen Ver/Ramas und dem Enrile/Ramos-Flügel. General Fabian Ver, dessen drei Söhne allesamt Schlüsselpositionen in der Präsidentengarde einnahmen, war wegen seiner offensichtlichen Funktion als Drahtzieher bei der Aquino-Ermordung 1984 seines Amtes enthoben und vor Gericht gestellt worden. Zusammen mit dem Kommandant des Heeres, Generalmajor Josephus Ramas, bildete er den Kern einer Schar von absolut marcosloyalen Generälen, die dem Diktator ihren glänzenden Aufstieg und etliche Pfründe verdankten. Die Marcos-Treuen widersetzten sich jeglichen Reformforderungen Washingtons und auch Marcos weigerte sich, rund 30 pensionsreife und ihm ergebene Generäle aufs Altenteil zu schicken.

Die kommissarische Übernahme des Amts des Stabschef der Streitkräfte der durch Generalleutnant **Fidel Ramos** schwächte den Ver-Flügel.

Der an der renommierten West-Point Militärakademie in den USA ausgebildete Berufsoffizier mit einem Ingenieursgrad von der Universität Illinois ist ein entfernter Cousin von Marcos. Er hatte Kampferfahrung an der Seite amerikanischer Truppen in Korea und Vietnam, gilt als US-freundlich, loyal und integer. Er arbeitete an der Straffung der Armee. Dazu ordnete er die Einrichtung von „Disziplinierungskasernen" an, um dem „Gesindel" in den Streitkräften das Handwerk zu legen.[15]

Auch innerhalb der unteren und mittleren Ränge des Offizierskorps regte sich seit Anfang '85 eine Reformgruppe, die **Reformiert die Streitkräfte Bewegung** (RAM). Am 21. März 1985, anläßlich einer Diplomfeier der philippinischen Militärakademie in Baguio City, trat die RAM erstmals in Erscheinung. Vor der versammelten Crème der Armeeführung entrollten 300 Demonstranten in Offiziersrang ein Transparent mit der Aufschrift: „Einheit durch Reform. Stellen wir das Ansehen der Streitkräfte wieder her." Die RAM forderte: *„Unsere Loyalität muß der Verfassung gelten und nicht einer Person oder einer Personengruppe."*[16] Der Einfluß der halblegal operierenden Reformbewegung hatte sich im Laufe der letzten Jahre stark ausgeweitet. Sicher die Hälfte des Offizierskorps hatte die RAM unterstützt. Ramos konnte bei seiner Armeestraffung voll auf die Hilfe der RAM zählen. Der Machtkampf des Ver/Ramas und Enrile/Ramos Flügel spitzte sich weiter zu, nachdem General Ver nach seinem Freispruch im Prozeß um die Aquino-Ermordung am 2. Dezember 1985 von Marcos wieder als Stabschef eingesetzt wurde. Die RAM mußte eine scharfe Vorgehensweise des Marcos-Loyalisten gegen die eigenen Reihen fürchten, was auch der Bericht des Geheimdienstausschusses des US-Senats vom 1. November 1985 für den Fall der Wiedereinsetzung von Ver vorausgesagt hatte.[17]

Corazon Aquino wußte, daß sie ohne die Unterstützung von Teilen des Militärs das Land nie regieren konnte. So vermied sie es während des Wahlkampfes, das Militär als Ganzes zu attackieren. Drei Tage nach den Wahlen antwortete sie in einem Interview auf die Frage, ob sie mit der Unterstützung des Militärs rechnen könne: *„Ich bin ganz sicher. Weil ich immer gesagt habe, daß ich alle überalterten Ge-*

neräle pensionieren will, gibt es viele Offiziere, die mich dort (in der Regierung, T.K.) *sehen wollen.*"[18] Ihre Einschätzung war richtig. Wenige Tage später, am 17. Februar, rief die RAM das Militär dazu auf, keine Gewalt gegen Zivilisten anzuwenden, die gegen Marcos' Wahlbetrug protestierten.[19]

Ramos und Enrile hatten mit der RAM schon vor der „Rebellion" sympathisiert. Für den ehemaligen und neuen Verteidigungsminister **Ramos Ponce Enrile** war die Zusammenarbeit mit RAM jedoch eher ein Indiz für seinen Opportunismus, um die eigene Haut zu retten. Es grenzt an Zynismus, daß sich auch Enrile als Befreier und Vertreter eines demokratischen Wandels in der neuen Regierung feiern läßt. Es war Enrile, der die Fäden bei der Verhängung des Kriegsrechts 1972 zog und seit 1970 an der Seite von Marcos als Verteidigungsminister treu gedient hat. Es war auch Enrile, der den Ehemann seiner heutigen Kabinettschefin 1978 als angeblichen CIA-Spion denunzierte.[20] Enrile hat es unter Marcos zu üppigem Reichtum gebracht. Als Konzessionär riesiger Waldgebiete und Plantagenbesitzer hat er mit den berüchtigten „Lost Commands" (Paramilitärs) zur Bekämpfung der NPA zusammengearbeitet. Zur Vereidigung von Frau Aquino kam er, kommentierte die FAZ am 26.2.86, mit sechs schwerbewaffneten Leibwächtern, „die man hierzulande Goons oder Gangster nennt — so als habe sich nichts geändert." Auch Ramos ist kein Waisenknabe. Er hat z. B. das Massaker von Escalante auf Negros, bei dem am 20. September 1985 27 demonstrierende Zivilisten ermordet wurden, gedeckt und eine Bestrafung der Verantwortlichen abgelehnt.



Die Witwe eines von Militärs ermordeten phillipinischen Mannes *Foto: aghpi-archiv*

Lachender Dritter: die USA

Schon lange hatten demokratische US-Abgeordnete ihre Sympathien für das Aquino-Lager deutlich gemacht, die Reagan-Administration weigert sich noch, selbst nach dem Wahlbetrug, Marcos zum Rücktritt aufzufordern. Außenminister Shultz und Präsident Reagan schätzten Frau Aquino als zu schwach ein, um die Widersprüche im Land, vor allem ohne ein ihr ergebenes Militär, im Zaum zu halten. Sie habe, so zitiert „Newsweek" einen westlichen Diplomaten, der Frage, wie die NPA bekämpft werden müsse, zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.[21] Nachdem am 22. Februar der US-Senat geschlossen auf Distanz zu Marcos ging, und ebenfalls am 22. Februar die Militärs „rebellierten" und auch noch ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Frau Aquino ankündigten, handelte die US-Regierung schließlich. Zurückgekehrt von seinem Staatsbesuch in Grenada ließ Reagan sich überzeugen, daß man Marcos fallenlassen und zugleich Asyl anbieten solle. Am 25. Februar ließ sich Frau Aquino im exklusiven Oppositionsclub „Filipino" vereidigen und wurde wenige Stunden später von Außenminister Shultz als neue Präsidentin bestätigt. Marcos wurde gleichzeitig als *„alter Freund und Verbündeter"* in den USA willkommengeheißen. Wenige Stunden später gab er auf.

Darüber, daß die USA durch Geheimdienstkräfte oder auch durch die Mission des Sonderbeauftragten Philipp Habib selbst an dem Putsch des Militärs beteiligt waren, gibt es Gerüchte. Die FAZ berichtet, daß es gute Gründe für die Annahme gebe, daß Enrile den US-Botschafter in Manila, Steven Bosworth, und auch Habib vor dessen Abreise von seinen Plänen informiert habe.[22] Die taz zitiert Behauptungen, nach denen sich Ramos vor einiger Zeit einen persönlichen Berater aus CIA-Kreisen genommen habe, den früheren CIA-Mitarbeiter Mike Radke.[23] Es spricht viel für eine verdeckte US-Beteiligung bei der Machtübernahme in Manila.

Der bereits zitierte Geheimdienstbericht stellt fest: *„Das Potential für eine nicht kommunistische Zukunft auf den Philippinen liegt praktisch vollständig bei der demokratischen Opposition und den Streitkräften."*[24] Die reformerischen Elemente der Armee und die bürgerliche Opposition mußten zusammenkommen und genau das war nach der Abreise Habibs geschehen.

Die Reagan-Administration kann sich freuen: Politische Stabilität ist im Land vorerst wiederhergestellt. Teile des alten Regimes konnten mit dem oppositionellen Großbürgertum und der Mittelstandselite versöhnt werden. Und auch die breite Bevölkerung feiert den Sturz von Marcos und wird der neuen Regierung zunächst, wenn auch an hohe Erwartungen geknüpft, durchaus Gefolgschaft leisten. Schließlich können die USA sich auch

noch als Katalysator für einen friedlichen, demokratischen Wandel ohne Blutvergießen feiern lassen. Für die nächsten Jahre wird Präsidentin Aquino zusammen mit Enrile und Ramos die Sicherung der US-Interessen auf dem Archipel garantieren. Frau Aquino hat gegen die Existenz der riesigen US-Militärbasen im Land — jedenfalls nicht bis zum Auslaufen der Stützpunktverträge im Jahr 1991 — keine Position bezogen.[25]

Die Linke — der Kampf wird weitergehen

Nach langen kontroversen Diskussionen hatte sich am 4. Januar 1986 der Nationalrat des aus rund 500 „zielorientierten" Gruppen und Organisationen bestehenden Linksbündnisses BAYAN (Neue patriotische Koalition) für einen Boykott der Wahlen ausgesprochen. BAYAN hatte zuvor, im November '85, drei demokratische Minimalforderungen für eine Beteiligung an den Wahlen und eine Unterstützung von Frau Aquino aufgestellt: 1. den Rücktritt von Marcos, 2. Reformen für freie und faire Wahlen und 3. die Wiedereinführung des Rechtes auf richterliche Haftprüfung und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Frau Aquino übernahm diese Forderungen, machte jedoch ihre Teilnahme an den Wahlen nicht von ihnen abhängig. Für die meisten Teile von BAYAN schien damit eine Teilnahme an den Wahlen sinnlos. Dennoch unterstützten einige Mitgliedsorganisationen des mit rund zwei Millionen Anhängern größten Oppositionsbündnisses im Land den Wahlkampf von Frau Aquino. Sie befürchteten, sich durch einen Boykott von der Bevölkerung zu isolieren und entschieden sich für eine taktische Zusammenarbeit.

Nach dem Wahlbetrug sagte BAYAN der Kandidatin volle Unterstützung für alle außerparlamentarischen Protestformen zu. Es wurde ein fünfköpfiges Komitee gebildet, das täglich Kontakt zwischen dem „gelben" und dem BAYAN-Lager hielt. Auch in der letzten Phase des Kampfes unterstützte BAYAN Frau Aquino und rief dazu auf, zu den vom „rebellierenden" Militär besetzt gehaltenen Militärcamps Aguinaldo und Crame zu eilen. Gleichzeitig warnte Leandro Alejandro vom BAYAN-Nationalrat vor dem Einfluß der USA: *„Die USA sind nicht daran interessiert, dem Volk Demokratie und Macht zurückzugeben, sondern darin, eine Nachfolgeregierung einzurichten, die die Wahrung von US-Interessen im Land fortsetzt."*[26]

Die im Untergrund operierende NDF hatte bereits im Dezember zum Wahlboykott aufgerufen, da ein Sieg von Marcos von vornherein feststehe.[27] Auch die Kommunistische Partei der Philippinen, CPP forderte den Boykott.[28]

Ohne Zweifel hatte der enorm angestiegene Einfluß der Nationalen Demokratischen Front (NDF), der Kommunistischen Partei und ihres bewaffneten Arms, der Neuen Volksarmee, die Wahlen für Washington so wichtig gemacht. Der zitierte Geheimdienstbericht bemerkt sorgenvoll, daß die NPA inzwischen über 30.000 Voll- und Teilzeitkämpfer zählt.[29] Der Bericht kommt zu folgendem Fazit: *„Wenn es nicht in der nahen Zukunft zu Reformen kommt, werden die demokratischen Kräfte wohl unfähig sein, um die Initiative über, oder eine glaubwürdige Alternative zu der CPP/NPA zu ergreifen."*[30]

In einer ersten Stellungnahme zur Machtübernahme von Aquino begrüßte das in den Niederlanden ansässige Internationale Büro der NDF den Sturz des Marcos-Regimes und würdigte den breiten Widerstand des Volkes, der das Ende der Diktatur beschleunigt hatte. Das Volk müsse jedoch fortfahren, eine wahrhaft freie und demokratische Gesellschaft aufzubauen. Um diesem Ziel näher zu kommen fordert die NDF unter anderem:

- die Wahrung der demokratischen Rechte,
- eine wirkliche Landreform,
- die Beendigung aller ungleichen Verträge mit den USA und Neuverhandlungen über Auslandsinvestitionen und Kredite, und
- eine blockfreie und unabhängige Außenpolitik.

Corazon Aquino wird für ihren Beitrag zum Sturz des Regimes gratuliert, gleichzeitig aber mahnt die Organisation: *„Die NDF ist beunruhigt über die Anwesenheit von Enrile und Ramos, neben anderen, in der Aquino-Regierung, die Hauptarchitekten und ständige Werkzeuge des Kriegsrechtsregimes waren."*[31]

In dieser frühen Phase nach der Machtübernahme von Corazon Aquino ist es schwierig einzuschätzen, wie sich die legale Linke und der Untergrund gegenüber der neuen Regierung weiter verhält. Wird es z. B. zu einem Waffenstillstand und zu Verhandlungen mit der NPA kommen? Die NDF wird auf jeden Fall auf die Verwirklichung der genannten demokratischen Forderungen drängen.

Zwar hat die neue Regierung begonnen, erste demokratische Maßnahmen einzuleiten, wie die Freilassung mittlerweile aller politischen Gefangenen. Aber die angekündigten sozialen Reformen verlangen eine gesunde Wirtschaft, mit welcher in den nächsten Jahren kaum zu rechnen ist. Auch wird Frau Aquino zeigen müssen, ob sie überhaupt die Widersprüche innerhalb ihrer Regierung auffangen kann. Die meisten Minister kommen aus dem rechtsbürgerlichen UNIDO-Lager (Vereinigte Nationalistische Demokratische Organisation), das trotz des nationalistischen Namens für eine sehr enge Zusammenarbeit mit den USA eintritt, und, was noch schwerer wiegt, aus dem alten Regime stammt. Dem stehen die Orientierung des liberal-bürgerlichen Landwirtschaftsministers Ramon Mitra, des Ministers für Lokalregierungen Aquinlino Pimentel und Frau Aquinos ei-

gener idealistischer und patriotischer Anspruch entgegen. Schließlich wird es der Präsidentin auch kaum gelingen, die in ihrem „Minimum Program of Gouvernment", vom 3. Januar '86, angekündigte Konfiszierung von „unrechtmäßig erworbenem Eigentum" durchzuführen.[32] Verteidigungsminister Enrile wird sich dieser Forderung, was seine eigenen Reichtümer betrifft, wohl nicht so schnell beugen. Es ist anzunehmen, daß die Herren Ramos und Enrile, wenn sie sich für wirtschaftliche und soziale Reformen einsetzen, diese in erster Linie vertreten, um den Nährboden der NPA auszudünnen. Eine effektivere militärische Bekämpfung der Guerilla ist ebenso zu erwarten.

Die Erwartungen der breiten Bevölkerung an die neue Regierung sind hoch. Es wird dem allein aus Vertretern des Großbürgertums zusammengesetzten Kabinett schwerfallen, diese einzulösen. Schon jetzt sind viele Aquino-Anhänger über die Ämterhäufungen von Laurel, dem die Präsidentin neben dem Vize-Amt auch gleich noch das des Premier- und Außenministers zuteilte, enttäuscht. Die Polarisierung im Land ist nur vorübergehend aufgehalten worden.

Tim Kuschnerus
Aktionsgruppe Philippinen (agphi)

Anmerkungen:

1. International Herald Tribune (IHT), Den Haag, 17.2.86
2. Zitiert in Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 21.3.85, S. 16
3. Newsweek, New York, 19.8.85, S. 32
4. Vergl. blätter des iz3w, Nr. 122, S. 9ff.
5. FEER, 20.2.86, S. 11
6. IHT, 18.2.86
7. IHT, 18.2.86
8. Cory C. Aquino, Building from the Ruins, Speech delivered before the MAP, the MBC and the BBC at Hotel Intercontinental on January 6, 1986, (mimeo.) S. 14
9. ibid. S. 14
10. ibid. S. 13
11. Beide Zitate in der tageszeitung (taz), Berlin, 20.1.86
12. Newsweek, 24.2.86, S. 22
13. taz, 15.2.86
14. Dies wird z. B. durch den Boykottaufruf von sechs katholischen Bischöfen zu den Parlamentswahlen im Mai '84 belegt.
15. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Frankfurt, 9.1.85
16. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 8.8.85
17. The Philippines: A Situation Report, Staff Report to the Senate Select Committee On Intelligence, United States Senate, November 1, 1985, Washington 1985, S. 13
18. FEER, 20.2.86, S. 13
19. Frankfurter Rundschau, Frankfurt, 18.2.86
20. taz, 24.2.86
21. Newsweek, 24.2.86
22. FAZ, 24.2.86
23. taz, 26.2./28.2.86
24. The Philippines: A Situation Report..., S. 17
25. Zur Bedeutung der US-Basen vergl. blätter des iz3w Nr. 111, S. 19ff. Wie wenig es den USA um echte Demokratisierung und um soziale Gerechtigkeit, sondern allein um die Wahrung der eigenen Interessen in Dritte-Welt Ländern geht, wird am Beispiel des US-Senators Lugar deutlich. Als Anführer der Kongreßdelegation, die die Wahlen auf den Philippinen beobachtete, erklärte er den Wahlsieg von Marcos am 16.2. als nicht rechtmäßig. Zwei Tage später setzte er sich als Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses im Senat aktiv für die Nicaragua-Politik von Reagan ein und unterstützte dessen Forderung von 70 Mio. Dollar Militärhilfe für die „Contras". (FAZ, 20.2.86)
26. KSP-Newsservice No. 86-20, Utrecht, 24.2.86
27. Liberation, Official International Publication of the National Democratic Front, o. O. Nov—Dez. '85, S. 1
28. Ang Bayan, Zentralorgan der Kommunistischen Partei der Philippinen, o. O. Dezember 1985, S. 5
29. The Philippines: A Situation Report..., S. 1
30. ibid., S. 18
31. A People's Victory over the US-Marcos Regime, a People's Continuing Fight to Advance Democratic and Patriotic Gains, NDF International Office, o. O. 27.2.86
32. A Minimum Program of Government, Annex to the Unity Agreement of Salvador H. Laurel, Jovito R. Salonga and Corazon C. Aquino, o. O. 3. Jan. 1986, (mimeo.) S. 2

Doppelmord in deutschem Entwicklungsprojekt

Mit 24,2 Millionen DM Entwicklungshilfe aus der Bundesrepublik wird auf den Philippinen ein Projekt finanziert, das sogenannte Imelda Settlement Project, in dem willkürliche Verhaftungen und Entführungen der Bevölkerung durch das Militär und die Dorfmiliz des inzwischen gestürzten Marcos-Regimes an der Tagesordnung sind.

Im August 1985 wurden zwei Bauern auf einem Reisfeld erschossen. Der Mord ist bis heute nicht aufgeklärt und wegen des militärischen Terrors im Projektgebiet nicht einmal den Behörden gemeldet worden. Obwohl die Menschenrechtsverletzungen der Bundesregierung bekannt sind und das Projekt wegen des Widerstandes durch die New Peoples Army (NPA) stagniert, wird es aus politischer Rücksichtnahme auf die vormalige First Lady Imelda-Romualdez Marcos nicht abgebrochen.

Zwei Brüder im Reisfeld erschossen

Es war am späten Nachmittag des 18. August 1985 in Ilaya, District Hinunangan der Provinz Southern Leyte in den Zentral-Philippinen, als Faustina und Victoria Dohilag Schüsse aus der Richtung der Felder hörten, wo ihre Männer, zwei Brüder, Land für die Reiseinsaat bestellten. Nachdem beide Brüder nachts nicht heimgekehrt waren, machten sich die beiden Frauen am nächsten Tag mit Verwandten auf den Weg zum Feld, wo sie zu ihrem Entsetzen die von Kugeln durchsiebte Leiche von Lope Dohilag, Faustinas Mann, fanden. Im Moment der Entdeckung wurden sie von einer Militärpatrouillie überrascht und bedroht, worauf die Gruppe zurück ins Dorf floh. Von dem anderen Bruder Jes fehlte zunächst jede Spur. Ein älterer Bruder der beiden berichtete jedoch, daß er die Erschießung von beiden aus einiger Entfernung gesehen habe und einen Trupp von 14 Angehörigen der Provinzeinheit der Philippine Constabulatory (PC) sowie der Integrated Civil Home Defense Force (ICHDF) aus Hinunangan beobachtet habe, die sich der „Erledigung" zweier Bauern gerühmt hatten. Die beiden Frauen und ihre Verwandten wagten sich erst nach langer Zeit wieder auf das Feld, wo sie dann auch die Leiche von Jes fanden und beide beerdigten.

Bis zum Eintreffen einer Kommission zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen Mitte November des Jahres 85 hatte niemand außerhalb der Ortschaft von diesem Doppelmord in den Reisfeldern von Ilaya erfahren. Die Witwen und Angehörigen hatten nicht gewagt, den Mord an die Behörden zu melden, geschweige denn, Anklage gegen die 24 Militärs zu erheben. Faustina Dohilag reiste mit der Kommission nach Tagloban, der Hauptstadt von Leyte, um vor der Presse über den Mord an ihrem Mann zu berichten. Sie war jedoch kaum in der Lage zu sprechen. So sehr war sie nach drei Monaten von Schmerz über den Tod ihres Mannes und die Umstände seiner Beisetzung erschüttert.

Ständiger Militärterror im Siedlungsprojekt

Die Kommission zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen, an der 18 philippinische Menschenrechtsorganisationen beteiligt waren und die unter der Schirmherrschaft der Ex-Senatoren Laurenzo Tanada und Ambrosio Padilla stand, untersuchte in der Zeit vom 14.—16. November 85 insgesamt 160 Fälle von Menschenrechtsverletzungen in der Provinz Southern Leyte. Im Vergleich zu den Regionen Süd-West und Nord-Zentral gehörten die Menschenrechtsverletzungen an der Pazifikküste zu den am wenigsten in der Öffentlichkeit bekannten Vorfällen, obwohl in der Region seit 1980 ein landwirtschaftliches Großprojekt von 16.000 ha, das sogenannte Imelda Settlement Project, durchgeführt wird. Beim Doppelmord vom August 85 handelt es sich um keinen Einzelfall. Allein in Ilaya, in einer von insgesamt 19 Ortschaften im Imelda Project, stieß die Kommission auf einen weiteren Mordfall aus dem Jahre 1982. Am 21. Janaur 82 wurde der Bauer Casiano Buctot von einer Einheit der 55. PC Kompanie aus Libas, Hinunangan abgeführt und ein paar Tage später tot im Fluß aufgefunden. Casio Buctot, ein arbeitsloser Polsterer, war mit seiner Familie aus Manila in seine Heimatprovinz zurückgekehrt, um sich im Projektgebiet ansiedeln zu lassen. Als Auswärtiger wurde er vom Militär der Mitgliedschaft in der NPA verdächtigt und umgebracht.

Am 17. September 82 wurde Ben Banda nachts um 5 Uhr aus seinem Haus geholt, zusammengeschlagen und gezwungen, eine Erklärung zu unterzeichnen, daß er an der Ermordung des Barangay Captains von Ilaya (Verwaltungschef der Dorfbehörde) beteiligt war. Er wurde im April 83 aus der Haft entlassen, als sich herausstellte, daß der Captain ein Opfer innerbehördlicher Rivalität geworden war.

Julian Espero wurde am 3. Oktober 83 abgeholt, zusammengeschlagen und solange ins Wasser getaucht, bis er bewußtlos war. Man ließ ihn im Fluß treiben und beschoß ihn solange, bis man ihn für „erledigt" hielt. Er hatte sich geweigert zu unterschreiben, daß er ein Kader der NPA sei.

Die 55. PC Kompanie von Libas, Hinunangan wurde 1983 wegen ihrer Bluttaten aufgelöst. Sie hatte die Situation im Projektgebiet derart verschärft, daß die Arbeiten gefährdet waren. Aber auch nach Auflösung haben die Brutalitäten gegen die Bevölkerung nicht nachgelassen. Die Eliteeinheit von 100 Scout Rangers, die an ihrer Stelle den Vermessungsingenieuren wie auch dem deutschen Berater der GTZ militärischen Schutz geben, verhalten sich genauso rücksichtslos und brutal. Am 20. Februar 85 wurde der 23jährige Bauer Rohil Budlad von Scout Rangers zusammengeschlagen, und zwar nur deswegen, weil er am Tage zuvor vor einer Patroullie weggelaufen war und dadurch zur Schädigung ihres guten Ansehens beigetragen hatte.

Entwicklung gegen die Bevölkerung

Die zugespitzte Lage in dem Projekt wird schon angesichts einiger Projektdaten erklärlich. Im Einzugsgebiet des landwirtschaftlichen Entwicklungsprojektes lebten 1980 insgesamt 1.298 Familien mit einer Gesamtbevölkerung von 6.559 Personen, die teils seit Generationen die weniger fruchtbare Hügellandschaft in der noch relativ stark bewaldeten Provinz Southern Leyte bewohnen. Teils stammen die Bauern von der Küste und sind nach dem Verlust ihres Landes an Zucker-Plantagen in das Gebiet ausgewichen. Das Gebiet verfügt über wertvolle Bodenschätze, wie z. B. Gold, das an verschiedenen Stellen mit dem Quellwasser aus den Bergen gespült wird. Unter der Bevölkerung entstanden Mißtrauen und Angst, als durch Presidential Decree (PD) Nr. 1497 vom 11. September 1975 insgesamt 16.415 ha ihres Gebietes der First Lady für ein Land- und Forstenentwicklungsprogramm übertragen wurden, nach der die Siedlung in ihrer Heimatprovinz benannt ist. Entwicklung, gerade landwirtschaftliche Entwicklungsprogramme, bedeuteten unter der Marcos-Administration Erschließung und Ausbeutung von Ressourcen für Fremdinteressen und den Günstlingskreis des Präsidenten ohne Rücksicht auf die Belange und Interessen der Bevölkerung. Da die Landwirte von Hinunangan und St. Bernard keine Be-

sitzurkunden für ihr angestammtes Land haben, können sie jederzeit umgesiedelt oder ausgewiesen werden. Seit Durchführung des Projektes sind etwa 10 % der Bewohner bereits zwangsumgesiedelt worden, größtenteils aus den bewaldeten Bergregionen, denn Hänge mit 18 Grad und mehr Steigung wurden zu Staatsland für Forstentwicklung erklärt. Die Generationenalte Waldnutzung auf Familienbasis für den Bau von Häusern und Brennholz wurde verboten und unter Strafe gestellt. Einer chinesischstämmigen philippinischen Familie, die in engem Verhältnis zur Familie Romualdez der Ex-First Lady in Leyte steht, erhielt jedoch unter dem Vorwand von erforderlicher Siedlungsrodung die Konzession, Holz in großen Mengen für den Export zu schlagen. Dieselbe Firma erhielt auch die Zuschläge für die profitablen Einzelprojekte, wie Straßenbau und Wasserversorgung.

Die Bundesregierung wußte davon

Die Bundesregierung kann sich nicht damit herausreden, von den eklatanten Menschenrechtsverletzungen im Bereich des Imelda Settlement Projectes in Southern Leyte nichts gewußt zu haben und die kritische Situation in den 19 betroffenen Ortschaften in den Distrikten von Hinunangan und St. Bernard nicht zu kennen. Schon vor dem ersten Besuch einer Delegation der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KFW) aus Frankfurt und der Unterzeichnung des Projektabkommens über die ersten 16 Millionen DM vom 19. Mai '79, die am 12. Mai '82 auf 24,2 Millionen DM aufgestockt wurden, war bekannt, daß sich die Bevölkerung seit 1975 gegen die Durchführung des Projektes wehrte. Die Beschwerden und Proteste der Bewohner wurden nicht beachtet, sondern rücksichtslos unterdrückt. 1978 wurde eine ganze Familie namens Cibay einschließlich eines 3jährigen Kindes vom Militär umgebracht, um den Widerstand der Bevölkerung zu brechen und ein blutiges Exempel zu statuieren.

Am Ende sind Sie ihr Land los

In Interviews mit der Bevölkerung in der Ortschaft Ilaya wurde deutlich, daß keine Einwände gegen die Erschließung der Region bestehen, auch nicht gegen die Ansiedlung von weiteren 500 Familien in den Entwicklungsphasen 4 und 5. Wogegen sich die Einwohner wenden, ist die begründete Bedrohung ihrer Existenzgrundlage durch „Entwicklung". Die Ausstellung von Briefen über den Besitz ihres Landes ist beispielsweise an Schuldenfreiheit gebunden. Fast alle Höfe haben jedoch teure Kredite aufgenommen und sind verschuldet. Vorzugskredite, Beispielsweise aus dem Entwicklungsfonds der Bundesregierung, sind an die Bedingung geknüpft, Ackerland mit einer neuen Sorte Ölpalmen zu bepflanzen. Die Kredite werden mit 6 % P.A. belastet, wogegen der Staat von der Bundesregierung das Geld zu 2 % P.A. mit einer 10jährigen Zinsfreiheit und 30jährigen Laufzeit erhält. Über den Anbau dieser westafrikanischen Öldattelpalme in Leyte gibt es bisher keine Daten, was Erträge, Absatzmöglichkeiten und Rentabilität betrifft. Es ist geplant 1.341 ha oder 49 % des gesamten Nutzlandes mit Kokospalmen zu bepflanzen, vergleichsweise dagegen nur 347 ha mit Reis. Das Experiment mit der neuen Palmensorte kann leicht zur wirtschaftlichen Katastrophe für die Landwirte und die Region führen, stellen die Landwirte mit nüchternem Verstand fest. Das Land leidet bereits an Kopra-Monokultur. Und die Preise für Rohkopra von 1,80 Pesos (0,25 DM) pro kg sind so niedrig, daß sie kaum die Produktionskosten abdecken. Die Gefahr ihr Land zu verlieren, lauert bereits in der Form der Coconut Authority des Multimillionärs und Marcos-Günstlings „Danding" Cojuangco, der Mitglied im Regional Advisory Committee des Imelda Projektes ist. Es gibt zu viele Beispiele dafür, daß der Kopra-hungrige Großunternehmer das Land

kleiner Betriebe mit der „Kopra-Falle“ und Zahlungsunfähigkeit von Kopra-Bauern geschluckt hat.

Ein Staatsprojekt

Die Verwaltungsgremien des Projektes, das Interagency Project Coordinating Committee (IPCC) und das Regional Advisory Committee (RAC) sind unverhältnismäßig hoch angesiedelt. Sie bestehen jeweils aus 18 Ministerien, Regierungsbanken und Staatsstellen, darunter der obersten Verwaltungsbehörde des Präsidenten in Manila, der Zentralbank und des Verteidigungsministeriums. Die Landwirte und Neusiedler haben kein unabhängiges Mitspracherecht. Sie werden durch die staatliche Behörde Samahang Nayon (Neue Gemeinschaft) vertreten. Mitgliedschaft ist verpflichtend und Voraussetzung für Ansiedlung und Kreditvergabe.

Wer sich da nicht wehrt...

„Daß sich die Bauern gegen solche Entwicklungen wehren und bewaffnen, ist nicht verwunderlich. Die Front der NPA an der Pazifikküste von Southern Leyte war bereits 1983 so stark, daß wir nur unter großen Verlusten das Projekt halten konnten“, kommentierte ein Captain der ehemaligen 55. PC Kompanie, der nach der Auflösung nach Manila versetzt wurde und aus verständlichen Gründen nicht namentlich erwähnt werden möchte. Nach seiner Einschätzung sind die 100 Scout Rangers, die Provinzeinheit der PC und die „Hiwis“ der ICHDF nicht in der Lage, die Siedlung im Interesse der Ex-First Lady Imelda zu sichern, es sei denn auf Kosten der Bevölkerung und der Soldaten, die selbst Bauernsöhne und Opfer solcher Entwicklungsprojekte sind. Die Morde und Brutalitäten an der Bevölkerung werden hauptsächlich durch die 200 ICHDF verübt, die am untersten Ende der Kommandostruktur stehen und unter Druck oder gegen Geld rücksichtslos töten, vergewaltigen und foltern.

Das Geld verschwindet

Da das Projekt so „kritisch“ geworden ist, wurde es dem Ministry of Agrarian Reform (MAR) in Manila direkt unterstellt. Der regionale MAR-Direktor in Tagloban war daher nur zögernd bereit, Auskunft über das „heiße“ Projekt in seinem Jurisdiktionsbereich zu geben. Immerhin bestätigte er, daß die Finanzierung des Projektes „voller Unregelmäßigkeiten“ ist. Die hohe Summe des Counterpart Fonds, das heißt der Gegenleistung des Landes, die umgerechnet mit 28,3 Millionen DM angegeben ist, „steht lediglich auf dem Papier“, um die unverhältnismäßig hohe Summe an billigen Entwicklungsgeldern von 24,2 Millionen DM aus der Bundesrepublik zu „mobilisieren“. Er bestätigte auch, daß erst kürzlich ein Vertragspartner des Projektes, John Delgado, mit einer größeren Summe Entwicklungsgeldern in die USA geflohen ist. Nach Recherchen der lokalen Presse von Tagloban handelte es sich um wenigstens 1 Million Pesos (138.800 DM).

Mit deutschem Geld wird Unterdrückungshilfe geleistet.

Der deutsche Projektberater betritt das Gelände aus Sicherheitsgründen schon seit längerer Zeit nicht mehr. Er sitzt tatenlos im Projektbüro von Hinunangan und hat dem deutschen Botschafter in Manila bereits verschiedentlich vorgeschlagen, die technische Kooperation einzustellen. Und selbst Entwicklungsminister Warnke ließ sich auf einem Empfang des deutschen Botschafters im Oktober ’85 nach dem Bericht des deutschen Beraters zur Bemerkung hinreißen: „Das ist nun ein Projekt, wie es gerade nicht sein soll.“

Da kann man nur wie die Bauern in Ilaya anläßlich der Interviews der Untersuchungskommission für Menschenrechtsverletzungen fragen: „Wissen die Deutschen wirklich nicht, daß sie uns nicht helfen, sondern ihr Geld dazu benutzt wird, uns zu unterdrücken?“

Manila, 13. Januar 1986; Sigi Turner

Der Konzentrationsprozeß der Weltwirtschaft und die Herausbildung riesiger Konzerne beschleunigt sich mehr und mehr. Das Sekretariat der UNCTAD hat für 1984 errechnet, daß die Umsätze der 200 weltgrößten Firmen zusammen 2,940 Mrd. $ betrugen, dies entspricht 26 % des Bruttosozialprodukts der gesamten kapitalistischen Welt. 1960 betrug der entsprechende Prozentsatz erst 16 %. Von den 2.940 Mrd. Umsatz im Jahr 1984 entfallen 2.560 Mrd. $ oder 85 % auf Konzerne aus nur vier Ländern: USA, Japan, BRD und Großbritannien. Die Beschleunigung des Konzentrationsprozesses zeigt sich auch am Umfang der Fusionen: In den USA wurden 1975 für 12 Mrd. $ Firmen aufgekauft, 1984 hatte sich dieser Betrag bereits mehr als verzehnfacht (122 Mrd. $). Die neoliberale Regierungspolitik in Großbritannien und der BRD hat ähnliche Ergebnisse.

Die beiden nachfolgenden Artikel befassen sich mit den sozialen Auswirkungen der Macht der Großkonzerne in der Dritten Welt, den Folgen einer Politik, die in Vorstandsetagen gemacht wird, ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Profitmaximierung, und die sich jeder öffentlichen Kontrolle entzieht.

Als Beispiel dient die willkürliche Senkung des Zuckerverbrauchs durch die beiden Großkonzerne Coca Cola und Pepsico. Die plötzliche Ersetzung des Zuckers durch andere Süßstoffe ruiniert die zuckerexportierenden Länder, die auf absehbare Zeit keine Alternative zum Zuckerexport finden können.

Der erste Artikel beschreibt die weltweiten Implikationen der Ersetzung des Zuckers durch neue Produkte. Was hier am Beispiel des Zuckers gezeigt wird, läßt sich auch für Länder verallgemeinern, die vom Export anderer Rohstoffe abhängig sind. Da es hier lediglich um die sozialen Folgen der Konzernpolitik geht, bleiben einige Besonderheiten des Zuckermarktes, etwa die Frage der Gesundheitsschädlichkeit des Zuckers und seiner Ersatzstoffe in dem Artikel unberücksichtigt.

Der zweite Artikel ist ein Fallbeispiel aus den Philippinen; die Menschen der Zuckerinsel Negros verhungern als Opfer einer Entwicklung, die sich hinter ihrem Rücken in den Industrieländern abspielt und die sie in keiner Weise beeinflussen können.

Großkonzerne, Zuckerexport und Hunger

Selten sind die brutalen Auswirkungen der Macht der großen Konzerne so deutlich sichtbar gewesen wie auf dem Weltmarkt für Süßstoffe, der gegenwärtig grundlegende Veränderungen durchmacht. Über Jahrhunderte hinweg ist der Zucker eines der Hauptexportprodukte der Kolonien gewesen. Bis heute ein wichtiges Exportprodukt der Dritten Welt, wird seine Bedeutung durch neue Entwicklungen auf dem Weltmarkt stark geschmälert. In vielen Ländern besteht die Gefahr, daß schon innerhalb der nächsten zehn Jahre die Zuckerproduktion völlig zusammenbricht. Diese dramatische Wendung ist auf Entscheidungen zurückzuführen, die in den Vorstandsetagen von ein paar Konzernen getroffen worden sind, von Firmen, die nichtalkoholische Getränke produzieren. Ohne einen Gedanken auf das Schicksal der Millionen Arbeiter im Zuckersektor und ihrer Familien zu verschwenden, haben sie beschlossen, den Zucker durch andere Süßstoffe zu ersetzen. Es ist dies ein typisches Beispiel für die Art, wie die Konzerne ihre Macht gebrauchen, um innerhalb kurzer Zeit den Weltmarkt für Rohstoffe umzukrempeln.

Neue Süßstoffe verdrängen Zucker

Es gibt zweierlei Arten von Süßstoffen: natürliche und künstliche. Die ersteren sind entweder Zuckerderivate, gewonnen aus Zuckerrüben oder Zuckerrohr, oder werden aus Mais gewonnen, der vorwiegend in den Industrieländern angebaut wird, wie der Fructose-Süßstoff[1]. Der sogenannte High Fructose Corn Syrup (HFCS oder Isoglukose) wurde 1985 zu einem Pfundpreis auf den Markt gebracht, der um etwa sieben Cents unter dem Preis für ein Pfund Zucker lag. Die Isoglukoseproduktion wird von drei nordamerikanischen Multis dominiert: Archer-Daniels-Midland, A. E. Staley und Cargill. Die künstlichen Süßstoffe, die auf der Basis von Erdöl, chemischen Produkten oder Biotechnologie hergestellt werden, sind ebenfalls dabei, sich auf dem Zuckermarkt durchzusetzen. Das erste solche Produkt war Saccharin, das bereits seit 1879 aus Erdöl gewonnen wird. Das neueste Erzeugnis, das an diesem Kampf um die Beherrschung des Marktes teilnimmt, heißt Aspartame, ein Produkt der Biotechnologie, das 1965 von einem Forscher der Firma Searle entdeckt wurde und seit Ende der 70er Jahre produziert wird. Von allen Süßstoffen ist Aspartame wohl derjenige, der in den 80er Jahren die höchsten Zuwachsraten aufweisen wird.



Die USA als größter Markt sind ein gutes Barometer für weltweite Tendenzen. Während des letzten Jahrzehnts ist dort der Konsum natürlicher Süßstoffe von 118 Pfund pro Person und Jahr auf 127 Pfund gestiegen, wobei nur der Verbrauch von Süßstoffen auf Maisbasis anstieg. Im gleichen Zeitraum hat sich der Verbrauch künstlicher Süßstoffe mehr als verdoppelt, von 6 auf 16 Pfund pro Person und Jahr. Opfer dieser Entwicklung war der Zucker: der Zuckerkonsum sank von 89 Pfund 1979 auf 68 Pfund 1984.[2]

Diese Entwicklung hat sich erheblich beschleunigt seit die Hersteller von nichtalkoholischen Getränken ihre Produktion von Zucker auf andere Süßstoffe umgestellt haben. Hier wird die Macht der großen Firmen fühlbar. Um 1980 war Coca Cola noch der größte Zuckerkonsument der Vereinigten Staaten, der Konzern absorbierte 10 % des dort vermarkteten Zukkers. Ein Kommentator bemerkte: „Wenn Coca Cola spricht, zittern die Zuckerproduzenten. Der Gigant unter den Erfrischungsgetränken ist der größte Zuckerkonsument und für die verschuldeten Zukkerproduzenten könnte es nichts schlimmeres geben als die Treue ihres besten Kunden zu verlieren."[3]

Genau das geschieht gegenwärtig: Coca Cola und Pepsico haben die historische Entscheidung getroffen, sich auf Süßstoffe auf Maisbasis umzustellen. Sie kennen die Nachteile der starken Schwankungen des Zuckerpreises und haben die Möglichkei-

ten der billigeren Isoglukose erkannt. Anfang 1985 wurden bereits 95% der kalorienreichen nichtalkoholischen Getränke mit Süßstoffen auf Maisbasis gesüßt.[4] Die beiden Großkonzerne Coca Cola und Pepsico sind zu den größten Verbrauchern von isoglukose geworden, was sie in die Lage versetzt hat, im Jahr 1984 90 Millionen $ einzusparen. Im gleichen Jahr ist der Zukkerabsatz in den USA um 8% gefallen,[5] und diese Abwärtsbewegung wird sich noch verstärken, innerhalb und außerhalb der USA.

So wie die Isoglukose die Industrie der kalorienreichen nichtalkoholischen Getränke revolutioniert hat, hat Aspartame bei den kalorienarmen Getränken gewirkt. Nach mehrjährigen Tests in Kanada, Italien und anderen Ländern wurde es 1983 von der US Food and Drug Administration zugelassen. 1984 hat es bei Coca-Cola und Pepsi-Cola das Saccharin ersetzt. Von dieser spektakulären Entwicklung hat eine einzige Herstellerfirma profitiert: G. D. Searle (Umsatz 1984: 1,25 Mrd. $). G. D. Searle wurde 1985 von dem Chemiegiganten Monsanto aufgekauft. Aspartame hat sich bereits einen Platz auf dem Markt für Obstsäfte, Eis, Marmelade, Haferflocken, Corn Flakes und Kaugummi erobert.[6]

Angesichts einer ohnehin schon schwierigen konjunkturellen Lage ist dies für die Zuckerproduzenten der Welt eine sehr reale Bedrohung. „Die Situation der Zukkerproduktion", so klagt der Botschafter der Dominikanischen Republik in den USA, „ist nicht eine Krise im klassischen Sinn, die durch die üblichen Schwankungen des Zuckerpreises hervorgerufen wird. Wenn die Marktbedingungen so bleiben wie heute, sehen wir uns mit einer Situation konfrontiert, die zur völligen Zerstörung der Zuckerindustrie in einem Großteil der Entwicklungsländer führen kann, nicht zuletzt in den Ländern der Karibik, mit all den negativen Folgen, die dies für unsere Volkswirtschaft, unsere politische Stabilität und die Sicherheit unserer ganzen Region haben wird."[7]

Niedergang der traditionellen Anbaugebiete

Der Premierminister von Trinidad und Tobago griff diesen Stoßseufzer auf: Der Zukker, der früher das Herzstück der Wirtschaft seines Landes war, werde „noch vor dem Ende des Jahrhunderts als Exportprodukt tot sein."[8] Er sprach diese düsteren Worte nachdem seine Regierung achttausend Zuckerarbeiter entlassen und 128 Mio. $ Subventionen für den notleidenden Zuckersektor bewilligt hatte.

Die Lage auf den Philippinen wird von einem dortigen Sozialwissenschaftler ähnlich dramatisch geschildert: Auf Negros, wo zwei Drittel des philippinischen Zukkers produziert werden, „gibt es 250.000 Arbeitslose bei einer Bevölkerung von zwei Millionen. Die meisten Zuckerfirmen haben zugemacht. Das Zuckerrohr für das kommende Jahr ist nicht gepflanzt worden. Die kleinen Pflanzer sind ruiniert und die Arbeiter leiden Hunger."[9]

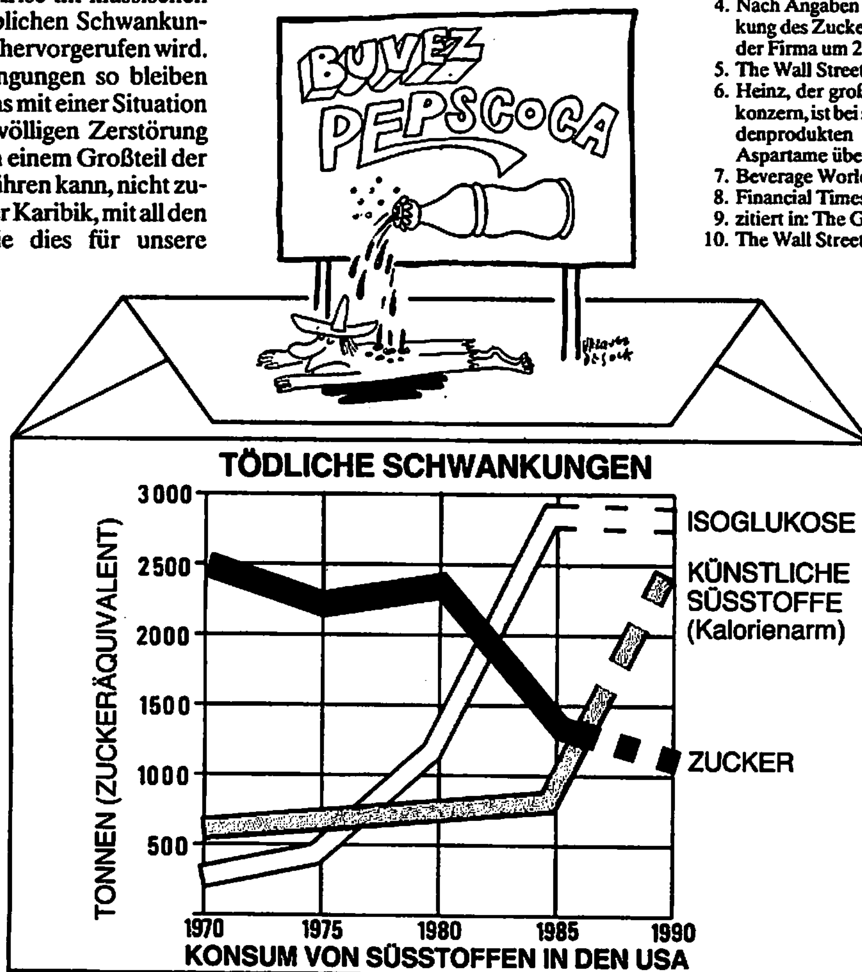
Diese tragische Entwicklung ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Rohstoffpolitik weitgehend durch die Entscheidungen der Aufsichtsräte der Großkonzerne bestimmt wird. Über das Schicksal von Millionen Menschen wird entschieden, nicht durch Übereinkunft mit den Entwicklungsländern oder durch Verhandlungen auf internationalen Konferenzen, sondern völlig einseitig durch Firmen, die weite Teile der Weltwirtschaft beherrschen, besitzen und verwalten.

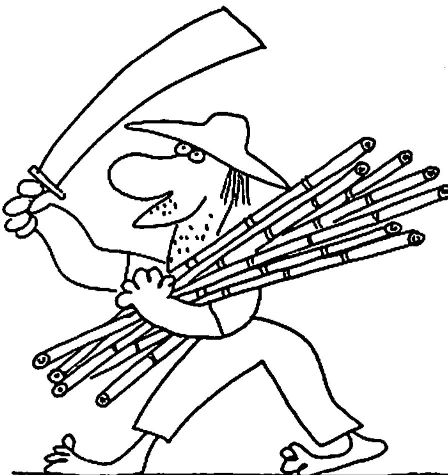
Allerdings ist der Zucker nicht der einzige Rohstoff, der zur Getränkeherstellung verwendet wird und dessen Schicksal ungewiß ist. Neue chemische und biologische Produkte machen dem Kakao, dem Kaffee und dem Tee Konkurrenz. Mit Hilfe chemisch erzeugter Enzyme kann ein Kakao-Ersatz produziert werden, der zweimal billiger ist als das Naturprodukt.[10] Der Vormarsch dieser technologischen Neuerungen kann bis zum Ende des Jahrhunderts dem Kaffee, dem Kakao und dem Tee das gleiche Schicksal bereiten wie dem Zucker.

F. Clairmonte, J. Cavanagh, Le Monde diplomatique Dez. 1985

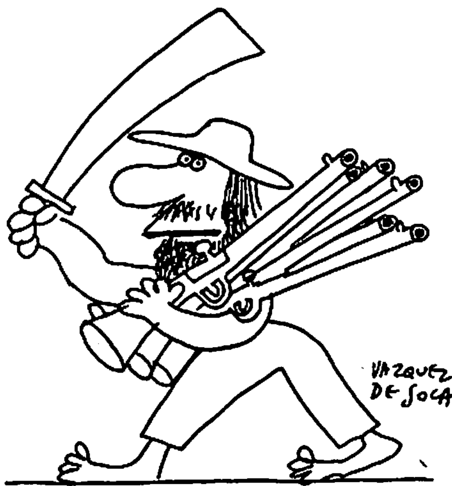
Anmerkungen:

1. Weitere, weniger bedeutenden natürliche Süßstoffe sind: Laktose (Grundstoff Milch), Maltose (Malz), Xylose (Holz) und Glukose.
2. Forbes, 30.7.84
3. The Guardian, 27.4.83. Sechs Monate vorher schätzte das Wall Street Journal (9.11.82) daß die Verdoppelung des Verbrauchs an HFCS durch Pepsico und Coca Cola die Umsätze der Zukkerproduzenten um eine Million Tonnen im Jahr senken würde.
4. Nach Angaben von Coca Cola kann eine Schwankung des Zuckerpreises um einen Cent die Profite der Firma um 20 Mio. $ steigen oder fallen lassen.
5. The Wall Street Journal, 7.9.84.
6. Heinz, der große amerikanische Nahrungsmittelkonzern, ist bei seinen Milk-Shakes und Schokoladenprodukten vom Zucker zu Sacharin und Aspartame übergegangen.
7. Beverage World, 4/85.
8. Financial Times, 7.3.85.
9. zitiert in: The Guardian, 20.8.85, vgl. unten.
10. The Wall Street Journal, 5.2.85.





Hungersnot auf Negros



Negros ist die Zuckerinsel der Philippinen: Eine riesige Pflanzung von fast 300.000 Hektar, die von der gegenwärtigen Krise des Zuckermarkts mit voller Wucht getroffen wird.

Die Produktion sinkt ständig weiter ab: von 3,5 Mio. t zu normalen Zeiten ist sie 1984 auf 2,3 und 1985 auf 1,6 Mio. t gesunken. Das Pfund Zucker, das 1974 65 Dollarcents wert war, wurde im Mai 1985 für 3 Cents verkauft, die Produktionskosten schätzt man auf 14 Cents.

Für die Pflanzer ist das der Ruin, für die Arbeiter bedeutet es Hungersnot...

200.000 Zuckerarbeiter sind bereits arbeitslos. Woanders könnten sie vielleicht versuchen, eine neue Arbeit zu finden. Auf Negros ist diese Hoffnung vergeblich: außer dem Zucker gibt es nichts. Zu normalen Zeiten konnte ein Tagelöhner 160 bis 170 Tage im Jahr Arbeit finden und 15—20 Pesos pro Tag verdienen. Heute arbeiten die Haciendas mit wechselnden Belegschaften, und während der Saison findet man im Schnitt nur an drei Tagen in der Woche Arbeit. Außerdem sind die Löhne gesunken. Hinzu kommt, daß allgemein nur noch im Akkord gearbeitet wird. Damit entziehen sich die Grundbesitzer der Verpflichtung, den Mindest-Tageslohn von 32 Pesos zu zahlen. Ein Beispiel: Für einen Hektar geschnittenes Zuckerrohr erhält man 180 Pesos, aber es werden 20 Leute gebraucht, um das in einem Tag zu schaffen; jeder von ihnen erhält also nicht mehr als neun Pesos.

Ruinierte Zuckerbarone

Wenn man weiß, daß 20 Pesos einer Familie gerade für zwei kleine Mahlzeiten reichen, versteht man, warum die Kinder nicht länger als fünf Jahre in die Schule gehen. Schon sehr früh müssen sie mithelfen, das Überleben der Familie zu sichern. Während aber vor vier Jahren ein achtjähriger Junge sechs Pesos am Tag verdiente, verdient derselbe Junge, inzwischen zwölf Jahre alt, heute nur noch fünf Pesos.

Es gibt nur noch wenige Familien, die sich zwei Mahlzeiten (Bananen und Süßkartoffeln) am Tag leisten können. Die Kinder sind die ersten Opfer. Unterernährt, sind viele von ihnen für immer geistig behindert oder sterben früh. Ein Pfarrer berichtet, er habe binnen einer Woche dreißig seiner Gemeindemitglieder begraben, darunter 25 Kinder unter zwei Jahren.

Was hier zusammenbricht, ist ein ganzes soziales System. Kernstück dieses Systems war bisher die Hacienda, eine Art patriarchalischer Einheit, die seit jeher durch halbfeudale Beziehungen zwischen dem Pflanzer und „seinen Leuten" gekennzeichnet war.

Es gibt auf Negros 31.000 Landbesitzer mit 33.000 landwirtschaftlichen Betrieben, aber 7% unter ihnen besitzen 50% des Bodens. Bis zum Ende der 70er Jahre ging es den Zuckerbaronen prächtig, sie bildeten eine Kaste, die große politische Macht besaß. Sie konnten nach Belieben Regierungen ein- oder absetzen, ihre Stimme hatte Gewicht. Zuckerpflanzer zu sein, hat in der landläufigen Vorstellung ein so hohes soziales Prestige, daß sogar heute, wo sie bankrott sind, manche zögern, sich umzustellen: Man zieht es vor, ein armer Zukkerpflanzer in Bacolod zu sein, als ein „Baron der Süßkartoffel".

Die Versuche, die Produktion umzustellen, stoßen aber auch auf andere Hindernisse: Die Hypotheken sind oft höher als der reale Wert der Ländereien, und viele Grundbesitzer stecken bis zum Hals in Schulden, bei Zinssätzen bis zu 42%. Für viele ist das der völlige Bankrott; Güter sind verlassen, 30% der Nutzflächen lagen 1985 brach.

Ein heftiger Konflikt zwischen Pflanzern und Regierung verschlimmert noch die Situation. Zwei staatliche Organisationen kontrollieren die Verarbeitung (PHILSUCOM, Philippine Sugar Commission) und die Vermarktung des Zuckers (NASUTRA, National Sugar Trading Corp). Beide werden von einem Freund von Präsident Marcos kontrolliert: dem „Zuckerkönig" Roberto S. Benedicto. Die Korruption, die in diesen beiden Organisationen herrscht, ist berüchtigt. Vor kurzem hat sich eine Dissidentengruppe gebildet, die gegen dieses Staatsmonopol angeht und seine Mängel brandmarkt: die Neue Vereinigung der Zuckerproduzenten, geführt von einer energischen Frau, Hortencia Starke. Angesichts der Schwere der Krise gibt es kaum praktikable Lösungen.

Beruhigungspillen für die Betroffenen

Ein paar Beruhigungspillen: der Arbeitsminister hat die Verteilung von 1500 Hektar Land an die Arbeitslosen angeordnet, der Gouverneur von Negros ließ in einer Eilaktion 3 Millionen Süßkartoffeln anpflanzen. Einige Grundbesitzer haben kleine Landstückchen abgetreten, wo die Landarbeiterfamilien für den Eigenbedarf anbauen. Dies bleibt jedoch ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Für die Pflanzer besteht die einzige Lösung zweifellos in einer raschen Umstellung der Produktion. Einige haben dies begriffen und beginnen damit, ihre Anbauprodukte zu diversifizieren, aber die Mentalität und die finanziellen Schwierigkeiten sind immer noch ernstzunehmende Trägheitsfaktoren. Deshalb will Frau Starke erreichen, daß die Regierung Produktionsquoten festlegt, um die Produzenten zu radikalen Umstellungen zu zwingen.

Unterdessen mobilisiert die Guerrilla diejenigen, die nichts mehr zu verlieren haben. Die NPA (Neue Volksarmee) hat seit 1984 ihre Truppenstärke von 500 auf 1000 Mann verdoppelt. Der Regierung dient dies als Vorwand, um ihre militärische Präsenz auf der Insel zu verstärken. In Wirklichkeit fürchtet Marcos die sozialen Unruhen mehr und unterdrückt jeden Versuch des Volks sich zu organisieren. Im Visier hat er dabei hauptsächlich die National Federation of Sugar Workers (NFSW).

1971 mit Unterstützung der Kirche gegründet, ist es dieser Gewerkschaft trotz des Kriegsrechts gelungen, die Zuckerarbeiter zu organisieren. Seit 1979 setzt sie sich dafür ein, daß die Familien für die Zeit zwischen den Ernten ein kleines Stück Land erhalten.

1984 ist sie mit dem originellen Vorschlag an die Pflanzer herangetreten, ihr ungenutztes Land an die Arbeitslosen auszuleihen; die Gewerkschaft verpflichtet sich schriftlich, daß es später wieder zurückgegeben wird.

In der gegenwärtigen Krise mobilisiert die NFSW die öffentliche Meinung, mit ständigen Pressekommuniqués, Symposien, Hungermärschen. Einige ihrer Forderungen finden allmählich ein positivies Echo bei kleinen und mittleren Grundbesitzern, manchmal auch bei einigen Großgrundbesitzern, die nicht mit dem Regime verfilzt sind.

Wird die wirtschaftliche Struktur sich ändern?

Ist dies der Grund für die Zunahme der Repression? Seit Februar 1983 sind 37 Gewerkschafter ins Gefängnis gekommen, einige gefoltert worden. Sieben wurden ermordet, drei sind „verschwunden". Vor kurzem, am 21. September 1985 eröffnete das Militär in Escalante das Feuer auf eine friedliche Demonstration von 6000 Menschen. 21 Tote und ebensoviele Verletzte blieben zurück, 196 Menschen wurden mit unbekanntem Ziel verschleppt.

Schon 1982 hat man Negros als einen „sozialen Vulkan" bezeichnet. Heute steht der Vulkan kurz vor dem Ausbruch, und die Befriedung wird nicht aus den Gewehrläufen kommen. Die Guerrilla setzt der Repression der Regierung die Rebellion entgegen, die weitsichtigsten unter den Pflanzern bemühen sich um eine Umstrukturierung der Wirtschaft, die NFSW legt den Keim für eine neue Sozialstruktur... „Es wird keinen Frieden geben ohne Gerechtigkeit, denn der Friede ist die Frucht der Gerechtigkeit", erklärte kürzlich Msgr. Fortich, der Bischof von Bacolod.

Miryam Cruls, Le Monde diplomatique, Dez. '85

Entwicklungshilfe für deutsche Pharmaindustrie

Jeder einheimische Medikamentenhersteller in Bangladesh muß 30 Prozent seiner medizinischen Grundstoffe, die zur Produktion von Arzneimitteln benötigt werden, in der Bundesrepublik kaufen. Dieser Erlaß der Regierung von Bangladesh („Notification No. 11 [84—85]/Import") ist offenbar Ergebnis oder Bestandteil eines Hilfsabkommens zwischen Bangladesh und der Bundesrepublik. Nach Angaben von terre des hommes — Projektpartnern gehören zu den Nutznießern dieser Regelung vor allem Firmen wie Bayer und Merck. Die Firma Merck habe nach dem Abkommen ihre Preise um bis zu 160 Prozent erhöht.

Bangladesh hatte 1982 bei der Pharmaindustrie für Aufregung gesorgt, als die Regierung per Gesetz 1.700 Medikamente, die als überflüssig, schädlich oder überteuert eingestuft worden waren, aus dem Verkehr zog. Zu diesen Arzneien gehören Präparate, die in westlichen Ländern nur zu Versuchzwecken verwendet wurden oder ganz verboten waren.

An der Aufklärung der Bevölkerung und am Aufbau einer eigenen Arzneimittelproduktion des Landes arbeitet die Organisation Gonoshasthaya Kendra („Volksgesundheitszentrum") mit, die von terre des hommes unterstützt wird. Gonoshasthaya Kenda stellt selbst eine Salz-Zucker-Lösung her, die Kindern bei Durchfallerkrankungen verabreicht wird und das Austrocknen des Körpers verhindert. Durchfallerkrankungen gehören zu den häufigsten Todesursachen bei Kindern in der Dritten Welt.

Von den 15 medizinischen Grundstoffen, die Gonoshasthaya Kendra unfreiwillig bei der Firma Merck bestellen muß, liegen die Preise zwischen 36 und 147 Prozent über den Forderungen anderer Anbieter auf dem internationalen Pharmamarkt. Bei weiteren Grundstoffen für andere Medikamente seien die Differenzen noch höher heißt es.

Von dem Regierungserlaß sind nur die lokalen Arzneimittelhersteller betroffen. Niederlassungen multinationaler Pharmaproduzenten können ihre Grundstoffe kaufen, wo sie wollen.

Die bundesdeutsche pharmazeutische Industrie — die jüngst den gemeinnützigen Verein „Gesundheitshilfe Dritte Welt" gegründet hat, um, wie verlautete, im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe das Gesundheitswesen von Ländern der Dritten Welt zu fördern — verzeichnete in ihrem Jahresbericht 1984/85 ein Export-Plus von 12,7 Prozent. Die Ausfuhr „unzubereiteter Arzneiwaren" sei gegenüber 1983 um 9,3 Prozent auf 3,8 Milliarden DM angewachsen. Der „Erfolg im Arzneimittelexport", vermerkt der Jahresbericht weiter, sei „angesichts weltweit zunehmender Handelshemmnisse im Pharma-Außenhandel umso höher zu bewerten."

(aus: terre des hommes: an die Presse Nr. 10/85)

US-Einfluß im Südpazifik

Seit den späten 70er Jahren und insbesondere seit der Entscheidung David Langes, nuklear-bewaffneten Schiffen die Anlegeerlaubnis in Neuseelands Häfen zu verweigern, hat sich „direktes US-amerikanisches Engagement und Interesse im Südpazifik dramatisch erhöht."[1]

Der quasi systematische Aufkauf des Pazifik durch die USA ist derzeit die größte Sorge der Bewegung für einen nuklearfreien und unabhängigen Pazifik, die auch von einigen Regierungen, Gewerkschaften und Kirchen unterstützt wird. Millionen von Dollar werden derzeit von zahlreichen US-Institutionen und Organisationen in den südpazifischen Inselstaaten investiert, um Politiker, Gewerkschaftler und Kirchenführer zu verläßlichen Freunden der USA zu machen. Das Hauptinteresse der USA gilt seit Beginn der 80er Jahre Fiji, das von US-Militärs vielfach als „Jamaica" im Südpazifik bezeichnet wird und dessen Armee gegenwärtig von den USA mit modernsten Waffen ausgerüstet wird. Letztes Jahr erhielt Fiji 400.000 US-Dollar zum Bau eines Marine-Stützpunktes, wodurch sich das Gerücht verstärkte, daß die USA eine Basis in Fiji errichten wollen. Bislang wurden derartige Pläne von den USA dementiert, doch könnte die Errichtung einer US-Basis vor allem dann realisiert werden, falls Fiji in den ANZUS-Pakt aufgenommen würde oder wenn eine regionale Verteidigungseinheit vergleichbar der karibischen aufgebaut würde.





Ein „Ersatzland" für Neuseeland

Einiges deutet darauf hin, daß Fiji als mögliches „Ersatzland" für Neuseeland angesehen wird, insbesondere wenn Lange wiedergewählt und seine Antiatompolitik fortsetzen würde.[2]

Die neuseeländische Regierung wird vielfach von den USA diskreditiert und als Gefahr für die „Sicherheit der Region" bzeichnet, während Fiji seit 1983, als es das Anlegeverbot für nuklearbewaffnete Schiffe aufhob, als guter Bündnispartner, der zur „Sicherheit" beiträgt, hochstilisiert.

Der Entschluß Fijis, Anfang 83 seine Häfen für US-Schiffe zu öffnen, war eine alleinige Entscheidung des Premierministers Sir Maras, ohne vorherige Parlamentsdebatten und ohne jegliche Diskussion in der Öffentlichkeit. Was hat nun den Premier zu diesem folgenreichen Schluß bewogen? Laut einiger Freunde Maras informierte der damalige US-Botschafter F. Eckert in Fiji Maras über 1 Million US-Dollar, die die UdSSR angeblich der Oppositionspartei für ihre Kampagne im Wahljahr 1982 zukommen ließ.

Aufgrund dessen war Maras davon überzeugt, daß die Russen seine Wiederwahl auf jeden Fall verhindern wollten, da seiner Auffassung nach nur durch ihn der Einfluß der UdSSR im Pazifik bis dahin so gering gehalten wurde.

Darüberhinaus wurde er anscheinend bei einem Besuch 1982 in den USA davon überzeugt, daß die UdSSR ein steigendes Interesse am Pazifik zeigen und daß sie eine „ernstzunehmende Bedrohung für die Sicherheit der Region" darstellen.[3] So sorgt seit 2—3 Jahren die angebliche „Invasion der UdSSR in den Pazifik" zunehmend in den pazifischen Medien für Schlagzeilen, die mit der Unterzeichnung des Fischerei-Abkommens Kiribatis mit der UdSSR im Oktober 85 neue Nahrung erhielt.

Dementsprechend werden auch die Stimmen lauter, die verstärkten amerikanischen Schutz gegen die „drohende kommunistische Gefahr" fodern und so einer ständigen militärischen Präsenz der USA den Weg bereiten.

Seit 1983 wurden die Beziehungen Fijis mit den USA immer enger: Die USA gaben eine Zusage über 1,5 Millionen Dollar bilateraler Hilfe, stellten ein Fischerei-Abkommen mit Fiji in Aussicht wie auch erhöhe Importquoten fijianischen Zuckers. Der ehemalige US-Botschafter Eckert ist jetzt Mitglied im US-Repräsentantenhaus und bekannt als Fijis Mann in Washington und hat Maras jegliche politische und finanzielle Unterstützung zugesagt.

Der neue US-Botschafter, der seine diplomatischen Erfahrungen in Vietnam und im Mittelmeerraum gesammelt hat, ist für seine Verbindungen mit Geheimdiensten berühmt und stockte den CIA-Mitarbeiterstab auf, die eng mit anderen US-Organisationen zusammenarbeiten, die in Fiji und anderen südpazifischen Ländern tätig sind.[4]

Gewerkschaftliche Infiltration

Eine der aktivsten und einflußreichsten ist das Asian American Free Labor Institut (AAFLI), während des kalten Krieges in Asien mit dem Ziel gegründet, US-freundliche Gewerkschaften aufzubauen und progressive zu zerschlagen. Da die regionale Organisation pazifischer Gewerkschaften, das Pacific Trade Union Forum, eine der stärksten und einflußreichsten Verfechter für einen atomfreien Pazifik ist/war (?), war AAFLI aus naheliegenden Gründen sehr daran interessiert, Verbindungen mit den verschiedenen Gewerkschaften im Pazifik aufzunehmen. 1982 besuchte der Direktor des AAFLI, ebenfalls bekannt als CIA-Agent, Suva, um mit der fijianischen Regierung über die Errichtung eines Büros zu verhandeln. Ein knappes Jahr später kamen zwei Vertreter des Labor Committee for Pacific Affairs (LCPA) nach Fiji, einer ähnlich zielgerichteten Gewerkschaft mit Geheimdienstkontakten. Zusammen mit AAFLI inszenierte LCPA eine Propaganda-Kampagne, um die „Herzen regionaler Gewerkschaftler" zu gewinnen.

Teil dieser Kampagne war eine Besuchsreise von vier fijianischen Gewerkschaftlern in die USA, wo sie u. a. von Angehörigen des Nationalen Sicherheitsrates und dem Nationalen Strategischen Informationszentrum über die „wachsende Bedrohung durch die UdSSR" informiert wurden.



Pazifik



Nach einigen Seminaren mit Gewerkschaftlern aus der Region, u. a. in Honolulu, und nach einer weiteren Informationsreise des Direktors des Gewerkschaftsbundes Vanuatus in die USA, konnte AAFLI mit Unterstützung des Präsidenten des fijianischen Gewerkschaftskongresses, ein Freund des Premiers, sein Büro in Suva eröffnen. Der Leiter dieses Büros, ebenfalls als CIA-Agent bekannt, war vor seinem Einsatz in Fiji in den Philippinen und in Indien, das er wegen Spionage verlassen mußte.[5] In Fiji unterstützt AAFLI insbesonders diejenigen Gewerkschaftler, die die im Juli 1985 gegründete Labor Party ablehnen. Diese Partei macht sich für einen atomfreien Pazifik stark und würde nach einem Wahlsieg aller Voraussicht nach ein Anlegeverbot nuklearbewaffneter Schiffe aussprechen. Sie stellt eine ernstzunehmende Opposition für Maras dar und wird bereits in der Öffentlichkeit als „kommunistisch unterwandert" gebrandmarkt, die schlimmste Diskreditierung im Pazifik, um potentielle Wähler abzuschrecken.



Das AAFLI war vermutlich an der Spaltung einer der fijianischen Gewerkschaften beteiligt und hat den abtrünnigen Gewerkschaftlern Unterstützung zugesagt. Außer auf Fiji ist AAFLI in West-Samoa aktiv, wo es Seminare und Überseereisen für Gewerkschaftler bezahlt. Der Ausbildungsleiter des Gewerkschaftsbundes in Kiribbati wurde von AAFLI nach Israel geschickt, um die dortigen Kooperativen kennenzulernen. Ob das Pacific Trade Union Forum sich in Zukunft weiterhin für einen atomfreien Pazifik einsetzt, wird sich zeigen, doch scheint es mir angesichts der oben skizzierten aktiven amerikanischen Einflußnahme ziemlich zweifelhaft.



Der Einfluß US-amerikanischer Institutionen

Eine andere US-Organisation, die sich vor allem im Medienmarkt engagiert, ist die **Asia Foundation**, die in den 50er Jahren vom CIA gegründet wurde und u. a. rechtslastige Schriften verteilt. Sie finanziert Ausbildungsprogramme für pazifische Bibliothekare in den USA und hat in den letzten Jahren pazifische Bibliotheken einschließlich der Uni-Bibliothek mit äußerst konservativen Büchern und Publikationen, wie z. B. Readers Digest, überschwemmt. Viele Bibliothekare haben diese „junk" Literatur kritisiert, doch gibt es im Pazifik bislang wenig Alternativen zu diesen Publikationen. Die Stiftung ist vor einigen Jahren ins Gerede gekommen, als bekannt wurde, daß ihr Direktor, der die Verhandlungen über den „Vertrag über freie Assoziierung" mit Mikronesien führte, enge Verbindung mit US-Agenten hatte. Mitarbeiter dieser Institution knüpfen enge Kontakte mit Reportern und Journalisten, die dazu gedrängt werden, vermehrt Artikel über die „Bedrohung der UdSSR" in der Region zu verfassen und über das demokratische freiheitsliebende Amerika zu schreiben. So kann man in einigen Zeitungen fast täglich Berichte über die Routen russischer Schiffe im Pazifik lesen, wie auch die letzten Neuigkeiten von Nancy Reagan. Nachdem der Rundfunkdirektor durch die USA zurückkehrte, kündigte er Sendungen der „Voice of America" an.

Eine andere US-Institution, die eine der größten Entwicklungshilfeorganisationen im Südpazifik ist, ist die Foundation for the Peoples of the South Pacific (FSP), die 1965 in New York gegründet wurde und der auch Verbindungen zu rechtslastigen Organisationen nachgesagt werden. Die FSP ist als NGO beim US State Departement Advisory Committee on Voluntary Foreign Aid und beim United Nations Economic and Social Council registriert und deshalb berechtigt, von der Steuer absetzbare Spenden von Stiftungen, Wohlfahrtsverbänden und staatlichen Entwicklungshilfeorganisationen einzunehmen.

Die FSP hat keine eigenen Finanzmittel zur Verfügung, sondern erhält Gelder aus aller Welt, einschließlich von der EG und der UNO, die ihr im Rahmen ihres Entwicklungsprogrammes 1985 253.000 US-Dollar für die Frauenarbeit zur Verfügung gestellt hat. Darüberhinaus erhält FSP nach Aussage ihres Direktors in Suva, B. Housie, pro Jahr 75.000 US-Dollar von der amerikanischen Entwicklungshilfe-Organisation USAID zur Finanzierung von Frauenkonferenzen und für Kleinkredite an Frauen. Laut Housie hat die Frauenarbeit Priorität in der FSP, da „Arbeit mit Frauen die ganze Familie einbezieht, wodurch auch unser Einfluß größer ist."

Die FSP führt ein regionales Ernährungsprogramm durch, das nach ihren Angaben von der EG und der dänischen kirchlichen Entwicklungshilfe finanziert wird. In Tonga ist die FSP mit 5 Millionen Dollar an einem Fischerei-Projekt beteiligt, das u. a. von Japan und Australien finanziert wird.

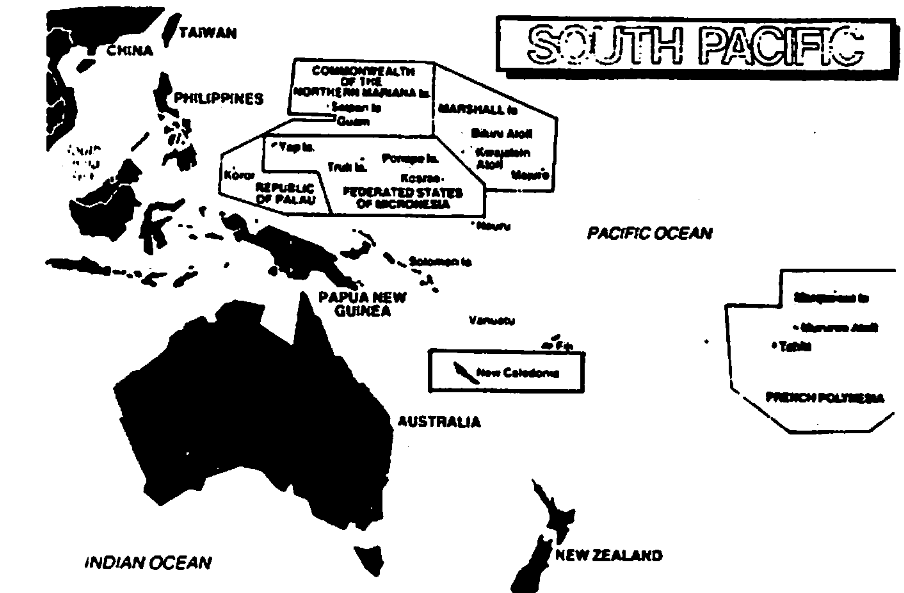
Um den diversen Entwicklungshilfe-Organisationen einen Partner „anbieten" zu können, der ihnen bei der Suche nach geeigneten Entwicklungshilfeprojekten behilflich ist und sie bei der Durchführung berät, hat die FSP in den 70er Jahren in Zusammenarbeit mit Kirchen und politischen Führern sog. Trusts aufgebaut. Der Vorstand eines Trust setzt sich zumeist aus Kirchenführern, Politikern und einem Amerikaner zusammen; er entscheidet über Projekte und die Verwendung von Geldern, und operiert relativ unabhängig von den metropolitanen FSP Niederlassungen in New York, Canada, Australien und Großbritannien. Anfangs haben die Trusts einen Großteil ihrer Finanzen durch Vermittlung der FSP entweder von USAID oder von der amerikanischen Organisation PACT (Private Agencies Collaborating Together)[6] bezogen, während sie heute teilweise von den jeweiligen pazifischen Regierungen und aus Übersee finanziert werden.

Um die Beziehungen zwischen den Trust und den metropolitanen Zweigstellen in New York, Australien, Canada und Großbritannien zu formalisieren und zu intensivieren, plant die FSP in New York, ein internationales Sekretariat der „FSP-Familie" einzurichten. Das New Yorker Büro hat auf der letzten Versammlung der FSP den „ausdrücklichen Wunsch geäußert, ein Agent für oder der Repräsentant der Pacific Trust zu werden."[7] Das

heißt, die amerikanische FSP will das Mandat erhalten, die Trusts gegenüber den Donor Agencies (Geberagenturen) zu vertreten und in ihrem Namen Projektanträge und dgl. zu stellen. Damit wären die Trusts ihrer Eigenständigkeit beraubt und New York hätte absolute Kontrolle über sie. Der Trust in Vanuatu, der sich von FSP finanziell und personell weitgehend unabhängig gemacht hat, sprach sich bislang als einziger entschieden gegen ein solch internationales Sekretariat aus, über das bereits im April dieses Jahres entschieden werden soll. Der amerikanische FSP Direktor in Suva bedauert diese Einstellung des Vanuatu-Trusts mir gegenüber und erklärte sie mit einem „militanten Unabhängigkeitswillen", den viele Länder nach der Unabhängigkeit hätten, und der sich im Laufe der Zeit verliert. Auch einzelne Mitglieder der Pazifischen Kirchenkonferenz sind gegen dieses internationale Netzwerk, da sie einen noch stärkeren US-Einfluß auf die pazifischen Länder fürchten, der nicht immer dem wohl dieser Staaten dient.

Ob die EG, wie mir von FSP in Suva mitgeteilt wurde, wirklich ein großes Interesse an der Etablierung dieses internationalen Sekretariats hat, ist zu eruieren. Deutlich ist jedenfalls, daß die FSP europäische Donor Agencies davon zu überzeugen versucht, daß die FPS eine der größten nicht-staatlichen Entwicklungshilfeorganisationen im Pazifik ist, die alles tut, um die Entwicklung der Länder gemäß deren eigenen Vorstellungen und frei von jeglichem Eigennutz voranzutreiben. Aus diesem Grund sei es wichtig, die FSP finanziell zu unterstützen. Bleibt zu fragen, ob die Europäer und internationale Organisationen wie die UNO eine US-Organisation finanzieren sollten, die sie, wenn das Sekretariat eingerichtet wird, kaum noch kontrollieren können. Inwieweit die FSP versucht, direkten Einfluß auf lokale politische Entscheidungen zu nehmen, ist schwer zu sagen. Angeblich hat sie in Kiribati interveniert, um das Fischerei-Abkommen mit der UdSSR zu verhindern.

Einen radikalen Antikommunismus vertritt die ehemalige **Asia Peoples Anti-Communist League**, 1954 in Südkorea gegründet und seit der Vollversammlung 1984 in Fiji, Asian Pacific Anti-Communist League, APACL genannt. Zweigstellen dieser rechtsradikalen Liga gibt es seit Ende der 70er Jahre in Fiji und Tonga, ihre Mitgliederzahl ist noch relativ gering, doch wird sie von führenden Politikern und einflußreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in diesen Staaten unterstützt. Der König von Tonga hielt die Eröffnungsansprache auf der letzten Vollversammlung der APACL 1985, an der 102 Delegierte aus 38 Staaten teilnahmen. In einer vielbeachteten Rede warnte Len Usher, ein enger Vertrauter des fijianischen Premiers und ein bekannter Kommunistenhasser, vor der Labor Party in Fiji, die eine blockfreie Politik verfolgt.[8]



Neben diesen o. g. US-Organisationen muß hier auch Peace Corps genannt werden, die amerkanische Entwicklungshilfe-Organisation, die ebenfalls in allen südpazifischen Staaten tätig ist. Peace Corps ist in sämtlichen Branchen aktiv, vorwiegend allerdings im Ausbildungssektor und im Staatsdienst vieler pazifischer Regierungen, für die die Freiwilligen billige Arbeitskräfte sind. Auch an der Universität in Suva sind etliche Peace Corps-Angehörige tätig, die in jüngster Zeit allerdings zunehmend von Fulbright-Stipendiaten abgelöst werden. Das größte Einsatzgebiet für Peace Corps ist wie für viele andere US-Organisationen Fiji, wo 132 Peace Corps-Leute arbeiten.

Religion als „Schlachtfeld im politischen Kampf"

Eine nicht zu unterschätzende Unterstützung erhalten die US-amerikanischen konservativen und rechtslastigen Organisationen von fundamentalistischen religiösen Gruppen, die einen strammen Antikommunismus predigen und in der Bevölkerung, sowie innerhalb der pazifischen Kirchen einen großen Einfluß haben. Kirchen im Pazifik sind ein bedeutender Machtfaktor, und viele geistliche und kirchliche Mitarbeiter haben führende Positionen in Politik und Gesellschaft inne, so daß zu Recht behauptet wird, daß „ohne Kirchen im Pazifik nichts läuft."

Die größte religiöse Organisation im Pazifik ist World Vision, eine nach eigenen Angaben „gemeinnützige, interkonfessionelle, christlich-humanitäe Organisation", die 1950 von einem engen Freund Billy Grahams gegründet wurde, „um den Waisenkindern des Koreakrieges zu helfen".

„Heute betreut sie aus dem internationalen Spendenaufkommen von rund 200 Mio. DM jährlich mehr als 2.000 Projekte in 80 Ländern, rund 240.000 ‚Patenkindern' in aller Welt, finanziert Hilfsaktionen bei Katastrophen, Missions- und Evangelisationsprogramme."[9] Heftig kritisiert wurde World Vision erstmals in Vietnam, wo ihre Mitarbeiter angeblich aktiv in Zusammenarbeit mit dem CIA US-amerikanische Außenpolitik betrieben. Seit der Zeit wird World Vision vielfach Geheimdienstkontakte vorgeworfen, auch die Behauptung, daß World Vision CIA-Gelder erhält, scheint nicht ganz aus der Luft gegriffen, ist aber schwer zu beweisen.[10]

Große Auseinandersetzungen um World Vision gab es 1981 um die salvadorenischen Flüchtlingscamps in Honduras, die vorwiegend von World Vision kontrolliert wurden. World Vision ließ das Eindringen honduranischer Truppen in die Lager zu, da sich angebich Gueril-



las unter den Flüchtlingen befanden; etliche Salvadorener wurden damals in den Lagern getötet.[11] Seit 1980 ist World Vision, ausgestattet mit scheinbar unerschöpflichen Finanzreserven, verstärkt im Pazifik tätig. Auffällig ist ihre enge Verbindung mit Ronald Reagan, der sich seit 2—3 Jahren in seinen Reden mehr und mehr auf die Bibel bezieht und vor allem die Schlacht bei Armegedon[12] erwähnt. Sowohl in den USA wie auch in vielen 3. Welt-Staaten hat World Vision und andere fundamentalistische Gruppen, in den letzten Jahren eine große Anhängerschaft gefunden, die dem „gottlosen Kommunismus" den Garaus machen wollen.

Wer einmal einem der großen religiösen „Führer" zugehört und gesehen hat, wie Tausende fanatische Gläubige ihm zujubeln, wenn er schreit, daß das „Böse", sprich der Kommunismus, vernichtet werden muß, damit das „Gute" in Form des Kapitalismus überleben kann, dem wird angesichts dieses entsetzlichen Fanatismus angst und bange.

Parallel zu den anderen amerikanischen Organisationen konzentriert sich World Visions Arbeit seit Anfang der 80er Jahre auf Fiji, wo sie dieses Jahr ihren hauptamtlichen Mitarbeiterstab von 7 auf 30 erhöhen will. Darunter werden einige ehemalige Regierungsbeamte sein, die aufgrund höherer Gehälter bei World Vision ihre auch nicht schlecht bezahlten Jobs bei der Regierung gekündigt haben. World Vision ist vorwiegend in ländlichen Gebieten tätig und bemüht sich insbesondere um gute Kontakte mit einflußreichen Chiefs, denen die Finanzierung von Projekten zugesagt wird, die sie selbst vorschlagen. Neben ländlichen Entwicklungsprojekten ist World Vision im Gesundheits- und Ausbildungssektor aktiv, sowie in der Jugend- und Frauenarbeit. World Vision finanziert im großem Maße Reisen von kirchlichen Mitarbeitern in die USA und organisiert die berühmten „Prayer Breakfasts", an denen einflußreiche Politiker und Kirchenführer aus dem Pazifik wie auch aus anderen Teilen der Welt teilnehmen und manchmal sogar mit Reagan gegen die Ausbreitung des „gottlosen Kommunismus" und für Freiheit und Demokratie beten. Angeblich waren alle Premierminister, Innen- und Verteidigungsminister wie prominente Kirchenleute aus dem Pazifik mindestens einmal bei einem dieser „Prayer Breakfasts".

Eine andere religiöse, sehr einflußreiche Organisation, der noch engere Verbindungen mit der US-Regierung nachgesagt werden, ist das Summer Institut of Linguistics, in Europa bekannter als die Wicliff Bibelübersetzer, SIL/WBI. Die SIL/WBI hat eine lange Geschichte in der Unterwanderung progressiver Bewegungen und war laut Howard und Nacla direkt in Counterinsurgency in Lateinamerika und Südostasien involtiert.[13] Sie „kümmert" sich vor allem um kleine Volksstämme und ressourcenreichen Gebieten und propagiert und fördert den „American Way of Life" bei diesen Menschen. Dadurch, daß sie die Bibel und anderes religiöses Schriftgut in Sprachen übersetzt, die kaum bekannt sind und in denen nichts anderes Schriftliches existiert, ist ihr Einfluß unter solchen Stämmen enorm. Ihr Hauptaktionsgebiet ist Papua-Neuguinea, wo sie seit 1956 in mittlerweile über 140 Sprachen arbeitet. 1981 hatte die SIL/WBI in Papua-Neuguinea 656 Mitarbeiter, das sind über 20% ihres gesamten Mitarbeiterstabes in der 3. Welt; ihr Budget wuchs von 137.000 Kina 1977 auf über 2 Millionen Kina im Jahr 1980. Die SIL/WBI operiert gegenwärtig auf den Salomonen, in Neukaledonien und Französisch-Polynesien; bis 1984 war sie ebenfalls mit einem Ehepaar in Vanuatu präsent, das aber Vanuatu verlassen mußte und jetzt in Fiji tätig ist.

Neben World Vision und der SIL/WBI missionieren die Mormonen im Pazifik und haben eine Anhängerschaft in Tonga, Westsamoa, den Cook-Inseln, Niue und in Kiribati. Auch die Mormonen verfügen über reichliche Geldquellen, die sie insbesondere für den Bau von Schulen und anderen Ausbildungszentren zur Verfügung stellen; in Kiribati unterhalten sie die zweitgrößte Secondary School des Landes, und viele junge Pazifiker studieren an mormoneneigenen Universtitäten in den USA. Offensichtlich versuchen die Mormonen verstärkt, sich in Akademikerkreisen zu etablieren, wofür ihre finanzielle Unterstützung der Zeitschrift „Pacific Studies", in der Monographien der südpazifischen Staaten publiziert werden, ein Indiz ist.

Zuletzt sei hier die evangelikale Studentenorganisation Campus Crusade for Christ erwähnt, da sie zunehmenden Einfluß an der Südpazifik Universität in Suva, Fiji, gewinnt und die progressive Christliche Studentenbewegung (Student Christian Movement, SCM) in den letzten Jahren völlig verdrängt hat.

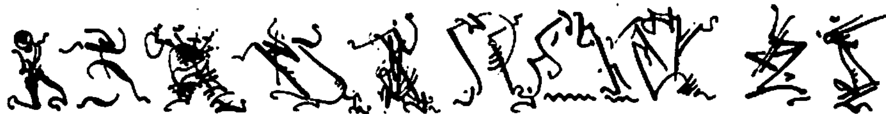
SCM und YWCA, der Christliche Vereine Junger Frauen, haben 1967 ATOM (Against Testing on Moruroa) gegründet; 1975 wurde aus ATOM die „Bewegung für einen nuklearfreien und unabhängigen Pazifik". Campus Crusades Ideologie läßt sich auf den Begriff „Good against evil" oder „communism versus American-style capitalism" reduzieren. Die Botschaft von der „national salvation" und „keeping America great" ist eine deutlich politische, obwohl der Gründer Bill Bright insistiert, daß Campus Crusade niemals „einen Dollar für politische Zwecke ausgegeben hat."[14]

Die religiöse Ideologie, die hinter Campus Crusade steckt, beschrieb der Direktor Campus Cruasades in Guatemala mit folgenden Worten:

„Wir glauben, daß die beunruhigende moralische, ökonomische, soziale und religiöse Situation, in der unser Land und die ganze Welt lebt, genau die Erfüllung der Prophezeiung der letzten Tage der Menschheit ist, und daß vor dem zweiten Kommen unseres Herrn Jesus Christus das Evangelium allen Nationen vorkündet werden muß. Man darf nicht mit Horoskopen oder journalistischen Neuigkeiten beschäftigt sein; all unser Interesse muß sich darauf richten, Jesus Christus nahe zu sein."[15]

Gemein ist all den fundamentalistischen Gruppen die Diskreditierung jener Christen und kirchlicher Organisationen, die nicht mit den fundamentalistischen theologischen Interpretationen und den damit verbundenen politischen Aktivitäten konform gehen. Progressive Christenräte werden zunehmend wegen angeblich „linker" politischer Umtriebe diffamiert, so daß auch viele Gläubige an ihren Kirchenführern und ihrer Theologie zweifeln; bewußt wird ein Keil zwischen Kirchenführung und Gemeinden getrieben.

Das Zitat des ehemaligen Staatssekretärs des US-Innenministeriums, Mitglied der Sieben Tage Adventisten, zeigt genau



die Verbindung zwischen fundamentalistischer Theologie und konservativer Politik:

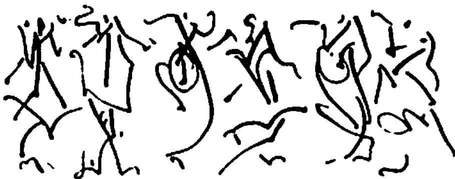
„Wir können es uns nicht länger leisten, die politische Arena der religiösen Linken zu überlassen ... Wir müssen mutig jene Prinzipien verteidigen, die Amerika sind."[16]

Die Religion ist zu einer wichtigen politischen Domäne geworden, die die Konservativen als „battleground for political struggle" (Schlachtfeld im politischen Kampf) ansehen.

Die pazifische Kirchenkonferenz PCC und die „Bewegung für einen nuklearfreien und unabhängigen Pazifik" hat erhebliche Zweifel an den angeblich uneigennützigen Programmen der oben erwähnten Organisationen, da ihnen beispielsweise World Visions Aktivitäten in Lateinamerika nicht ganz unbekannt sind. Besonderes Mißtrauen wird der „Foundation for the Peoples of the South Pacific" entgegengebracht:

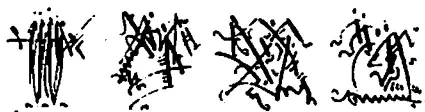
„Wir haben einige Informationen die wir nicht beweisen können, aber wir denken daß es wahr ist, daß die US-Regierung die FSP benutzt, um ihre Präsenz in einigen unserer Inselländer aufrechtzuerhalten, in denen die USA nicht ganz willkommen sind. Wir wünschen uns sicher nicht noch mehrere ‚Philippinen' im Pazifik zu haben."[17]

Annette Groth



Anmerkungen

1. Michael C. Howard: „Imperialist déjà vu: America in the South Pacific", erscheint Anfang 86 in „Kasarinlan" — Philippine Journal of Third World Studies, S. 1
2. vgl. J.M. Anthony: „Great Power Involvement in Oceania: Implications for, and appropriate response from Pacific Island Micro States", S. 13ff Pacific Research Information Network, unveröffentlichtes Manuskript, präsentiert auf der 1. Internationalen Friedenskonferenz an der Universität des Südpazifik vom 30.12.85—05.1.86 vgl. Michael C. Howard: „The Myth of the Soviet Menace in the South Pacific", S. 11; erscheint Anfang 1986 in: „Economic Political Weekly" (Bombay)
3. vgl. J.M. Anthony, S. 11ff
4. diese Angaben erhielt ich von einem Amerikaner, der Zugang zu solchen Informationen hat
5. vgl. M. Howard: „Imperialist déjà vu", S. 9f
6. 1980 erhielt PACT 3 1/2 Millionen US-Dollar von der US-Regierung, vgl. „Summary of Support and Revenue", Volume Foreign Aid Programmes 1980
7. vgl. „Report on an NGO Conference organized by the Foundation for the Peioples of the South Pacific, Nuku' Alofa, Tonga 3.—6.9.1984 — Strategies and structures working for Development in the South Pacific — an Conference for Non-governmental Institutions", unveröffentl. Manuskript von Kevin Clark, New Zealand Coalition for Trade and Development, Oktober 1984, S. 10
8. vgl. „Imperialist déjà vu", S. 11
9. epd Entwicklungspolitik, 5.1.1981: „Wem hilft World Vision?", S. 1
10. Ein ehemaliger Kirchenführer in Vanuatu besuchte viermal auf Einladung von World Vision die USA und hat nach seinen eigenen Angaben sehr viele Informationen über die Organisation, er bestätigte mir und anderen gegenüber wiederholt, daß World Vision Gelder von der CIA erhält. Belege dafür wollte er mir nicht geben, da viele seiner Freunde bei World Vision arbeiten und er sie nicht in Schwierigkeiten bringen will; vgl. auch epd, 5.1.1981, S. 5
11. vgl. nacla, Report on the Americas, hrsg. von The North America Congress on Latin America, New York, Jan./Febr. 1984: „World Vision: The Pull to the Right", S. 21
12. Der Name bedeutet „Berg von Megiddo", Megiddo war eine Stadt in Palästina, bei der 2 vernichtende Schlachten geschlagen wurden. In Offenb. 16, 16 steht der Name in übertragenem Sinn für den Ort, an dem es zur entscheidenden Schlacht zwischen den „Feinden Gottes" kommt. Laut Vers 1 werden 7 Engel 7 Schalen mit dem Zorn Gottes über die Erde ausgießen.
13. vgl. „Imperialist déjà vu", S. 7 und nacla, Jan./Febr. 1984, S. 25; „Wycliffe/SIL works through securing government contracts, leading them into tacit alliance with local powers. It is a relationship they have often overstepped; in 1960, for instance, Wycliffe pledged to support the Guatemalan government of President Miguel Ydigoras Fuentes against insurgeny. (In this year, the Liberal dictator Jose Santos Zelaya was overthrown after a Conservative revolt backed by U.S. troops.")
14. Bill Brights is a master organizer, ultraconservative lay leader.
In 1977 Bright launched the one billion dollar campaign, „Here's Life", to evangelize first to the entire United States — all 265 metropolitan areas and 18.000 smaller communities — and then to the entire world. It set a goal of „training" 5.000.000 persons from 50.000 churches by 1980, each of whom would go out and „give life." By 1980, the campaign had succeeded in raising $ 170.000.000 and had extended its billion dollar deadline to 1982.
In 1980, Bright was co-chair of the Washington for Jesus rally which sought to draw 1.000.000 people to Washington to „call the nation on its knees". Organized on a Tuesday in April, 200.000 people from all over the nation took time off from work an school in attend.
Each of these campaigns has had more than a simple „overtone" of right wing politics, an aspect consistently denied by Bright. In Seoul, Bright endorsed the martial law government of Mr. Park by saying „There is no religious repression here. It is only political, and I believe it is for a good cause ... those in prison are involved in things they shouldn't be involved in..." The second day of the Washington for Jesus rally was dedicated to lobbying on school prayer and abortion, and the mass prayer rally prayed to overcome U.S. military weekness, inflation, and general economic disintegration." „Press on", a quarterly Publication of the World Student Christian Federation: North America Region, Berkeley 1980.
Bill Bright ist ebenfalls Mitbegründer der Organisation „Christian Embassy", die insbesondere Politiker, Diplomaten, Militärs und Vertreter der Justiz missionieren („evangelize") will. Darüberhinaus arbeitet B. Bright und „Campus Crusade" eng mit „Intercessors for America" zusammen, eine „Gebetsgemeinschaft" „to organize evangelicals into a political force. Uses prayer telephone chains to lobby for conservative issues". ebenda.
15. nacla, S. 25
16. ebenda
17. Alfred Jack, der Geschäftsführer der pazifischen Kirchen Konferenz in einem Brief an europäische Donor Agencies, in dem er seine Besorgnis über die FSP zum Ausdruck bringt.



Fotoausstellung
Um zu leben...
Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod
Umfaßt die Themen Arbeitslosigkeit, Rüstungswahnsinn, Ausbeutung der Dritten Welt und zeigt neue Perspektiven anhand des Beispiels „Lucas Aerospace" auf.
Die 15 mehrfarbigen Plakate (Format 42/60 cm) stellen den Zusammenhang von Unterentwicklung, Waffenexport in die Dritte Welt dar und fordern Initiativen zur Rüstungskonversion. Sie eignet sich für Schulen, Jugend- und Gemeindegruppen. Die Kosten für die Ausstellung belaufen sich auf 45,— DM zuzüglich Porto.
Bezug: ÖIE, c/o Dritte Welt Laden, Auerspergstr. 9, 4020 Linz

Das Land mit der höchsten Bevölkerungsdichte auf der Welt, überbevölkert, von Naturkatastrophen bedroht, eines der ärmsten Länder der Welt — dies sind die Schlagworte, mit denen das 100 Millionen Menschen umfassende Land Bangladesh charakterisiert wird.

Ein Land, gelegen in einem Deltagebiet, das über große Lebensmittelreserven verfügt, ideale Anbaubedingungen für Reis besitzt und Nahrungsmittel exportiert — dies sind Eigenschaften, die den auch im kritischen Teil der Öffentlichkeit anzutreffenden Vorurteilen über Bangladesh widersprechen.

Überbevölkerung ist das Stichwort, mit dem die Ursachen für Hunger dingfest gemacht werden sollen — hierin sind sich die Regierung Bangladeshs und die Mehrheit der maßgeblichen „Geber"länder und -institutionen einig. Die zunehmend rigider und umfassender werdende Bevölkerungskontrollpolitik ist eine Reaktion auf die mit dem raschen Bevölkerungswachstum verbundenen Risiken für den politischen status quo.



Überflutung der Wohngebiete in der Deltaebene

Der Mythos der Überbevölkerung

Ende Mai vergangenen Jahres verwüstete ein Wirbelsturm Teile der Küstenregion Bangladeshs. Wieder einmal war dies Anlaß für die Kommentatoren, den Geist von Malthus zu beschwören: Zuviele Menschen auf zu engem Raum.

„Banladesh ist ein potentiell reiches Land, nur seine Menschen sind arm — weil es zuviele sind... In Bangladesh erfüllt sich offenbar die 200 Jahre alte Prophezeihung des englischen Wirtschaftswissenschaftlers Thomas Malthus, daß die Natur sich bei hemmungslosem Bevölkerungswachstum selbst helfe — durch Katastrophen, Hunger, Seuchen und Krieg." (Süddeutsche Zeitung, 30.5.85). Das Allgemeine Sonntagsblatt schließt sich der SZ an: „Die menschliche Springflut richtet in Bangladesh mehr Schaden an als das jährliche Wasser." (9.6.85) Der Spiegel spricht in seinem Bericht über die Flutkatastrophe von „zusammengepferchten Menschenmassen", die aufgrund der Bevölkerungsdichte gezwungen sind, ein „amphibisches Dasein" zu führen und in den gefährlichen Küstenregionen zu siedeln. „Ein ganzes Volk treibt, als wäre es in ein übervolles Boot gepreßt, bewegungslos dahin; und jeden Morgen klettern neue Passagiere an Bord." (Nr. 23/ 1985, S. 127) Das alte Spiel der Mystifizierung gesellschaftlicher Verhältnisse als Naturgewalt wird wiederholt.

Im „Sechsten Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung" vom März 85 wird die Bevölkerungsentwicklung als „größter Problembereich" in Banladesh bezeichnet: „Die rasch fortschreitende Verelendung unter der Masse der landlosen und arbeitslosen Armen auf dem Land wird ... unaufhaltsam weitergehen, wenn es nicht gelingt, die beängstigende Bevölkerungsexpansion einzuschränken." Hier zeichnet sich bereits der Zweck der Bevölkerungskontrollpolitik ab: Bekämpfung der Armen und nicht der Armut. Von dieser Bestimmung des Problembereichs führt ein gerader Weg zu den Überlegungen des Leiters des „United Nations Development Programm" in Bangladesh, Herrn Walter Holzhausen.[1] In einem internen Brief, der an die Öffentlichkeit gelangt ist, schreibt er:

„In Bangladesh eine große Familie zu haben ist antisozial und steht dem Gemeinwohl entgegen. Drastisches Eingreifen von der Regierung ist daher angesagt ... Im Fall von Bangladesh kann ein Insistieren der Geberländer auf der freiwilligen Entscheidung der Betroffenen sogar als wider die Menschenrechte aufgefaßt werden, da es notwendige drastische Maßnahmen nur verzögert."

Nahrungsmittelhilfe und Nahrungsmittelexport

Inwieweit die Nahrungsmittelproduktion Bangladeshs ausreicht, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen, ist ein Politikum ersten Grades. Die Notwendigkeit von Nahrungsmittelhilfe wird durch die Regierung Banladeshs und durch die „Bangladesh Aid Group", in der die wichtigsten „Geber"länder und -institutionen unter der Schirmherrschaft der Weltbank zusammengeschlossen sind, durch den Hinweis auf unzureichende Nahrungsmittelproduktion begründet. Es gibt aber auch ganz andere Einschätzungen zu diesem Problem: „Nach Aussage eines unserer Experten wäre das Land innerhalb von drei bis vier Jahren Selbstversorger, wenn das für die Importe (von Nahrungmitteln, der Verf.) aufgewandte Geld zum Aufkauf (von landwirtschaftlichen Produkten, der Verf.) im eigenen Land verwendet würde."[2]

Die Regierung Bangladeshs unterschätzt die Ernteerträge regelmäßig und systematisch, um die Notwendigkeit höherer Nahrungsmittelhilfe plausibel zu machen. Immerhin wird durch den teilweisen Verkauf dieser Nahrungsmittelhilfe ca. 15% des Staatsbudgets finanziert![3]

Die FAO, die amerikanische Entwick-



Dieser mann hat durch Wirbelsturm seine Familie und sein Haus verloren

lungsbehörde US-Aid und das „Bangladesh Rice Research Institute" haben eigene Schätzungen der Ernteerträge veröffentlicht: Im Durchschnitt geben sie einen um ca. 2 Millionen t höheren Ernteertrag an als die regierungseigenen Behörden. Es ist keine Spekulation zu behaupten, daß starke politische Kräfte in Bangladesh zur Zeit kein Interesse an einer Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln haben.

Jedes Jahr werden weit über eine Million t Getreide, hauptsächlich als Nahrungmittelhilfe deklariert, importiert; dies bei einer jährlichen Ernte von ca. 15 Millionen t Reis und Weizen. Die USA, die Europäische Gemeinschaft und Kanada sind die Hauptlieferländer der Nahrungsmittelhilfe.

Nach dem Verteilungssystem für Nahrungsmittel erhalten die sogenannten „Prioritätengruppen" — Armee, Polizei, Lehrer und Studenten, Arbeiter der Schlüsselindustrien — den Löwenanteil. Die ländliche Bevölkerung, 90% der Gesamtbevölkerung, erhält nur ca. ein Drittel der verteilten Menge — der überwiegende Teil davon fließt zudem noch in die Taschen der reichen ländlichen Klassen. Der Verkauf rationierter Lebensmittel im Rahmen des Verteilungssystems stellt der Regierung finanzielle Mittel zur Verfügung, auf die sie bei der Haushaltsfinanzierung nicht verzichten kann. Aus diesem Grunde warnt die Weltbank in einer Studie von 1982 vor der „Gefahr, einen zu engen Zusammenhang zwischen Produktionssteigerung und sinkendem Umfang der Nahrungsmittelhilfe" zu konstruieren.

Die Einstellung von Nahrungsmittelhilfe würde die Regierung zwingen, andere Einkommensquellen zu erschließen. Eine Besteuerung der höheren Einkommensklassen auf dem Lande wäre dann unumgänglich. Zu diesem Schritt hat sich jedoch noch keine Regierung Bangladeshs entschließen können.

In einer Studie aus dem Jahr 1981 weist die Weltbank „auf ein schwerwiegendes Problem inadäquater effektiver Nachfrage nach Nahrungsmitteln hauptsächlich wegen der geringen Kaufkraft der Mehrheit der Bevölkerung Bangladeshs" hin. Die Weltbank empfahl der Regierung „im Falle fehlender effektiver Nachfrage" den Export von Nahrungsmitteln — die Erhöhung der einheimischen Nachfrage sei zwar wünschenswert aber z.Zt. zu kostspielig für die Regierung.[4]

Anlaß für diese Studie war die als Rekordernte bezeichnete Ernte von 1981. In diesem Jahr kaufte die Regierung große Mengen von Reis auf, um den Reispreis zu stützen. Da die Lagerkapazitäten der Regierung in kurzer Zeit erschöpft waren, entschloß sich die Regierung, Getreide zu exportieren. Bereits der Fünf-Jahres-Plan von 1980 bis 1985 betonte die sehr guten Exportchancen für Lebensmittel. Fische, tiefgefrorene Garnelen und Froschschenkel, Obst und Gemüse werden mit schnell ansteigenden Wachstumsraten exportiert. Der Export von Fischwaren und Froschschenkeln vervierfachte sich zwischen 1977 und 1983. Der Export von tierischem Eiweiß ist nach dem Export von Jute und Leder zum drittwichtigsten Exportsektor in den letzten fünf Jahren geworden.

In den Gebieten, in denen sich der Froschbestand durch die Exporte verringerte, ist ein Anstieg der Malaria und ein erhöhtes Auftreten von Schädlingen zu verzeichnen. Pestizide und Insektizide werden vermehrt eingesetzt. Sie müssen mit Hilfe der Devisen importiert werden, die durch den Froschschenkelexport verdient wurden. Die durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verursachten Hautkrankheiten bei den Bauern bezeichnet der Leiter der Hautklinik in Dhaka als ein „gigantisches Problem".[5] Ein Zehntel des jährlichen Exports von Fisch- und Froschwaren bezieht die BRD — 500 bis 1000 t jährlich.

Im Distrikt Khulna, so wurde von „Bangladesh Times" vor kurzem berichtet, seien 20.000 ha Land überflutet worden, um eine Aufzucht von Salzwasserfischen — in diesem Fall Garnelen — zu ermöglichen. Tiefgefroren wurden sie anschließend exportiert. Katastrophal sind die Auswirkungen, da ein einmal überfluteter Boden, auf dem vorher jährlich zwei bis drei Reisernten eingebracht worden sind, nicht mehr kultivierbar ist. Das Grundwasser wird salzhaltig und zerstört auch die umliegenden Felder. Deiche wurden eingerissen, d.h. die Bevölkerung wurde auch direkt gefährdet.[6]

Die jährlichen offiziell angegebenen Erntemengen an Getreide schwanken zwischen 13 und 15 Millionen Tonnen. Ca. 15 Millionen Tonnen werden von der Regierung als ausreichend angesehen, um eine Selbstversorgung mit Getreide sicherzustellen. Mögliche Engpässe bei bestimmten Nahrungsmitteln verweisen eher auf falsche Prioritäten und Fehler der Agrarpolitik der Regierung bzw. der Geberländer als auf die „Überbevölkerung".

Nahrungsmittelhilfe und Nahrungsmittelexport sind zwei Eckpfeiler einer Agrar- und Exportpolitik, die anderes als die Beseitigung ländlicher Massenarmut zum Ziel hat. Vor dem Hintergrund dieser Politik und der eigentlichen Ursachen für Armut und rasches Bevölkerungswachstum muß die Tatsache bewertet werden, daß seit einigen Jahren „Überbevölkerung" für die Regierung Bangladeshs wie für die Mehrheit der „Bangladesh Aid Group" zum wohlfeilen Argument und Erklärungsmuster der Armut wird.

Aus dem politischen Problem einer auf Privilegien der reichen Bauern basierenden Agrarstruktur wird ein quantitatives Problem zwischen Bevölkerungsgröße und Nahrungsmittelproduktion. Aus der Notwendigkeit einer Erhöhung des Einkommens der ärmeren Haushalte und dem Aufbau eines ländlichen Gesund-

heitswesens wird das Programm einer Bevölkerungskontrollpolitik. Die Forderung nach Eindämmung des Bevölkerungswachstums wird immer lauter: Das Programm einer rigiden Bevölkerungspolitik nimmt Gestalt an.

Entwicklung der Bevölkerungskontrollpolitik[7]

Bereits im ersten Fünfjahresplan 1973—1978 wurde die Notwendigkeit einer Bevölkerungspolitik betont, die „energische Schritte unternimmt." Keine zivilisierten Maßnahmen wären zu drastisch, um die Bevölkerung unterhalb einer Größenordnung von 150 Millionen zu halten, „allein schon aus reinen ökologischen Eigenschaften der Nation."

Kurz nach der Unabhängigkeit Bangladeshs 1971 wurde der „National Population Council" gegründet. Seine Aufgabe bestand darin, verschiedene Programme zu koordinieren: Aufbau integrierter ländlicher Gesundheits- und Familienberatungsstellen, Unterstützung von Frauenkooperativen und schließlich Verbreitung verschiedener Verhütungsmittel. Von der Planung her war vorgesehen, daß die Sterilisation nur ein Mittel unter anderen darstellen sollte. Die Umsetzung dieses Programms scheiterte jedoch aus verschiedenen Gründen. Mangelnde Organisation, schlechte Ausbildung des Personals und politische Vorbehalte gegen Frauenkooperativen waren einige Gründe.

Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre verschoben sich die Prioritäten der Bevölkerungspolitik: Im zweiten Fünfjahresplan 1980—1985 wurde die Senkung der Geburtenrate von 4,3% 1980 auf 3,2% 1985 als Planziel proklamiert.

Im März 1983 wurde von der amerikanischen Entwicklungsbehörde AID, der Weltbank und dem Welternährungsprogramm der UNO eine Studie vorgelegt, die „drastische" Schritte bei der Bevölkerungspolitik befürwortete u.a. durch eine Erhöhung der Anzahl von Sterilisationen.

Ein „National Population Control Board", ausgestattet mit „emergency power" — Notstandsvollmachten —, sollte nach einem Vorschlag dieser Studie eingerichtet werden. Einige Monate später forderte der Weltbankpräsident W.D. Hooper die Regierung Bangladeshs auf, endlich ein effektiveres Programm zur Geburtenreduzierung umzusetzen. Der Druck auf die Regierung nahm zu. Die Errichtung des „Anreizsystems" für Männer und Frauen, die sich sterilisieren lassen wollten, die Einschüchterung des Personals bei Nicht-Erfüllung der Quoten und die Konzentration auf die Sterilisation als „Hauptmittel" der Verhütung setzte das Personal unter einen Erfolgszwang, wodurch fast zwangsläufig verschiedene Formen der Erpressung entstanden. Frauen aus ärmeren Bevölkerungsschichten waren davon besonders betroffen.

Überhaupt sind Frauen — insbesondere arme Frauen — bevorzugte Objekte der Bevölkerungspolitik. Deshalb sind sie es, gegen die der Druck, sich sterilisieren zu lassen, besonders gerichtet wird (Bestechung, Erpressung, Zwang). Viele Kinder zu haben, hat für die Frauen in Bangladesh einen ganz besonderen Wert: Es herrscht innerhalb der Familie eine rigide Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Nach den Purdah-Regeln des bengalischen Islam wird der Bewegungsraum der Frau auf den Haushalt eingeengt.[8] Sie selbst trägt nicht zum Bargeldeinkommen direkt bei; dafür aber ihre Kinder bzw. ihre Söhne. Ihr ökonomischer wie sozialer Wert steigt mit der Anzahl von Kindern, insbesondere von Söhnen. Bereits im Kindesalter tragen Jungen mehr zum Familieneinkommen bei als Mädchen. Dieser unterschiedliche Wert von Kinderarbeit liegt in der Minderbewertung weiblicher Arbeitskraft begründet. Die Wertschätzung weiblicher Reproduktionsarbeit sowie ihr sozialer Status richtet sich wesentlich nach dem jeweiligen Marktwert der Kinderarbeit: Sinkt dieser Wert, aufgrund des hohen Bevölkerungswachstums, sinkt die soziale und ökonomische Wertschätzung der Frau mit. Durch Sterilisationen verlieren Frauen die einzige, ihnen zugestandene Produktivkraft, nämlich Kinder zu gebären. Ihnen wird damit die Quelle ihrer Identität geraubt.

Ein Bericht der schwedischen Entwicklungsbehörde SIDA machte erstmals 1983 auf die Praxis des Sterilisierungsprogramms aufmerksam. Berichte darüber, daß Frauen mit Nahrungsmittelhilfe erpreßt werden, schlossen sich an.[9] Im Laufe des Jahres entstanden drei verschiedene Fraktionen innerhalb der „Bangladesh Aid Group":

- Diejenige Gruppe, die drastische Maßnahmen befürwortet und von vornherein für eine Trennung von Gesundheitswesen und Propagierung von Verhütungsmitteln ist, und die eine dramatische Erhöhung der Sterilisierungsrate anstrebt, wie z.B. die US-Aid.
- Die Weltbank und andere sehen hierbei die Gefahr, daß zu drastische Schritte zu leicht die Bevölkerung abschrecken und die staatlichen Mitarbeiter vollends isolieren könnten.
- Schließlich weist eine dritte Gruppe, u.a. die Niederlande, Schweden, Norwegen und UNICEF, auf die Notwendigkeit einer Integration der Gesundheitspolitik für Mutter und Kind in die Familienplanungspolitik der Regierung hin und kritisiert scharf die Ausübung von direktem und indirektem Zwang gegenüber Frauen.

Die Bundesrepublik zählt zu der 3. „Gruppe der Gemäßigten". Gegenüber dem Sterilisierungsprogramm gibt es im BMZ Vorbehalte. In einem vom BMZ angeforderten Gutachten wird — auch mit Blick auf umfassende Lieferaufträge für die bundesdeutsche Pharmaindustrie — eine finanzielle Unterstützung zur Lieferung von phramazeutischen Produkten befürwortet. Eine Finanzierung des Sterilisierungsprogrammes wird jedoch abgelehnt.



Sterilisation wie am Fließband

Familienpolitik und Bevölkerungskontrollpolitik reduzieren sich in den letzten Jahren immer mehr auf die Durchsetzung eines umfangreichen Sterilisierungsprogramms.[10] Zwischen 1972/73 und 1981/82 wurden ca. 1,2 Millionen Männer und Frauen sterilisiert. Davon waren dreiviertel Frauen. Allein in den zwei Jahren 1982/83 und 1983/84 waren es knapp 1 Million Sterilisationen — zweidrittel entfielen auf Frauen. Im zweiten Halbjahr 1984 wurden 330.000 Sterilisationen durchgeführt. 181.000 Männer und 152.000 Frauen waren hiervon betroffen. Die absolute Anzahl von Sterilisationen ist in den letzten Jahren sehr stark angestiegen, zugleich wuchs der Anteil der sterilisierten Männer. Geplant wird von der Regierung, 1987 und 1988 jeweils 700.000 Sterilisationen durchzuführen, dies entspräche dem Niveau von 1984 und vorraussichtlich demjenigen von 1985. Ende der 80er Jahre sollen 3,5 Mio. Menschen sterilisiert sein.

An den Schreibtischen der Bevölkerungsplaner der Regierung und der Weltbank wird angestrengt darüber nachgedacht, auf welche Art und Weise die Anzahl der Sterilisationen erhöht werden kann.

Zur Zeit existiert ein System von „Anreizen" (incentive system): Eine Frau, die sich sterilisieren läßt, erhält einen „sari" und 175 taka — ein Mann erhält ebenfalls 175 taka und einen „lungi".[11] (Ca. 20 Taka verdient ein Landarbeiter am Tag.) Auch Intra — Uterin — Pessare sind einbezogen in das System „materieller Anreize": 25 taka erhält jede Frau, die es sich einsetzen läßt.

Für das medizinische Personal und die in den Dörfern arbeitenden Angehörigen der lokalen Verwaltungen existiert ein besonderes Anreizsystem: Für jede Operation erhält der Arzt oder die Ärztin 20 taka und das medizinische Personal jeweils 10 taka. Die Angestellten der lokalen Verwaltung, die die Überzeugungsarbeit in den Dörfern zu leisten haben, erhalten für jeden, den sie anwerben, 35 taka und die dörflichen Hebammen 45 taka.

Sind die Angestellten und das medizinische Personal nicht in der Lage, mindestens 70% der jährlichen Quoten an Sterilisationen zu erfüllen, werden sie entlassen. Die lokale Verwaltung und insbesondere ihre Repräsentanten sind an der Erfüllung der Quoten interessiert, da sie einen Beweis für die Effektivität ihrer Arbeit darstellen.

Eine Erhöhung der materiellen Anreize schlägt sich sofort in der Anzahl der Sterilisationen nieder: Im Oktober 1984 wurden die Anreize erhöht — sofort wuchs sprunghaft die Anzahl der Sterilisationen im Vergleich zum Vormonat. Waren es 28000 im August bei Frauen, so im Oktober 42000 — im Dezember sank die Anzahl auf 16000. Bei Männern waren es im September 34000, im Oktober 47000 und im Dezember 14000 Sterilisationen.[12] Worauf ist diese schnelle Abnahme der durchgeführten Operationen zurückzuführen? Die Ernte des Sommergetreides (aman-Reis) erfolgt im Dezember. In den Monaten vor der Ernte steigt der Preis von Reis und anderen Lebensmitteln kontinuierlich an. Arme Haushalte sind gewungen, Geld- und Nahrungsmittelkredite aufzunehmen, die Nachfrage nach Landarbeitern vor der Ernte ist sehr gering, Vorräte an Lebensmitteln und Ersparnisse sind aufgebraucht. Viele Familien hungern.

Die sprunghafte Abnahme der Sterilisationen im Dezember ist Folge einer Marktpreissenkung für Reis und ansteigender Nachfrage nach Erntearbeitern. Alleinstehende Frauen und arme Familien sind in dieser Zeit deshalb nicht in dem Maße gezwungen, sich für eine Sterilisation zu entscheiden, um lebensnotwendige Nahrungsmittel mit Hilfe der 175 taka kaufen zu können. Der Anreizeffekt des Prämiensystems sinkt entsprechend dem sinkenden Reispreis.

Die Sterilisation bei Frauen wird bei lokaler Betäubung durchgeführt und dauert nur einige Minuten. In der BRD ist Vollnarkose üblich und ein mehrtägiger Krankenhausaufenthalt schließt sich an. Über entstehende Entzündungen, Organverletzungen und Todesfälle gibt es keine genauen Erhebungen. Der offiziell angegebene Prozentsatz tödlich ausgehender Erkrankungen nach dem Eingriff ist geringer als derjenige in den USA — ein sicherer Hinweis auf die Unterschlagung von Todesfällen. Miserable hygienische Bedingungen, keine bzw. unzureichende Sterilisierung der Instrumente, unzureichende Beleuchtung bei der Operation, fehlende Beratung der Patientinnen vor und nach der Operation über die Art des Eingriffs (!), über mögliche auftretende Beschwerden und unzureichende Betreuung nach der Operation kennzeichnen das Sterilisierungsprogramm der Regierung. Erste Priorität haben quantitative Erfolgsmeldungen.



Nach Uri Cher bringen Hubschrauber täglich Nahrungsmittel

Bevölkerungskontrolle statt Gesundheitsvorsorge

Das beschriebene Sterilisierungsprogramm kann ohne ein ausgedehntes Netz von Familienplanungsberatern/rinnen, medizinischem Personal und koordinierender Verwaltung nicht umgesetzt werden.

Die Grundlagen hierfür wurden von dem Programm für Bevölkerungskontrolle der Weltbank gelegt. Für 1985 bis 1990 ist die dritte Phase dieses seit 1975 laufenden Programms in Planung.

In den ersten beiden Phasen wurden ca. in einem Drittel aller Unions, (unterste Verwaltungseinheit) in der 20—25.000 Menschen leben, „Union Health and Family Welfare Centres" aufgebaut. Drei Familienplanungshelferinnen arbeiten durschnittlich in einer Union und in jeder dritten Union eine ausgebildete Familienberaterin und ein medizinischer Assistent. Der ursprüngliche Ansatz einer Verknüpfung von Gesundheitswesen und Verbreitung von Verhütungsmitteln ist fallengelassen worden. Das ländliche Gesundheitswesen wird zunehmend zum „Sterilisierungswesen".

Ein Drittel des Budgets für das Gesundheitswesen fließt bereits ausschließlich der Bevölkerungkontrolle zu. Darüberhinaus existiert noch zusätzlich ein Budget für Bevölkerungskontrolle.

Geplant ist, daß Ende der 80er Jahre knapp die Hälfte aller Männer und Frauen, die Verhütungsmittel benutzen, sich für eine Sterilisation entscheiden, z.Zt. ist es ein Drittel. Im zweiten Halbjahr 1984 wurden fast doppelt soviele Intra-Uterine-Pessars benutzt wie in dem Jahr 1982/83.[13]

Eines von fünf Kindern stirbt, bevor es das fünfte Lebensjahr erreicht. Ursache hierfür sind hauptsächlich Durchfallerkrankungen in Verbindung mit Fehlernährung. Die Sterberaten bei Frauen während der Schwangerschaft, bei der Geburt bzw. bei Abtreibungen sind extrem hoch.

Mangelnde Hygiene und Mangelernährung sind die Hauptursachen. Einfache Verbesserungen hygienischer Bedingungen und der Ernährung könnten diese Sterberate um über die Hälfte reduzieren. Durchfallerkrankungen können ebenfalls mit relativ einfachen Mitteln geheilt werden. Vor diesem Hintergrund ist die Vernachlässigung des Ausbaus eines ländlichen Gesundheitswesens zu bewerten bzw. seine Zweckentfremdung durch das Sterilisierungsprogramm.



World Bank Population Programm III

Im Februar 1985 trafen sich Vertreter der Weltbank, der Regierung Bangladeshs, der UNICEF und der staatlichen Entwicklungsbehörden Australiens, Kanadas, der BRD, der Niederlande, Norwegens, Schwedens und Großbritanniens in Paris, um offiziell die dritte Phase des Bevölkerungsprogramms der Weltbank für Bangladesh einzuleiten und letzte organisatorische Fragen zu besprechen.[14] Es wurde jedoch Kritik an der Bevölkerungspolitik der Regierung Bangladeshs geübt. Berichte waren bekannt geworden, die von Ausübung indirekten Zwanges und Erpressung von Frauen berichteten, von den negativen Auswirkungen des „Anreizsystems“ und von den miserablen hygienischen Bedingungen, unter denen Sterilisationen durchgeführt wurden.

Im Mai 1985 nahm die Regierung Bangladeshs noch einmal Stellung zum Anreizsystem und verteidigte die Notwendigkeit dieses Quoten- und Prämiensystems.

UNICEF hat sich inzwischen aus dem Weltbankprojekt zurückgezogen. Schweden, die Niederlande, Großbritannien und die Bundesrepublik halten z.Zt. ihre finanziellen Beiträge zurück und fordern eine Klärung der Kritikpunkte.[15]

Die schwedische Entwicklungsbehörde SIDA lehnt das gesamte Anreizsystem ab. Dr. Joseph Van Arendonk, Direktor der UNO-Abteilung für Bevölkerungsprogramme, bezeichnet das Anreizsystem als „ineffizient und ethisch nicht vertretbar.“ Christopher Allison, Ratgeber der englischen Entwicklungsbehörde ODA, lehnt ebenfalls dieses System ab.

Mitte September trafen sich erneut die oben erwähnten Vertreter von Regierungen und Entwicklungsorganisationen (Bangladesh Aid Group). Die europäischen Länder, einschließlich der BRD, einigten sich auf einen 17 Punkte umfassenden Katalog von „Minimalforderungen“. Ohne Umsetzung dieses Katalogs würden sich die europäischen Länder nicht am Weltbankprogramm „Population III“ beteiligen. U.a. wird eine partielle Reduzierung des Anreizsystems für das Personal gefordert — bei Nichteinhaltung von Sterilisationsquoten sollte auf das Personal kein Druck mehr ausgeübt werden. Anreize sollten auch für Tätigkeiten außerhalb des Sterilisierungsprogramms angeboten werden.

In seinen Grundzügen bleibt jedoch dieses Programm unangetastet von dem Minimalkatalog. Gegenwärtig verhandelt die Weltbank mit der Regierung Bangladeshs über die Möglichkeit der Umsetzung des 17-Punkte-Katalogs im Rahmen des Weltbankprogramms bzw. der Bevölkerungspolitik der Regierung.

Das Bundesministerium für „Wirtschaftliche Zusammenarbeit“ (BMZ) in Bonn hat für die beiden ersten Phasen insgesamt 61 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Für die dritte Phase sind insgesamt 100 Millionen DM eingeplant. Die Bundesregierung ist damit nach dem IWF und der Regierung Bangladeshs der drittgrößte Financier dieses 272 Millionen Dollars umfassenden Programms. 14% der Gesamtkosten entfallen auf die Bundesrepublik (im Budget der Regierung Bangladeshs für 1979—1985 waren ca. 30 Millionen Dollar für das öffentliche Gesundheitswesen vorgesehen!).[16]

Ob die Bundesregierung, bzw. das BMZ, seine Vorbehalte gegenüber dem Weltbankprogramm bzw. insbesondere dem Sterilisationsprogramm aufgeben wird oder nicht, hängt auch von einer sensibilisierten Öffentlichkeit ab.

Jegliche Erpressung mit Hilfe von Geld oder Nahrungsmitteln, die Frauen vor die Wahl stellt, sich sterilisieren zu lassen oder zu verhungern, ist kriminell.

Bangladesh in Zahlen

Fläche	142 766 Quadratkilometer
Hauptstadt	Dhaka
Bevölkerung	96,1 Mio. (offizielle Angaben 1984)
Bevölkerungsdichte	704 Einwohner pro Quadratkilometer
Landbevölkerung	86,4%
Bevölkerung unter 15 J.	46,7%
Religionen	85,4% Muslime
	13,5% Hindus
	0,7% Buddhisten
	0,3% Christen
Bildung	6,2% sind Analphabeten
Lebenserwartung	46 Jahre
Einwohner je Arzt	8 780
Sprache	Bengalisch

Die Verbreitung von Verhütungsmitteln, insbesondere die massive Propagierung von Sterilisationen, die nicht integriert sind in ein speziell auf Mütter und Kinder zugeschnittenes ländliches Gesundheitssystem, ist reine Bevölkerungskontrollpolitik und keine Familienpolitik.

Die Diskussionen innerhalb der „Bangladesh Aid Group“ und die international geäußerte Kritik am Sterilisationsprogramm gehen u.a. auf die Öffentlichkeitsarbeit der „Bangladesh International Action Group“ (BIAG — London) in Zusammenarbeit mit Mitarbeitern der englischen Organisation OXFAM und der schwedischen Entwicklungsbehörde SIDA zurück, die beide in Bangladesh stark engagiert sind.

Eine Kleine Anfrage der „Grünen“ in Bonn zur deutschen Entwicklungshilfe in Bangladesh wird hoffentlich zu dieser Sensibilisierung der Öffentlichkeit beitragen.

Die rigide Bevölkerungskontrollpolitik in Bangladesh darf nicht Vorbild für andere Länder werden.

Weiteres Informationsmaterial kann über folgende Adressen bezogen werden:
Bangladesh Gruppe, e. V.:
Brigitte Jessen,
7754 Reichenau, Im Weiler 11
Michael Nebelung,
51 Aachen, Wallstrasse 30
Dieter Reinhardt,
1 Berlin 61, Urbanstrasse 30

Dieter Reinhardt

Anmerkungen:

1. Das „United Nations Development Programm“ verwaltet das Entwicklungsprogramm der UNO in Bangladesh. Sie zählt dort zu den finanzkräftigsten Entwicklungsorganisationen. Der interne Brief liegt dem Verfasser vor.
2. Erler, B., Tödliche Hilfe, Freiburg 1985, S. 50
3. vgl. Kervin, B., Foreign Aid in Bangladesh, Brüssel 1982
4. World Bank, Bangladesh: Current economic situation, Vol. III, Dhaka 1981, S. 50
5. Die Zeit, 5.10.84
6. World Wildlife Found, Special, Zeitschrift, Nr. 4, 1984
7. Vor kurzem wurde von der „Bangladesh International Action Group“ eine Broschüre über die Bevölkerungspolitik Bangladeshs veröffentlicht, die sich speziell gegen das Sterilisationsprogramm wendet: Hartmann, B./Standing, H., Food, Saris and Sterilisation, London, September 1985, ISBN 0 948633 00 X (Über den Verfasser zu beziehen)
8. Die „Purdah“-Regeln des bengalischen Islam legen fest, daß eine Frau von der Öffentlichkeit abzuschirmen ist. Außerhalb des Dorfes darf sie sich nur in Ausnahmefällen und in Begleitung eines Mannes bewegen. Von der Feldarbeit und Händlertätigkeit ist die Frau entsprechend dieser Regel ausgeschlossen.
9. vgl. Hartmann, B./Milligan, A., Corruption and Coercion Inside Asia, Oct. 1985. Im Juni 1983 sind insgesamt 500 Frauen von Armeeinheiten gezwungen worden, sich sterilisieren zu lassen. Der Vorfall ereignete sich im Distrikt „Mymensingh“.
10. New Scientist, 19.9.1985
11. Längliches Stofftuch, das Männer um die Hüften wickeln.
12. vgl. Tabelle Monthly Statistical Bulletin of Bangladesh, Jan. 1985
13. ebd.
14. vgl. Hartmann, B./Standing, H., a.a.O.
15. vgl. taz v. 8.7.1985, FAZ 16.7.1985
16. vgl. Kervin, B. Foreign Aid, Brüssel 1982, S. 19

Wie können Menschen zum Schweigen gebracht werden?



Die Repressionspraxis der türkischen Generalkonsulate gegen engagierte Türken: Durch Einzug des Reisepasses sollen sie gezwungen werden in die Türkei zurückzukehren oder ihre Abschiebung erreicht werden.

Der Arm der türkischen Diktatur ist lang. Nicht nur im eigenen Land zerschlägt er soziale Bewegungen und oppositionelle politische Gruppen. Auch engagierte Türken die in der Bundesrepublik leben, versucht er niederzudrücken. Zum Beispiel mit Hilfe seiner Generalkonsulate: Diese schüchtern in letzter Zeit politisch aktive Türken in der BRD auf eine besonders perfide Weise ein: Geht aus deren Akten hervor, daß sie sozial oder politisch engagiert sind, wird einfach ihr Reisepaß nicht mehr verlängert oder sogar eingezogen. Die Betroffenen sind dann gezwungen, beim deutschen Ausländeramt einen Fremdenpaß zu beantragen, da sie ohne Paß keine Aufenthaltserlaubnis hier haben. Entschließt sich die Ausländerbehörde den Fremdenpaß nicht auszustellen, gerät der betroffene Türke in Gefahr in sein Heimatland abgeschoben zu werden und muß einen Asylantrag stellen.

Das Vorgehen gegen Kamil Karhanli

Ein Opfer dieser Praxis der Generalkonsulate ist Kamil Karhanli. Kamil lebt seit 1979 in Waldkirch bei Freiburg und arbeitet bei der Freiburger Ausländerinitiative (AIF). Er engagiert sich auch indem er türkische Kinder in die Kindergärten fährt, deutsch-türkische Freundschaftskreise und Ausstellungen über die Türkei organisiert. Am 20. November vergangenen Jahres wollte Kamil beim türkischen Generalkonsulat in Karlsruhe seinen Reisepaß verlängern lassen. Er mußte eine Gebühr von DM 144,— bezahlen und konnte danach seinen um 3 Jahre verlängerten Reisepaß unterschreiben. Dann wurde er zum 1. Konsul gerufen. Dieser sagte ihm, er könne wieder gehen, sein Paß würde ihm per Post zugesandt werden. Kamil fragte nach und erläuterte, daß er seinen Paß für die Aufenthaltsgenehmigung benötigt. „Wozu brauchen Sie einen Reisepaß, für Asyl"; „Gehen Sie doch zur AIF, die soll ihnen helfen!" Anschließend wurde Kamil aus dem Konsulat hinausgeworfen.

Sofort wandte er sich an die AIF, deren Vorsitzender Prof. Roth einen Brief an das Generalkonsulat schrieb. Als dieser nicht reagierte, wurde versucht, den Generalsekretär anzurufen, doch der ließ sich von seiner Sekretärin verleugnen.

Nach zwei zermürbenden Wochen wurde Kamil brieflich aufgefordert sich in Karlsruhe beim Generalkonsulat zu melden. Der Konsul erklärte ihm, daß er seinen Paß nicht mehr zurückerhalten werde. Anschließend erhielt Kamil die Paßgebühren zurück. Kamil forderte eine mündliche oder schriftliche Erklärung dieses Verhaltens. — Der Staat (die Türkei) möchte es eben, so wurde ihm erklärt. — Dann ergriff der anwesende Generalkonsul Sevinc Dalyanoglu das Wort. Es sei ihm bekannt, daß Kamil bei der AIF mitarbeitet und dort Vorstandsmitglied ist. Die Ausstellung der AIF „Merhaba" (Guten Tag) in Freiburg sei türkeifeindlich gewesen. (An Merhaba hatten sich mehrere Gruppen und Institutionen wie z. Bsp. Kulturamt Freiburg, Arbeiterwohlfahrt, Stadttheater, Nationalgalerie Nürnberg usw. beteiligt. Merhaba wurde von über 90 Schulklassen und 6.000 Einzelpersonen besucht und erhielt durchweg ein positives Echo als konstruktiver Beitrag zur Völkerverständigung.)

Paralell zu Merhaba veranstaltete die Gesellschaft für bedrohte Völker je eine wissenschaftliche Veranstaltung zur „Armenierfrage 1915—18", „Kurden heute", „Minderheiten in der Türkei" an der Universität Freiburg. Nach den Worten Sevinc Dalyanoglu's hätte Kamil die Veranstaltung als Mitarbeiter der Ausländerinitiative Freiburg und als „guter Türke" verhindern müssen. Das diese lächerliche Argumentation nur vorgeschoben sein kann, ist offensichtlich. Wie sollte selbst ein „guter Türke" einen wissenschaftlichen Vortrag einer eigenständigen Organisation an der Universität verhindern?

Kamil wurde nach diesem Theater eine Reisebescheinigung ausgehändigt, mit der er sich binnen 2 Wochen an der türkischen Grenze zu melden habe. Auf diesem Dokument steht in deutscher Sprache „Verlust des Reisepasses" und darunter in türkischer Sprache „Paß einbehalten"!

Bis heute liegt allerdings keine schriftliche Begründung dieser verwaltungsrechtlichen Entscheidung vor. Betrachtet man die „Argumentation" des Generalkonsuls, so läßt sich vermuten, daß sich das türkische Konsulat auf Art. 22 Abs. 3 des türkischen Paßgesetzes beruft. „Die Reisepässe von Staatsangehörigen im Ausland, deren Verbleib im Ausland im Hinblick auf die allgemeine Sicherheit von Schaden ist, können nach Ablauf ihrer Gültigkeit nicht mehr verlängert werden. Für die Rückkehr in die Türkei erhalten diese Personen eine Reisebescheinigung."

In der Praxis sieht das so aus: Hätte Kamil sich innerhalb der gesetzten Frist (6.12.—21.12.85) an der türkischen Grenze gemeldet, wäre er sofort in Untersuchungshaft genommen worden. Diese besteht ohne Anklage bis zu drei Monaten. In der Regel wird in dieser Zeit durch psychischen Druck oder Folter versucht „Geständnisse" von den Gefangenen zu erpressen. Darauf folgt ein Strafverfahren, unter Berufung auf Verstöße gegen die sehr weit gefaßten Bestimmung des politischen Strafrechts.

Das türkische Generalkonsulat hofft offensichtlich, mit Hilfe des hier geltenden Ausländerrechts, Zugriff auf Kamil zu erhalten. Da er keinen gültigen Paß oder Paßersatz besitzt, ist die Aufenhaltsgenehmigung bzw. -berechtigung beendet (§ 9 AuslG). Die letzte Konsequenz wäre die, von der Türkei beabsichtigte, Ausweisung durch die deutschen Behörden. Deshalb hat Kamil bei der Ausländerbehörde in Emmendingen einen Antrag auf Ausstellung eines Fremdpasses gestellt: Die Entscheidung über die Erteilung „liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Ausländerbehörde". „Dabei sind deutsche Interessen und zwingend humanitäre Gründe besonders zu berücksichtigen."

Mit einem Brief an das türkische Generalkonsulat in Karlsruhe haben mehrere Landtagsabgeordnete (MdL Brinkmann, SPD, MdL Weichert, Grüne), der Bürger-

Dokumentation

Erklärung zur Ermordung unseres Freundes Kürsat Timuroglu

Wir trauern um unseren Freund und Kampfgefährten Kürsat Timuroglu. Er wurde am 25. Februar Opfer eines hinterhältigen Attentates, an dessen Folgen er zwei Tage später verstarb.

Wir kannten Kürsat als engagierten Antifaschisten und Sozialisten, der in der Türkei ebenso wie hier, mit uns gegen Folter und Unterdrückung, gegen den alltäglichen Rassismus und ausländerfeindliche Politik gekämpft hat. Wir kannten Kürsat als aktiven Vertreter von Interessen ausländischer und deutscher Familien, von ausländischen und deutschen Jugendlichen, in seiner Tätigkeit in Häusern der Jugend, Kulturzentren und Vereinen in Hamburg.

Kürsat kam 1976 aus der Türkei in die Bundesrepublik. Mit seiner Frau Nilgün und seinen beiden Kindern lebte er in St. Georg. Vor kurzem hatte er die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt. Zuvor hatte ihn das türkische Folterregime wegen „staatsfeindlicher Aktivitäten im Ausland" ausgebürgert. Die türkischen Machthaber hatten allen Grund, in Kürsat einen Gegner zu sehen. Am 13. September 1980 — unmittelbar nach dem faschistischen Militärputsch in der Türkei — beteiligte er sich aus Protest dagegen an einer Besetzung des türkischen Konsulats in Hamburg. Im Winter 1980/81 war er Mitorganisator eines bundesweit vielbeachteten Hungerstreiks gegen Folter und politischen Mord in der Türkei. Dem folgten unzählige Aktionen gegen die türkischen Militärs, an denen sich Kürsat stets an vorderster Stelle beteiligte.

Neben seiner Solidaritätsarbeit für die Türkei kämpfte Kürsat Timuroglu für die volle Gleichberechtigung der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik. Bei dem von der bundesweiten Koordination „Frankfurter Appell" organisierten „Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik" von Hamburg nach Köln war er als Pressesprecher tätig. Er hat sich im Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnis in Hamburg engagiert und sich an vielen Aktivitäten, Sitzungen, Kampagnen usw. führend beteiligt, die für die politische und soziale Gleichberechtigung der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer durchgeführt wurden. Zuletzt gehörte er zu den Teilnehmern an den Protestaktionen aus Anlaß des rassistischen Mordes an Ramazan Avci. Bei einer Benefizveranstaltung für den Sohn des ermorderten Ramazan Avci am 14. Februar 1986 in der „Fabrik" war er als Vertreter der Immigranten aus der Türkein Teilnehmer einer Podiumsdiskussion mit Vertretern politischer Parteien und Gewerkschaften.

Am Mittag des 25. Februar wurde Kürsat von einem als „südländisch aussehend" beschriebenen Attentäter beschossen, als er von seiner Wohnung auf die Straße trat. Von einer Kugel im Rücken getroffen, floh er zu einem benachbarten Laden. Der Täter verfolgte ihn und gab aus unmittelbarer Nähe weitere Schüsse ab, von denen zwei Kürsats Kopf durchschlugen.

Kürsat wurde Opfer eines von langer Hand geplanten und kaltblütig ausgeführten Mordanschlages. Der Killer hatte sich bereits seit über einer Woche in der Gegend aufgehalten und auf eine entsprechende Gelegenheit gewartet. Nach der Tat konnte er entkommen. Er wurde bisher nicht gefaßt.

Als entschiedener Demokrat, Antirassist und Sozialist hat sich Kürsat zweifellos Feinde gemacht. Das türkische Militärregime und sein Geheimdienst, faschistische „Graue Wölfe" ebenso wie bundesdeutsche Neonazis und Rassisten wären hier zu nennen. Hier könnte der Täter zu suchen sein, doch gibt es hierfür keinerlei Hinweise und Indizien. Zwar wurde Kürsat erst vor kurzer Zeit von der türkischen Militärjunta ausgebürgert, aber es ist bisher kein Fall bekannt geworden, in dem die Junta ihre Gegner in der BRD mit Mordkommandos verfolgt hätte. Auch für eine private Racheaktion fehlen jegliche Anzeichen.

Der einzig konkrete und greifbare Verdacht richtet sich gegenwärtig gegen die kurdische Organisation PKK (Kurdische Arbeiterpartei). Erhärtet wird dieser Verdacht durch die polizeiliche Ermittlung eines dringend Tatverdächtigen, der aus Kreisen dieser Organisation stammen soll. Die Führung der PKK hat in den vergangenen Jahren zunehmend ihre Feinde in anderen linken kurdischen und türkischen Organisationen ausgemacht. Kürsat gehörte zur Hamburger Gruppe von Devrimci Isci, die von der PKK-Führung als einer der Drahtzieher und Hauptverantwortliche einer Anti-PKK-Kampagne bezeichnet wird.

Der Hintergrund dieser Feindschaft der PKK zu anderen fortschrittlichen Organisationen ist darin zu sehen, daß von seiten der PKK-Führung politische und ideologische Differenzen innerhalb der Partei in der Vergangenheit gewaltsam unterdrückt wurden. Opponenten in den eigenen Reihen werden durch die Bank weg als „Verräter", „Agenten", „Liquidatoren" und „Feinde des kurdischen Volkes" bezeichnet, wobei die PKK für sich das Recht in Anspruch nimmt, „im Namen des Volkes" zu richten und zu liquidieren. Diese Praxis, die politisch ideologische Auseinandersetzung durch Liquidation zu ersetzen, hat in den vergangenen zwei Jahren nachweislich 3 ehemaligen ZK-Mitgliedern der PKK das Leben gekostet. Sie wurden im Auftrag der PKK in Uppsala, Rüsselsheim und Stockholm ermordet, wofür die PKK jeweils in der Form die Verantwortung übernahm, daß sie die Morde als patriotische Taten und „gerechte Bestrafung" von „Verrätern" feierte.

Nach dem im Oktober des vergangenen Jahres das ehemalige Politbüromitglied Cetin Güngor (Semir) in Stockholm ermordet wurde, verurteilten erstmalig fast alle bedeutenden linken türkischen und kurdischen Organisationen diese Terrorpraxis. Dies geschah z. T. in gemeinsamen Erklärungen. So verteilten z. B. am 23. 12. 85 in Paris zehn türkische und kurdische Organisationen zusammen ein gemeinsam verfaßtes Flugblatt, in dem der Mord an Semir und die „Lösung" politischer Meinungsverschiedenheiten in der Linken durch Gewalt oder gar hinterhältigen politischen Mord verurteilt wurde. Die Verteiler dieses Flugblattes wurden von PKK-Anhängern mit Messern und speziell hergerichteten Schlagstöcken angegriffen. Bei der nachfolgenden Auseinandersetzung wurde der PKK-Anhänger Mustafa Aktas tödlich verletzt.

Die beteiligten Organisationen haben diese Ereignisse keineswegs gebilligt, sondern eindeutig verurteilt. Die PKK-Führung hingegen hat den Tod eines ihrer Anhänger zum Anlaß genommen, ihre Terrorpraxis zu eskalieren. Kurz darauf wurde ein Mitglied von Devrimci Yol in Paris und ein Anhänger von Kurtulus in Lausanne ermordet. Immer unverhohlener droht die PKK mit Mord. In ihrer Parteizeitung, Serxwebun, heißt es z. B.: „Wir sagen es immer wieder all denen innerhalb und außerhalb der PKK: denen, die die Einheit zerstören..., und dem Verrat werden wir keine Lebensmöglichkeit lassen." An die Adresse führender Mitglieder verschiedener linker türkischer und kurdischer Organisationen gerichtet droht die PKK damit, sie werde „all diejenigen gnadenlos liquidieren, die mit den Kolonialisten, Imperialisten und deren Kollaborateuren objektiv und subjektiv zusammenarbeiten und dies darüber hinaus auch der Partei vorschreiben wollen." (Serxvebun, Januar 1986).

Namentlich genannt wurden in diesem Zusammenhang von der PKK immer wieder auch Gruppe Devrimci Isci in Hamburg und einzelne ihrer Mitglieder. Kürsat war ein bekannter und bedeutender Genosse dieser Organisation und mußte als eine der gefährdetsten Personen gelten.

Dies alles begründet den Verdacht, daß die PKK-Führung den Auftrag für den Mord an unserem Freund und Genossen Kürsat erteilt hat. Wir fordern die Mitglieder und Anhänger der PKK auf, sich eindeutig zu den Vorwürfen und Verdächtigungen zu verhalten und endlich Schluß zu machen mit einer Politik der Liquidierung fortschrittlicher Menschen. Dabei reicht es nicht aus, wenn kurdische Vereine und Komitees, die mit der PKK sympathisieren und eng zusammenarbeiten, erklären, sie hätten damit nichts zu tun. Alle Mitglieder, Sympathisanten und Anhänger der PKK müssen sich darüber im Klaren sein, daß ihre Haltung den Boden bildet für weitere Mordanschläge.

An alle Demokraten und fortschrittliche Menschen in der BRD und an alle in- und ausländischen Organisationen und Verbände richten wir den dringenden Appel:
Verhindert mit uns weitere Morde! Macht es der PKK und ihren Sympathisantenorganisationen unmöglich, sich innerhalb fortschrittlicher Kreise zu bewegen, solange sie an dem eingeschlagenen Kurs festhält. Nur eine vollständige Isolierung innerhalb der Kräfte, die für eine menschenwürdige Gesellschaft eintreten, kann überhaupt eine Chance bieten, die PKK-Führung zur Aufgabe ihrer mörderischen Politik zu zwingen.

Sozialistisches Büro, Kommunistischer Bund/KB, GIM, Mitglieder des Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnis/DAAB, BI Ausbildungswerkstätten Wilhelmsburg, Jugendtreff Regenbogen, WIR-Internationales Zentrum, Informationsbüro zum Schutz vor Auslieferung und Abschiebung, Kulturzentrum Karolinenstraße, Initiative gegen den alltäglichen Rassismus, Ausländerinitiative St. Georg, Inci e. V., Goldbekhaus, Deutsch-Ausländische-Arbeitsgemeinschaft/DAAG, Deutsch-Ausländischer Kulturladen, Deutsch-türkisch-kurdischer Solidaritätsverein, Jugendliche aus der Türkei in Hamburg, Genç Arkadaş, Kurdistan Isci Dernegi HH, ATIF, Kurtulus, Devrimci Isci, KPD/ML, Kurdistan demokratik Isci Dernegi Komkar, GAL, DAB-St. Pauli, PPKK = Kurdistan önci isçi partisi, BUKO-KA

Spendenkonto für die Familie:
PSchkto. Hmb. 579969-205
Dt.-Ausländ. Kulturladen, c/o C. Orhan

meister von Waldkirch und der dortige SPD-Orstverein gegen das politisch motivierte Verhalten des Konsuls protestiert.

Inzwischen hat die Ausländerbehörde Emmendingen dem Antrag stattgegeben und ihn an das Regierungspräsidium weitergeleitet, daß bisher noch nicht zugestimmt hat. Wie restriktiv die Rechtssprechung ist, die solchen Entscheidungen zugrundegelegt wird, dokumentieren wir mit dem untenstehenden Auszug aus einem Amtsblatt des Innenministeriums.[1]

„zu § 4

4.1 Fremdenpaß — Allgemeines

Ein Fremdenpaß kann grundsätzlich nur ausgestellt werden, wenn ein so starkes deutsches Interesse an dem weiteren Aufenthalt des Ausländers im Bundesgebiet besteht, daß der Eingriff in die Paßhoheit des Heimatstaates gerechtfertigt ist. Bei mit deutschen Staatsangehörigen verheirateten Ausländern ist zu berücksichtigen, daß diesen grundsätzlich der Aufenthalt im Bundesgebiet gestattet werden soll und daß damit eine wichtige Voraussetzung für die Erteilung eines Fremdenpasses erfüllt ist (vgl. Nr. 3 zu § 4 AuslVwV).

4.2 Die Erteilung eines Fremdenpasses bedarf der Zustimmung des Regierungspräsidiums, ausgenommen in den Fällen der Nummer 18 zu § 13 AuslVwV und bei Kindern von Kontigentflüchtlingen und von Asylberechtigten.

Aus Anlage A:

XI. Rechtssprechnung zum Fremdenpaß

Das BVerwG hat seine Rechtssprechung bestätigt, daß § 4 Abs. 1 die Erteilung eines Fremdenpasses in das pflichtgemäße Ermessen der Ausländerbehörde stellt und das behördliche Ermessen grundsätzlich weit ist. Die Erteilung eines Fremdenpasses als Voraussetzung für den Aufenthalt im Bundesgebiet kommt nur ausnahmsweise in Betracht. Die Behörden dürfen bei ihrer Ermessensausübung berücksichtigen, ob die Ausstellung des Fremdenpasses im deutschen Interesse liegt.

Da die Ausstellung eines Fremdenpasses insbesondere dann Belastungen für den Staat mit sich bringen kann, wenn mit ihr ein Eingriff in die Personalhoheit eines anderen Staates verbunden ist, muß auf den Nachdruck, mit dem der andere Staat seine Personalhoheit geltend macht, sowie auf die zu diesem Staat bestehenden Beziehungen Bedacht genommen werden. Danach kann die Entscheidung über die Ausstellung eines Fremdenpasses eine Abwägung der Interessen des Ausländers mit den staatlichen Interessen erforderlich machen. Darüber hinaus können sich für das der Behörde nach § 4 Abs. 1 eröffnete Ermessen Grenzen aus dem Grundgesetz ergeben. Insbesondere muß die Behörde die Grundrechte und die in ihnen zum ausdruck kommenden Wertordnung beachten. Aus dem Grundrechtsschutz, der Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland zusteht, folgt aber nicht, daß ihnen ohne weiteres der Aufenthalt im Bundesgebiet ermöglicht werden müßte, solange sie in ihrem Heimatstaat nicht in gleichem Maße Freiheitsrechte genießen wie in der Bundesrepublik Deutschland. Dies gilt auch für die den Ausländern gem. § 6 Abs. 1. zustehenden Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit einschließlich der Gewährleistung der Religionsausübung (Art. 4, Abs. 1. und 2 GG)."

Im Falle eines ablehnenden Bescheids über den Antrag auf Fremdenpaß kann Widerspruch eingelegt werden. Bis dahin hat Kamil eine Bescheinigung über die Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis, und damit nach § 21 AuslG. einen legalen Status.

Der Fremdenpaß wird auf höchstens 2 Jahre ausgestellt und kann jeweils um 2 Jahre bis zu einer Gesamtgültigkeitsdauer von 10 Jahren ausgestellt werden. Er kann aus zwingenden Gründen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung auf das Inland begrenzt werden.

Wie bringt man Menschen zum Schweigen?

Kamil Karhanlis Fall ist kein Einzelfall. Die FIDEF (Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der BRD e. V.) spricht von mehreren dutzend Fällen, die ihr bundesweit bekannt sind. Eine Münchner Anwältin kommt bei einer Erhebung im Rahmen ihrer Tätigkeit für einen Klienten auf einundzwanzig Fälle, „in denen ein Paßentzug (durch türkische Konsulate) nachweislich oder nach Lage des Falles höchstwahrscheinlich auf oppositionelle Aktivitäten in der Bundesrepublik zurückgeht".[2]

Mit Befürchtungen über eine erhebliche Ausweitung dieser Praxis ist die Einführung fälschungssicherer Personalausweise in der Türkei 1987 verbunden. Es ist anzunehmen, daß der Umtausch der bisher gültigen Pässe in neue auch dazu benutzt werden soll, türkische Kollegen, die sich gewerkschaftlich, friendenspolitisch oder in Ausländerninitiativen engagieren die Pässe zu entziehen. In mehreren Fällen sind auch Versuche belegt, die Betroffenen zu erpressen: Gegen die Übernahme von Spitzeldiensten in Gewerkschaften, Friedens- und Ausländerinitiativen u. a. wurde ihnen die Rückgabe ihrer Pässe zugesagt. Ein Beispiel: dem Schlosser A. Uctat wurde in Berlin vom türkischen Generalkonsulat die Verlängerung und Rückgabe des Passes verweigert, nachdem er es verneint hatte, Angaben über die Namen von türkischen Gewerkschaftsmitgliedern, Besuchern eines Ausländerzentrums und Mitgliedern einer örtlichen Charlottenburger Friedensinitiative zu machen.[3] Besonders in diesem Zusammenhang wird deutlich, daß es bei diesen Maßnahmen der türkischen Generalkonsulate vor allem um die Unterbindung jeglicher Kritik an der Politik des türkischen Regimes und der angeblichen Demokratisierung in der Türkei durch hier lebende und arbeitende Türken geht.

Auf Initiative türkischer Demokraten hat sich am 14. 1. 1986 in Freiburg ein Solidaritätskomitee gegründet. Darin arbeiten 19 verschiedene Gruppen und Organisationen, um eine drohende Abschiebung zu verhindern. Nach dem die Arbeit anfangs unter dem Eindruck der bevorstehenden Entscheidung der Ausländerbehörde über den Antrag auf Fremdenpaß stand und sie sich vorrangig auf eine schnelle Unterstützung dieser Forderung durch eine breite Öffentlichkeit konzentrierte, soll jetzt versucht werden über eine inhaltliche Untersuchung des Ausländergesetzes konkrete Forderungen gegenüber der Bundes- und Landesregierung zu entwickeln.

Dieses Gesetz stellt die Grundlage für die türkischen Behörden dar, auch ohne Auslieferungsantrag eine „politische Säuberung" in ihrem Sinne durchzuführen. Da zu erwarten ist, daß sich die Zahl der von einem Paßentzug Betroffenen weiter vergrößern wird, wird eine bessere Koordination zu anderen Komitees in der BRD angestrebt. Ein erster Schritt dazu ist die Erstellung einer Dokumentation über Kamils Fall, die bundesweit zur Verfügung gestellt werden soll.

Martin Gruber
Stefan Waldberg
Armin Bannwarth

Kontaktadresse: Südwind, Internationales Kulturzentrum, Schwarzwaldstr. 42-44, 7800 Freiburg

Anmerkungen:

1. Gemeinsames Amtsblatt des Innenministeriums, des Finanzministeriums, des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten, des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung sowie der Regierungspräsidien des Landes Baden-Württemberg. Herausgegeben vom Innenministerium, 32. Jahrgang, Stuttgart, 6. September 1984, Nr. 28
2. Aktenauszug liegt der Redaktion vor
3. siehe Süddeutsche Zeitung vom 12.7.85

Kurz Belichtet

Schwere Folter im Olympia-Land Korea

— gb — Aus Südkorea kommen seit einigen Wochen immer schockierendere Berichte über Fälle von Folter. Die Lage ist so schlimm geworden, daß die oppositionellen Kräfte in Südkorea selbst Komitees zum Kampf gegen die Folter gegründet haben. Ein spezielles Komitee des Nationalen Christenrates führt zur Zeit eine Unterschriftenkampagne gegen die Folter durch. Die prominentesten Vertreter des christlichen Widerstandes gegen die Diktatur (z.B. die Theologen Moon Ik-Whan und Park Hyong-Gyu) wie auch der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition (darunter die Parteiführer Kim Dae-Jung und Kim Young-Sam) haben ein „Gemeinsames Komitee gegen Folter und erfundene Verschwörungsfälle" gegründet. Diese vertrauenswürdigen Gremien haben in öffentlichen Stellungnahmen auf folgende nachgewiesene Fälle von Folter hingewiesen:

— Kim Kun-Tae, ein früherer Vorsitzender des Nationalen Jugendverbandes für Demokratie, wurde am 4.9.85 von Polizeikräften verschleppt und blieb 3 Wochen ohne Kontakt zur Außenwelt; als seine Frau ihn am 26.9. zufällig im Gebäude der Staatsanwaltschaft sah, konnte er nur mühsam, von zwei Gefängniswärtern gestützt, laufen; er berichtete ihr von 5—7stündigen Folterungen an 7 verschiedenen Tagen, von Elektroschocks, Schlaf- und Nahrungsentzug, erzwungenem Trinken von Salz- und Pfeffer-Wasser; sie sah seine zerquetschten Füße; das Gericht verweigerte eine medizinische Erfassung seines Zustandes.

— Lee Ul-Ho, ein anderer Studentenführer, wurde 23 Tage lang so grausam gefoltert, daß die Polizei selbst ihn schließlich in eine Psychiatrie einliefern mußte.

— Fünf weitere Vertreter des 1983 gegründeten Jugendverbandes für Demokratie wurden im September und Oktober 1985 verhaftet, bei den meisten von ihnen haben die Angehörigen Spuren von schweren Folterungen gesehen.

— In der Hafenstadt Inchon wurden im Oktober 40 Arbeiter von Sicherheitskräften entführt und bei Verhören mißhandelt, weil sie nach ihrer Entlassung aus einem Betrieb sich zu einer Solidaritätsgruppe zusammengeschlossen hatten.

— Selbst prominente Journalisten, wie der Chefredakteur der angesehenen Oppositionszeitung Dong-A-Ilbo und sein Stellvertreter sowie ein Reporter wurden wegen eines einzigen Artikels, der von der amtlichen Informationspolitik abwich, verhaftet und geschlagen.

In mehreren Fällen während der letzten Jahre sind Gefangene durch die Folter zu Tode gekommen.

Herr An Sang-Kun hatte 1984 in der Bundesrepublik Asyl beantragt und erhalten; im Juni 1985 kam er auf ungeklärte Weise nach Seoul, wurde dort 2 Wochen später verhaftet und als Anführer eines „nordkoreanischen Agentenringes" beschuldigt. Als am 15.10.85 der Prozeß begann, war Herr An nicht unter den Angeklagten; erst am 25. November wurde seiner Mutter, die in Frankfurt lebt, mitgeteilt, ihr Sohn habe sich bereits am 18. Oktober in seiner Gefängniszelle erhängt; selbst die deutsche Botschaft in Seoul war wochenlang falsch informiert worden. Es gibt kaum eine andere Erklärung, als daß Herr An ein Todesopfer der Folter geworden ist. Was wird die Bundesregierung, unter deren Schutz sich Herr An gestellt hatte, dazu sagen?

☆ ☆ ☆ ☆

Tierische Hilfe

— ph — Als Zynismus sehen es die zwölf christlichen Organisationen der „Kampagne gegen Rüstungsexport" an, sollte die Bundesrepublik Deutschland 300 Kampfpanzer des Typs Leopard I an Thailand ausliefern.

In einem an Bundeskanzler Kohl adressierten Offenen Brief heißt es u.a.: „Anstatt zum Beispiel in den (kambodschanischen) Flüchtlingslagern humanitäre Hilfe zu leisten, trägt die Bundesregierung dazu bei, daß dem thailändischen Staatshaushalt nochmals ca. 1 Mrd. DM für völlig unproduktive Zwecke entzogen wird." Mit dem anvisierten Geschäft sei ein weiterer wesentlicher Schritt hin zur Aufgabe jeglicher Zurückhaltung in der Rüstungspolitik getan worden.

Nach Angaben der „Kampagne gegen Rüstungsexport" soll der Bundessicherheitsrat dem Export des Leoprad I bereits zugestimmt haben.

☆ ☆ ☆ ☆

Borgmann vs. MBB

— ph — Die Mühlen der Justiz mahlen langsam. Das ist bekannt. Wird gegen einen großen Konzern Strafanzeige erstattet, der zudem noch satte Gewinne mit Rüstungsgütern zu machen pflegt, so kommen die Ermittlungen nahezu zum Stillstand. Diese Erfahrung jedenfalls mußte die grüne Bundestagsabgeordnete Annemarie Borgmann machen.

Am 14. Juni 1985 stellte sich Strafanzeige gegen die Münchner Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) wegen „völkerrechtswidriger Lieferung von strategisch bedeutsamen Materialien an die Regierung von Südafrika". Sie wirft darin MBB vor, Militärhubschrauber an die südafrikanische Polizei geliefert zu haben bzw. dieses zu beabsichtigen. Damit habe die Firma, so ihre Begründung, eindeutig gegen das verbindliche Rüstungsembargo des Weltsicherheitsrates der UN verstoßen.

Am 22. August 1985 folgte ein zweiter Brief gen München, mit der Bitte, ihr wenigstens den Eingang der Strafanzeige zu bestätigen. Gleichzeitig erneuerte Annemarie Borgmann ihre Anzeige gegen MBB.

Es folgte monatelanges Warten und die Sorge wuchs, ob die weiß-blaue Staatsanwaltschaft am Ende gar aufgelöst worden war. Am 15. Januar 1986 ein erneuter Vorstoß der grünen Abgeordenten: „Bis heute verfüge ich immer noch über keine irgendwie geartete schriftliche Bestätigung meiner Anzeige, obwohl die Schriftform im Verkehr mit Behörden doch nicht eben außergewöhnlich ist. Daher bitte ich Sie, mir schriftlich den Eingang meiner Anzeige zu bestätigen und mir, falls möglich, zumindest grundlegende Informationen zum Stand der Ermittlungen zukommen zu lassen."

Dann, endlich, am 27. Januar 1986, nach 7 1/2 Monaten vergeblichen Wartens, gibt die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I ein Zeichen. Sie bestätigt Frau Borgmann den Eingang ihrer Strafanzeige (AZ 111 u Js 206471/85) gegen Unbekannt und bittet sie, falls sie über zusätzliche verfahrensdienliche Informationen verfüge, sie der Staatsanwaltschaft mitzuteilen.

Laut Presseberichten, so Frau Borgmann, sollen die fraglichen Hubschrauber offenbar bereits bei der südafrikanischen Polizei im Einsatz sein. Am 17. März wird sie nach München fahren, um vor der Staatsanwaltschaft auszusagen. An den offensichtlich geschaffenen Tatsachen wird das wohl nur noch wenig ändern.

☆ ☆ ☆ ☆

Im Dienste des Umweltschutzes

— ph — Schwere Vorwürfe gegen den Chemie-Multi BAYER haben Bewohner der brasilianischen Stadt Belford Roxo erhoben. Sie beschuldigen den Konzern der Vergiftung von Wasser und Luft sowie der Produktion von Agrargiften, die in den reichen Ländern entweder verboten oder in ihrer Anwendung beschränkt sind. Außerdem, so die Mitglieder einer Initiative, produziere „BAYER auch MDI, ein verwandtes Produkt von MIC, das in Indien im Dezember 1984 mehr als 4000 Menschen tötete und 378 000 verwundete."

Das unabhängige Institut IBASE hat bereits zwei kleinere Lecks in den BAYER-Anlagen festgestellt. Ein größeres Leck oder gar eine Explosion würde nach Angaben des Instituts unweigerlich zu einer Katastrophe wie in Bhopal führen, eine Evakuierung der Bevölkerung sei unmöglich.

Doch auch ohne diesen möglichen Katastrophenfall gefährdet der Konzern Umwelt und Natur in höchstem Maße. Der Fluß, der durch Belford Roxo fließt ist bio-

logisch tot. Viele Anwohner klagen über Kopfschmerzen, Erbrechen, Husten und Gestank.

Die internationale Koordinationsstelle „Aktiv gegen Bayer-Umweltgefährdung e. V." hat jetzt eine umfangreiche Materialliste zusammengestellt. Interessenten sollten sich an das zentrale Archiv der Koordinatinsstelle, Hofstr. 27a, 5650 Solingen (Tel.: 02 12/33 37 10 — Dieter Gremler —) wenden.

☆ ☆ ☆ ☆

„Stellungnahme nicht geboten"

— owa — Die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und Südafrika war Gegenstand eines Antrages, den die Landtagsfraktion der baden-württembergischen Grünen am 4.12.1985 einbrachte. Darin wurde die Landesregierung aufgefordert:

— über die Zusammenarbeit von baden-württembergischen Unternehmen (Daimler-Benz, Magirus-Deutz, MTU-Friedrichshafen, Heckler & Koch etc.) mit der südafrikanischen Regierung zu berichten, da anscheinend Güter zur Teilmilitarisierung (Bsp. schußsichere Reifen) geliefert werden, sowie Kooperations- und Lizenzverträge mit südafrikanischen Unternehmen bestehen (Bsp. Produktion von Daimler Dieselmotoren bei Atlantis/SA),

— über die nukleare Zusammenarbeit Auskunft zu erteilen (Bsp. vom Kernforschungszentrum Karlsruhe entwikkelte Konstruktionspläne gingen Anfang der 70iger Jahre per Lizenz nach Südafrika, welches den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat),

— über die Zusammenarbeit zwischen baden-württembergischen Banken und staatlichen bzw. halbstaatlichen südafrikanischen Unternehmen zu berichten,

sowie eine Reihe kleinerer Anfragen bezüglich der kulturellen Beziehungen, des Verkaufs von Krügerrandmünzen usw. zu beantworten. Weiter forderten sie, daß die Landesregierung die offiziell bekannten Beziehungen zu Südafrika unterbindet und auch entsprechend im Bundesrat initiativ wird.

Am 24.2.86 kam dann die *Antwort*. In der Vorbemerkung verweist das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie auf die diversen Anfragen der Bundestagsfraktion, die den gleichen Sachverhalt hätten und sie somit nicht erneut auf die Fragen eingehen wollen. Außerdem müsse die Landesregierung „zumindest mittelbar" verantwortlich sein, um eine Antwort zu geben, was aber bei den meisten Anfragen überhaupt nicht zutreffe. Auf die Frage, in welchem Umfang seit 1975 baden-württembergische Banken Südafrika Kredite gewährt haben, hält die Landesregierung sich nicht für verantwortlich. Tatsache ist jedoch, daß die Baden-Württembergische Bank (Anteil des Landes 54%), die Landesgirokasse (Anteil des Landes 50%), die Württembergische Kommunale Landesbank und die Badische Kommunale Landesbank im Rahmen von größeren Bankkonsortien an Großkrediten beteiligt waren. Eine Beteiligung der Landesregierung bei der Vermittlung der Kredite wurde verneint. Dies erscheint jedoch angesichts ihrer Anteile bei der Baden-Württembergischen Bank und bei der Landesgirokasse höchst unglaubwürdig. Auch sieht die Landesregierung Südafrika beim Export an 10. Rangstelle (2,2,% am Gesamtexport) und beim Import an 42. Rangstelle (0,2% am Gesamtimport). Die Stuttgarter Nachrichten wußten hier anscheinend besser Bescheid. Sie stützte sich auf (unwiedersprochenes) Zahlenmaterial der IHK Stuttgart, das Südafrika als fünftwichtigsten Handelspartner ausweist. Weitere Fragen bzw. Forderungen wurden mit der Formel: „Stellungnahme nicht geboten" abgetan. In einem Brief an den Landtagspräsidenten fordern nun die Grünen eine neue, „ordnungsgemäße" Stellungnahme.

☆ ☆ ☆ ☆

»Qualifizierte Sperre« für die GTZ

– ph/kg – Am 5. März 1986 fand in der Eschborner Zentrale der GESELLSCHAFT FÜR TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT (GTZ) eine Betriebsversammlung statt. Hauptgegenstand der Diskussion: die drohende Wirtschaftlichkeitsprüfung.

Seit Oktober 1985 war vorauszusehen, daß die GTZ unter Druck geraten würde: Im Haushaltsentwurf des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) für 1986 war angekündigt »Ausbringung einer qualifizierten Sperre bei den Ausgaben von 200 Mio. DM bis zur Vorlage eines Auftrages zur Überprüfung der Geschäftstätigkeit und -organisation der GTZ unter Berücksichtigung ihrer Vergabepraxis...« 200 Mio. DM machen ca. 20% des GTZ-Haushaltes aus.

Mit der Wirtschaftlichkeitsprüfung beauftragt wurde ein Consulting-Unternehmen, das seit seiner ARBED-Saarstahl-Untersuchung für radikale Personaleinsparungsvorschläge berüchtigt ist: die Roland Berger und Partner GmbH.

Die bundeseigene Eschborner GTZ wickelt für das BMZ Projekte und Programme der technischen Zusammenarbeit in den sogenannten Entwicklungsländern ab. Grundlage hierfür bildet ein 1974 abgeschlossener Generalvertrag zwischen Ministerium und GTZ.

Die in Kürze beginnende Wirtschaftlichkeitsprüfung wirft Fragen auf, die sich u.a. viele Mitarbeiter stellen:

Sollen auf der Grundlage der geplanten Untersuchung die fortschrittlichen Leute aus der GTZ hinausrationalisiert werden? Soll die GTZ stärker als bisher mit billigeren Consulting-Unternehmen zusammenarbeiten? Ist die neue Politik des BMZ gegenüber der GTZ eine Reaktion auf das Buch von Brigitte Erler (»Tödliche Hilfe«) oder soll die GTZ, deren Projektpolitik in jüngster Zeit auch ökologische Gesichtspunkte berücksichtigte, gewendet werden, wie schon 1984 der Deutsche Entwicklungsdienst (DED)?

Die Redaktion wird sich mit diesen Fragen beschäftigen. Für erhellende Hintergrundinformationen sind wir dankbar.

☆ ☆ ☆ ☆

Kommentar

Was will die Welthungerhilfe?

Die Werbeabteilung der Deutschen Welthungerhilfe (DWHH) geht bei ihren Bemühunge, möglichst viele Spenden zu sammeln, recht seltsame Wege — und widerspricht mit ihren Werbeaussagen auch noch den Äußerungen ihres Generalsekretärs Bernd Dreesmann. Die gespaltene Öffentlichkeitsarbeit der DWHH soll an einem kleinen Beispiel kommentiert werden:

Brennpunkt

HUNGER

Afrika vor der Katastrophe!

Noch zwei Dürrejahren ist ganz Afrika von einer Hungerkatastrophe bedroht. 150 Millionen Menschen sind betroffen. Jetzt ist keine Zeit mehr, über Schuld und Theorien zu diskutieren. Jetzt muß gehandelt werden.

sofort! Die Deutsche Welthungerhilfe braucht für die Arbeit in 15 afrikanischen Ländern

dringend Ihre Hilfe.

Handeln Sie jetzt!
Die Konto-Nummer für Nothilfe

111 Postgiroamt Köln, Sparkasse Bonn, Commerzbank Bonn, Volksbank Bonn

DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE Adenauerallee 134 · 5300 Bonn 1

Auszug aus einem Pressebericht über die gemeinsame Pressekonferenz der Hilfsorganisationen des „Tages für Afrika" vom 21.1.1986:

„Auch 1985 sei viel zu wenig geschehen, um die Nahrungsmittelhilfe, die bisher nur eine Verwertung der Überschüsse in der EG und in den USA sei, zu einem wirkungsvollen Instrument der Zusammenarbeit zu machen, beklagte Dreesmann.

Es bestehe die große Gefahr, daß ungezielte Nahrungsmittelverteilung in Afrika die lokalen Märkte zerstöre, auf denen einheimische Bauern ihre durch Selbsthilfe erwirtschafteten Ernten absetzen könnten. Staaten wie Simbabwe, Sambia und Malawi verfügten heute über große exportfähige Überschüsse an Mais. Sie könnten sie, soe Dreesmann, nicht verkaufen, weil Weizenüberschüsse aus Europa und den USA die Versorgungslücken in anderen afrikanischen Staaten schlössen. Auf diese Weise werde der Hunger von morgen programmiert."

Der Text der Anzeige besteht zwar nur aus knapp 10 Sätzen, deren Inhalt läßt aber sicher so manchem die Haare zu Berge stehen. Wie paßt das auch zusammen: „Afrika VOR der Katastrophe!" und die von Bernd Dreesmann erwähnten Nahrungsmittel-Überschüsse in Afrika?

Da heißt es in der Anzeige, GANZ Afrika (150 Millionen Menschen) sei von einer Hungerkatastrophe bedroht. Einmal abgesehen davon, daß ganz Afrika rund 500 Millionen Einwohner hat, gingen die meisten ernstzunehmenden Schätzungen von einem Jahr von rund 30 Millionen von der Hungersnot betroffenen Menschen aus. Die Situation hat sich nach den guten Ernten Ende letzten Jahres jedoch gebessert. Aber wenn es darum geht, den Durchschnittsbürger zum Spenden zu animieren, dann ist es eben ertragreicher, die Zahl derer, die nur durch Spenden gerettet werden können, so hoch wie möglich anzusetzen.

Hunger wird durch Dürre verursacht, eine andere Überlegung läßt die Anzeige erst gar nicht zu: „Jetzt ist keine Zeit mehr, über Schuld und Theorien zu diskutieren."

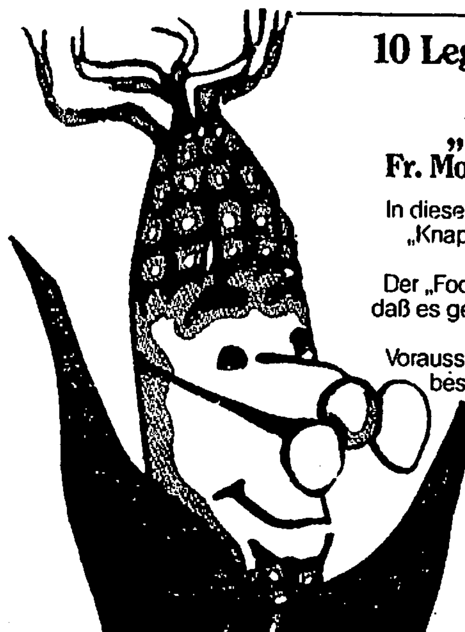
Mit solchen Erklärungsversuchen wird der Öffentlichkeits- und Bewußtseinsarbeit vieler anderer Hilfswerke und Aktionsgruppen entgegengearbeitet, die versuchen, die wahren Ursachen des Hungers zu erkennen und bekannt zu machen und dabei ganz andere Entstehungsursachen des Hungers aufdecken als einzig die Dürre. Im Interesse der Erhöhung des Spendenaufkommens beschränkt sich die DWHH jedoch darauf, das alte Vorurteil „Hunger = Dürre = Afrika" zu wiederholen und zu bestätigen.

Es ist bedauernswert, daß die Mitarbeiter in der Werbeabteilung der DWHH eine ganz andere Meinung vertreten als sie ihr Generalsekretär auf Pressekonferenzen im Kreise seiner Kollegen aus anderen Hilfswerken äußert.

Das Problem dabei ist, daß Zeitungsberichte über solche Pressekonferenzen (sofern sie überhaupt veröffentlicht werden) nur von sehr wenigen eh' schon Interessierten und Informierten gelesen werden. An einer Anzeige jedoch, noch dazu mit einem so knappen und eingängigen Tenor (was gibt es anziehenderes und werbewirksameres als das Bild eines hungernden Negerkindes?), bleiben sehr viele Leser und Leserinnen hängen, die danach um so überzeugter sein werden, daß alleine ihre Spende und massive Nahrungsmittelhilfe den armen, von der Dürre geplagten Afrikanern helfen können. (Um Mißverständnissen vorzubeugen: an der Notwendigkeit von Nahrungsmittelhilfe in Katastrophenfällen besteht kein Zweifel.)

Heiligt der Zweck, möglichst viele Spenden zu sammeln, wirklich die Mittel?

br



logisch tot. Viele Anwohner klagen über Kopfschmerzen, Erbrechen, Husten und Gestank.

Die internationale Koordinationsstelle „Aktiv gegen Bayer-Umweltgefährdung e. V." hat jetzt eine umfangreiche Materialliste zusammengestellt. Interessenten sollten sich an das zentrale Archiv der Koordinatinsstelle, Hofstr. 27a, 5650 Solingen (Tel.: 02 12/33 37 10 — Dieter Gremler —) wenden.

☆ ☆ ☆ ☆

„Stellungnahme nicht geboten"

— owa — Die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und Südafrika war Gegenstand eines Antrages, den die Landtagsfraktion der baden-württembergischen Grünen am 4.12.1985 einbrachte. Darin wurde die Landesregierung aufgefordert:

- über die Zusammenarbeit von baden-württembergischen Unternehmen (Daimler-Benz, Magirus-Deutz, MTU-Friedrichshafen, Heckler & Koch etc.) mit der südafrikanischen Regierung zu berichten, da anscheinend Güter zur Teilmilitarisierung (Bsp. schußsichere Reifen) geliefert werden, sowie Kooperations- und Lizenzverträge mit südafrikanischen Unternehmen bestehen (Bsp. Produktion von Daimler Dieselmotoren bei Atlantis/SA),
- über die nukleare Zusammenarbeit Auskunft zu erteilen (Bsp. vom Kernforschungszentrum Karlsruhe entwikkelte Konstruktionspläne gingen Anfang der 70iger Jahre per Lizenz nach Südafrika, welches den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat),
- über die Zusammenarbeit zwischen baden-württembergischen Banken und staatlichen bzw. halbstaatlichen südafrikanischen Unternehmen zu berichten,

sowie eine Reihe kleinerer Anfragen bezüglich der kulturellen Beziehungen, des Verkaufs von Krügerrandmünzen usw. zu beantworten. Weiter forderten sie, daß die Landesregierung die offiziell bekannten Beziehungen zu Südafrika unterbindet und auch entsprechend im Bundesrat initiativ wird.

Am 24.2.86 kam dann die *Antwort*. In der Vorbemerkung verweist das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie auf die diversen Anfragen der Bundestagsfraktion, die den gleichen Sachverhalt hätten und sie somit nicht erneut auf die Fragen eingehen wollen. Außerdem müsse die Landesregierung „zumindest mittelbar" verantwortlich sein, um eine Antwort zu geben, was aber bei den meisten Anfragen überhaupt nicht zutreffe. Auf die Frage, in welchem Umfang seit 1975 baden-württembergische Banken Südafrika Kredite gewährt haben, hält die Landesregierung sich nicht für verantwortlich. Tatsache ist jedoch, daß die Baden-Württembergische Bank (Anteil des Landes 54%), die Landesgirokasse (Anteil des Landes 50%), die Württembergische Kommunale Landesbank und die Badische Kommunale Landesbank im Rahmen von größeren Bankkonsortien an Großkrediten beteiligt waren. Eine Beteiligung der Landesregierung bei der Vermittlung der Kredite wurde verneint. Dies erscheint jedoch angesichts ihrer Anteile bei der Baden-Württembergischen Bank und bei der Landesgirokasse höchst unglaubwürdig. Auch sieht die Landesregierung Südafrika beim Export an 10. Rangstelle (2,2,% am Gesamtexport) und beim Import an 42. Rangstelle (0,2% am Gesamtimport). Die Stuttgarter Nachrichten wußten hier anscheinend besser Bescheid. Sie stützte sich auf (unwiedersprochenes) Zahlenmaterial der IHK Stuttgart, das Südafrika als fünftwichtigsten Handelspartner ausweist. Weitere Fragen bzw. Forderungen wurden mit der Formel: „Stellungnahme nicht geboten" abgetan. In einem Brief an den Landtagspräsidenten fordern nun die Grünen eine neue, „ordnungsgemäße" Stellungnahme.

☆ ☆ ☆ ☆

»Qualifizierte Sperre« für die GTZ

– ph/kg – Am 5. März 1986 fand in der Eschborner Zentrale der GESELLSCHAFT FÜR TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT (GTZ) eine Betriebsversammlung statt. Hauptgegenstand der Diskussion: die drohende Wirtschaftlichkeitsprüfung.

Seit Oktober 1985 war vorauszusehen, daß die GTZ unter Druck geraten würde: Im Haushaltsentwurf des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) für 1986 war angekündigt »Ausbringung einer qualifizierten Sperre bei den Ausgaben von 200 Mio. DM bis zur Vorlage eines Auftrages zur Überprüfung der Geschäftstätigkeit und -organisation der GTZ unter Berücksichtigung ihrer Vergabepraxis...« 200 Mio. DM machen ca. 20% des GTZ-Haushaltes aus.

Mit der Wirtschaftlichkeitsprüfung beauftragt wurde ein Consulting-Unternehmen, das seit seiner ARBED-Saarstahl-Untersuchung für radikale Personaleinsparungsvorschläge berüchtigt ist: die Roland Berger und Partner GmbH.

Die bundeseigene Eschborner GTZ wickelt für das BMZ Projekte und Programme der technischen Zusammenarbeit in den sogenannten Entwicklungsländern ab. Grundlage hierfür bildet ein 1974 abgeschlossener Generalvertrag zwischen Ministerium und GTZ.

Die in Kürze beginnende Wirtschaftlichkeitsprüfung wirft Fragen auf, die sich u.a. viele Mitarbeiter stellen:

Sollen auf der Grundlage der geplanten Untersuchung die fortschrittlichen Leute aus der GTZ hinausrationalisiert werden? Soll die GTZ stärker als bisher mit billigeren Consulting-Unternehmen zusammenarbeiten? Ist die neue Politik des BMZ gegenüber der GTZ eine Reaktion auf das Buch von Brigitte Erler (»Tödliche Hilfe«) oder soll die GTZ, deren Projektpolitik in jüngster Zeit auch ökologische Gesichtspunkte berücksichtigte, gewendet werden, wie schon 1984 der Deutsche Entwicklungsdienst (DED)?

Die Redaktion wird sich mit diesen Fragen beschäftigen. Für erhellende Hintergrundinformationen sind wir dankbar.

☆ ☆ ☆ ☆

Kommentar

Was will die Welthungerhilfe?

Die Werbeabteilung der Deutschen Welthungerhilfe (DWHH) geht bei ihren Bemühunge, möglichst viele Spenden zu sammeln, recht seltsame Wege — und widerspricht mit ihren Werbeaussagen auch noch den Äußerungen ihres Generalsekretärs Bernd Dreesmann. Die gespaltene Öffentlichkeitsarbeit der DWHH soll an einem kleinen Beispiel kommentiert werden:

Brennpunkt
HUNGER

Afrika vor der Katastrophe!

Nach zwei Dürrejahren ist ganz Afrika von einer Hungerkatastrophe bedroht. 150 Millionen Menschen sind betroffen. Jetzt ist keine Zeit mehr, über Schuld und Theorien zu diskutieren. Jetzt muß gehandelt werden

sofort! *Die Deutsche Welthungerhilfe braucht für die Arbeit in 15 afrikanischen Ländern*

dringend Ihre Hilfe.

Handeln Sie jetzt!
Die Konto-Nummer für Nothilfe

111 ***Postgiroamt Köln***
Sparkasse Bonn
Commerzbank Bonn
Volksbank Bonn

DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE Adenauerallee 134 - 5300 Bonn 1

Auszug aus einem Pressebericht über die gemeinsame Pressekonferenz der Hilfsorganisationen des „Tages für Afrika“ vom 21.1.1986:

„Auch 1985 sei viel zu wenig geschehen, um die Nahrungsmittelhilfe, die bisher nur eine Verwertung der Überschüsse in der EG und in den USA sei, zu einem wirkungsvollen Instrument der Zusammenarbeit zu machen, beklagte Dreesmann.

Es bestehe die große Gefahr, daß ungezielte Nahrungsmittelverteilung in Afrika die lokalen Märkte zerstöre, auf denen einheimische Bauern ihre durch Selbsthilfe erwirtschafteten Ernten absetzen könnten. Staaten wie Simbabwe, Sambia und Malawi verfügten heute über große exportfähige Überschüsse an Mais. Sie könnten sie, soe Dreesmann, nicht verkaufen, weil Weizenüberschüsse aus Europa und den USA die Versorgungslücken in anderen afrikanischen Staaten schlössen. Auf diese Weise werde der Hunger von morgen programmiert.“

Der Text der Anzeige besteht zwar nur aus knapp 10 Sätzen, deren Inhalt läßt aber sicher so manchem die Haare zu Berge stehen. Wie paßt das auch zusammen: „Afrika VOR der Katastrophe!“ und die von Bernd Dreesmann erwähnten Nahrungsmittel-Überschüsse in Afrika?

Da heißt es in der Anzeige, GANZ Afrika (150 Millionen Menschen) sei von einer Hungerkatastrophe bedroht. Einmal abgesehen davon, daß ganz Afrika rund 500 Millionen Einwohner hat, gingen die meisten ernstzunehmenden Schätzungen von einem Jahr von rund 30 Millionen von der Hungersnot betroffenen Menschen aus. Die Situation hat sich nach den guten Ernten Ende letzten Jahres jedoch gebessert. Aber wenn es darum geht, den Durchschnittsbürger zum Spenden zu animieren, dann ist es eben ertragreicher, die Zahl derer, die nur durch Spenden gerettet werden können, so hoch wie möglich anzusetzen.

Hunger wird durch Dürre verursacht, eine andere Überlegung läßt die Anzeige erst gar nicht zu: „Jetzt ist keine Zeit mehr, über Schuld und Theorien zu diskutieren.“

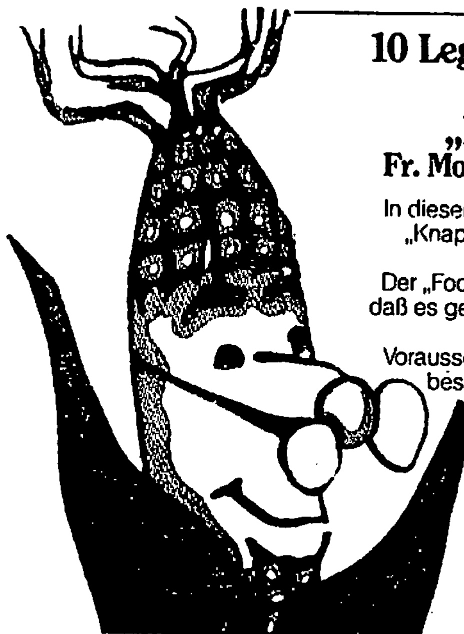
Mit solchen Erklärungsversuchen wird der Öffentlichkeits- und Bewußtseinsarbeit vieler anderer Hilfswerke und Aktionsgruppen entgegengearbeitet, die versuchen, die wahren Ursachen des Hungers zu erkennen und bekannt zu machen und dabei ganz andere Entstehungsursachen des Hungers aufdecken als einzig die Dürre. Im Interesse der Erhöhung des Spendenaufkommens beschränkt sich die DWHH jedoch darauf, das alte Vorurteil „Hunger = Dürre = Afrika“ zu wiederholen und zu bestätigen.

Es ist bedauernswert, daß die Mitarbeiter in der Werbeabteilung der DWHH eine ganz andere Meinung vertreten als sie ihr Generalsekretär auf Pressekonferenzen im Kreise seiner Kollegen aus anderen Hilfswerken äußert.

Das Problem dabei ist, daß Zeitungsberichte über solche Pressekonferenzen (sofern sie überhaupt veröffentlicht werden) nur von sehr wenigen eh' schon Interessierten und Informierten gelesen werden. An einer Anzeige jedoch, noch dazu mit einem so knappen und eingängigen Tenor (was gibt es anziehenderes und werbewirksameres als das Bild eines hungernden Negerkindes?), bleiben sehr viele Leser und Leserinnen hängen, die danach um so überzeugter sein werden, daß alleine ihre Spende und massive Nahrungsmittelhilfe den armen, von der Dürre geplagten Afrikanern helfen können. (Um Mißverständnissen vorzubeugen: an der Notwendigkeit von Nahrungsmittelhilfe in Katastrophenfällen besteht kein Zweifel.)

Heiligt der Zweck, möglichst viele Spenden zu sammeln, wirklich die Mittel?

br



Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung

Loseblattsammlung — Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit

Gesellschaft für entwicklungs-politische Bildung



Postfach 5222 7800 Freiburg

Lieferbare Titel:
Nicaragua · Peru · Zigeuner · Iran · Welthandel · Kolonialismus · Welthandel II · Bolivien · Imperialismus · Großtechnologie · Tourismus · Modernisierung des Elends · Waffenexport · Politische Flüchtlinge · Türken in Deutschland · Israel in Palästina · Brasilianischer Zucker.
Umfang ca. 32 Seiten; A 4 Format, kopierfähig; 4 Ausgaben/Jahr
Preis der Einzelnummer: DM 6,—
Abo (6 Nummern): DM 36,—
Bezug: GEB, Postfach 52 22, 7800 Freiburg

Die beiden (nicht ganz neuen) mir vorliegenden Hefte haben Kolonialismus und Imperialismus zum Thema; sie sind zugeschnitten auf Lerngruppen der Sekundarstufe I, enthalten aber auch Material, das in der Sekundarstufe II verwendbar ist. Ich habe sie in Teilen im Unterricht eingesetzt und war zufrieden damit; die Schüler konnten gut damit arbeiten, zumindest einigen blieb die Beschäftigung mit dem Thema nicht äußerlich.

Wulf Schmidt-Wulffen: Kolonialismus (DM 6,00)
Die Materialien beginnen mit deutscher Kolonialgeschichte und deren politischen und wirtschaftlichen Hintergründen. Daran knüpfen sich Informationen über die vorkolonialen und kolonialen Gesellschaften (Ost-)Afrikas und deren Transformation bzw. Zerstörung im Kolonialismus. Als Beispiel für aktuelle Probleme im Gefolge des Kolonialismus wird die Wanderarbeit in Afrika vorgestellt und die Industrialisierung als Lösungsstrategie kritisch diskutiert. In einem gesonderten Informationsblock wird die Geschichte des belgischen Kongo vom Status einer Privatkolonie des belgischen Königs über eine belgische Kolonie bis zur Unabhängigkeit (Lumumba, Katanga-Konflikt) und dem Otrag-Projekt in Zaire dargestellt, eine Geschichte, die geprägt ist von massiver Einmischung wechselnder kolonialer und imperialistischer (Groß-)Mächte. Das Literaturverzeichnis enthält neben zeitgenössischen Quellen kritische und bewußt auch apologetische Sekundärliteratur.

Hans-Jürgen Müller: Imperialismus (DM 5,00)
Dieses Heft verknüpft die industrielle Revolution in Europa und den Vereinigten Staaten eng mit der Ausbeutung der Dritten Welt; ein Comic stellt die Grundtatsachen der Industrialisierung im 19. Jahrhundert dar, graphische und tabellarische Informationen schließen sich an. Die soziale Lage und der Klassenwiderspruch in den sich industrialisierenden Ländern wird plastisch vorgeführt; ein Ausschnitt aus der Einleitung zu „Lohnarbeit und Kapital" bietet eine erste Einführung in die marxistische Mehrwerttheorie.

Am Beispiel der USA, des Eisenbahnbaus und des Suezkanals wird der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus deutlich, damit verbunden die Konkurrenz der imperialistischen Mächte untereinander (1. Weltkrieg, Kriegspropaganda). Der letzte Block stellt die Frage nach der Aktualität des Themas: diskutiert wird deutsche Atomtechnologie in Brasilien.

Wenn wieder einmal in der Sozialkunde- oder Geschichte-Fachkonferenz der Lernmitteletat auf der Tagesordnung steht, sollte man an diese Reihe denken!

Leo Kauter

Rezensionen

Morgen ist ein anderer Tag

„Morgen ist ein anderer Tag", ein Roman aus Argentinien von Rubén Gallucci, edition CON, 1985, 138 Seiten, 20,00 DM

„...Entführungswelle hält an: Professor Ricardo Clem wurde gestern von schwerbewaffneten Männern in Zivil aus seinem Hörsaal im colegio nacional entführt. Menschenrechtsorganisationen vermuten neuen Fall von politisch motiviertem Verschwindenlassen..."

Was sich hinter diesen einfachen Pressemitteilung an erschütternden Erfahrungen und Leid verbirgt, hat der Autor in einer nahegehenden Schilderung seiner selbst er- und überlebten sechs Monate dauernden Verschleppung mitzuteilen versucht. Die bei zahllosen Verhören und brutalen Folterungen erlittenen Qualen in den Kellern der Geheimpolizei und Militärs werden dem Leser gerade dadurch besonders nahegebracht, daß Gallucci in einfachen, knappen Sätzen seine Gedanken und Empfindungen aneinanderreiht, wie sie ihm durch den Kopf gingen. Für den Leser wird es dadurch unmöglich, dem Mitleiden auszuweichen. Er bekommt die immer wieder enttäuschten Erwartungen auf Freilassung, die Ängste um Freunde und Familie, das wochenlange Festgehaltensein mit verbundenen Augen und gefesseltem Körper, die kaum begreifbaren Demütigungen und Verletzungen durch Elektrofolter und Isolationshaft, die allmähliche Reduzierung allen Denkens im Laufe des Gefangenseins auf Essen und Trinken so deutlich vor Augen geführt, daß das Buch — wie Helmut Frenz im Vorwort sehr treffend bemerkt — nach der Lektüre nicht einfach beiseitegelegt werden kann, als sei nichts geschehen.

Mich hat besonders getroffen, daß Gallucci jedesmal, wenn es so schien, als ob das Maß an möglicher Unmenschlichkeit und Grausamkeit erreicht sei, beim nächsten Militärposten noch schlimmeres erleiden mußte. Neben dem eigenen Leiden deutet er auch viele weiterreichende Zusammenhänge an. Er erzählt von enttäuschten Überläufern aus den eigenen Reihen, die mit den Militärs politisch zusammenarbeiten und zum Verschwinden weitere Menschen beitrugen, er gibt Einblicke in die Beweggründe und Einstellungen der Folterer und verbirgt auch nicht das lähmende Mißtrauen der Gefolterten untereinander, die in ihrer Verzweiflung oft eigene Ideale verrieten.

Leider ist der deutschen Übersetzung des Romans keine Erläuterung der jüngsten argentinischen Geschichte beigefügt, so daß trotz Erklärung einiger Abkürzungen und Eigennamen in einer Anmerkung, eine politische Einordnung des Geschehenen nur mit entsprechendem Hintergrundwissen möglich ist. Dafür aber deckt Galluccis Erfahrungsbericht auf, was nüchterne Analysen über Menschenrechtsverletzungen nicht erhellen können. Gerade in einem Staat, der trotz Auschwitz und faschistischer Vergangenheit die Macht der argentinischen Militärs im wirtschaftlichen und militärischen Bereich gefestigt hat, ist dieses Buch besonders lesenswert, denn es ist, wie Frenz im Vorwort aufführt, „sicher, daß alle Leser dieser Leidensgeschichte mitleiden und darum auch mitkämpfen werden."

Markus Kleine

Keine Kredite für Apartheid! Kein Geld für Gold aus Südafrika!

In Südafrika ist der Ausnahmezustand erklärt, und seit Anfang November 1985 darf auch nicht mehr über die Unruhen berichtet werden. Aber trotzdem können wir uns ein Bild machen von der Situation in Südafrika und Namibia, das entgegen dem Völkerrecht von südafrikanischem Militär besetzt ist.

Ohne die wirtschaftliche Unterstützung der USA, Großbritanniens und der Bundesrepublik könnte die Botha-Regierung nicht überleben.

Bereits Anfang der sechziger Jahre machten Vertreter der Schwarzen in Südafrika auf die wirtschaftlichen Verbindungen westlicher Länder mit dem Apartheidsregime aufmerksam, und viele Banken haben ihre Südafrikageschäfte inzwischen eingestellt, bereits 1976 die AMRO und die Algemeine Bank in den Niederlanden, später u. a. die Chase Manhattan Bank und neuerdings die größte Bank der Welt — die City Bank. Schweden hat per Gesetz Anleihen und Kredite für den Apartheitstaat untersagt.

Als es in den USA schwierig wurde, Kredite zu bekommen, stiegen vor allem bundesdeutsche Banken verstärkt in das Südafrika-Geschäft ein. „Während Banken anderer Länder sich aus politischen Gründen aus Südafrika zurückziehen, treten die bundesdeutschen Banken geradezu als Lückenfüller auf", so der Präsident des US amerikanischen Kirchenrats 1981.

Allein zwischen September und Dezember 1984 vergaben sie unter Führung der drei Frankfurter Großbanken drei Anleihen an Südafrika über 450 Millionen DM (F. R. 2.4.85). Daneben investieren viele bundesdeutsche Unternehmen in Südafrika, und sie benötigen dazu Auslandsinvestitionskredite. Diese und die Finanzierung des Warenhandels gehören ebenfalls zum Auslandsgeschäft der Banken. Schätzungen über bundesdeutsche Investitionen beginne bei 2—4 Milliarden DM (nur Direktinvestitionen) und reichen bis zu 12 Milliarden DM (einschließlich Reininvestitionen von Gewinnen).

Je höher das Engagement von Wirtschaft und Banken in Südafrika ist, um so größer ist auch das Interesse am Erhalt der Apartheid. Deshalb ist es an der Zeit, daß auch die bundesdeutschen Banken den Druck zu spüren bekommen, der letztlich auch die US Banken zu einer anderen Politik bewegt hat. Anfragen und Empfehlungen von Anti-Apartheid-Gruppen und Kirchenorganisationen an die bundesdeutschen Banken und auch vereinzelte Kontokündigungen blieben bisher erfolglos. Der Druck muß größer werden, die Aktionen offensiver und wirksamer. Wirksamkeit ist aber nur zu erreichen, wenn genügend Leute zur gleichen Zeit an einer gemeinsamen Aktion teilnehmen.

— **Keine weiteren Kredite/Anleihen für Südafrika**
— **Einstellung des Verkaufs von Krügerrand-Goldmünzen**

Die Solidaritätsbewegung der Apartheidsgegner in der Bundesrepublik plant für den 16.5.1986 einen „Bankentag". Bis zu diesem Zeitpunkt wollen wir eine Kontenkündigungskampagne bei Banken einleiten, die am Südafrika-Geschäft beteiligt sind.

Den Ablauf der Kontokündigungskampagne stellen wir uns wie folgt vor:

1. Den ersten Brief, den Sie an Ihre Bank richten sollen, ist eine Anfrage zur Beteiligung am Südafrikageschäft (Musterbrief bei unten stehender Adresse anfordern). Schicken Sie ihn aber nicht direkt an Ihre Bank, sondern an die unten angegebene zentrale Adresse für diese Aktion. Wir werden diese Briefe sammeln und sie unmittelbar vor dem Bankentag (16.5.86) den Banken möglichst öffentlichkeitswirksam übergeben. Wir versprechen uns von dieser Art des Vorgehens mehr Erfolg als durch einen isolierten nichtöffentlichen Schriftverkehr mit der Bank.
2. Nach unseren Erfahrungen werden Sie von Ihrer Bank ein Antwortschreiben erhalten. Leiten Sie auch dieses (oder eine Kopie) an uns weiter. Wir werden dann die Briefe auswerten und Kündigungsschreiben entwerfen, die auf die unterschiedlichen Argumente eingehen.
3. Die Standardkündigungsschreiben werden wir Ihnen zuschicken. Wie bei dem ersten Brief, sollen Sie auch diesmal nicht die Kündigung direkt an Ihre Bank senden, sondern wieder an die unten angegebene zentrale Adresse. Wir hoffen dann zum 31.10.86, wiederum öffentlichkeitswirksam, Tausende von Kündigungen gemeinsam abschicken zu können.
4. Inhaber von Postgirokonten können an der Kampagne nicht teilnehmen, da die Post per Bankgesetz Geschäftsarten, wie sie im Geldverkehr mit Südafrika wichtig sind, nicht ausführen darf.
5. Kontoinhaber der Bank für Gemeinwirtschaft (Eigentümer DGB) sollten den 1. Brief auch schreiben. Vor dem Abschicken des Kündigungsschreibens (siehe 3.) hoffen wir, durch innergewerkschaftlichen Druck die BfG so weit zu haben, daß sie sich ganz aus dem Südafrikageschäft zurückzieht und neben der Post eine echte Alternative für die Neueröffnung gekündigter Konten wird.

Die zentrale Adresse ist:
Betriebsgruppe der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) an der IGP (Integrierte Gesamtschule Paffrath)
z. Hd. Christa Sanio
Borngasse
5060 Bergisch Gladbach 2

Tagungshinweise

„Bäuerliche Solidarität oder Jeder für sich — Kann die deutsche Landwirtschaft zur Bekämpfung ländlicher Armut in der Dritten Welt beitragen?", 11.—13. 4. 86, Waldenburg-Hohebuch, Information und Anmeldung: Ländl. Heimvolkshochschule, 7112 Hohebuch

„Den Krieg in Eritrea beenden", Öffentliche Anhörung der GRÜNEN im Bundestag, 27.— 29. 4. 86, Information und Anmeldung: Ursula Eid, MdB/DIE GRÜNEN im Bundestag, 53 Bonn

Tournee der Gruppe **„African Dawn"**, Poesie-Gesänge-Musik aus Schwarzafrika, 1. 5.—19. 6. 86, bei Interesse an Terminen: AZAKO, Achtermannstr. 10—12, 44 Münster, 0251/51 1998

„Nicaragua in der deutschen Presse", Ein medienpolitisches Gespräch zwischen Journalisten und der Solidaritätsbewegung, 10./11. 4. 86, Frankfurt, Information und Anmeldung: Dienste in Übersse, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13

Vernetzungstreffen aller mit asiatischem Prostitutionstourismus beschäftigten Gruppen und Einzelpersonen, 25.—27. 4. 86, Frankfurt, Information und Anmeldung: Tippawan Duscha, Arheilgerstr. 72, 6100 Darmstadt

„Weltwirtschaft und Verschuldungskrise", 18.—20. 4. 86, Bielfeld, Information und Anmeldung: BUKO, Nernstweg 32—34, 2000 Hamburg 50

Internationales Sommertheater-Seminar, 16.—25. 8. 86, Bergisch-Gladbach, Information und Anmeldung: Jeanine de Heus, Europ. Akademie Lerbach, 5060 Bergisch-Gladbach

Tübinger Kongreß **„Krieg — Kultur — Wissenschaft"**, 11.—13. 4. 86, Information und Anmeldung: Abt. für Religionswissenschaft, Reutlingerstr. 2, 74 Tübingen

Solidaritätskongreß **„Perspektiven kritischer Solidaritätsarbeit mit den Sozialen Bewegungen in Südasien"**, 11.—13. 7. 86, Heidelberg. Ausführliche Beiträge für den geplanten Reader sind willkommen und erwünscht (Einsendeschluß: 31. 3. 86), Information und Anmeldung: AK Swaraj, c/o Christian Weiss, Lutherstr. 23, 69 Heidelberg

„Gruppenstrukturen in alternativen Projekten", 8.—11. 5. 86, Münstertal (AG-SPAK), Information und Anmeldung: Martina Raacki, Lorettostr. 56, 78 Freiburg

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

durch eine technische Panne in der Binderei wurden bei einer geringen Anzahl von Exemplaren der letzten Nummer einige Seiten doppelt und andere gar nicht eingeheftet.
Wer von unseren Lesern und Leserinnen hiervon betroffen ist, möchte uns dies bitte kurz mitteilen: er/sie erhält dann kostenlos ein vollständiges Heft nachgeliefert. **Red.**

Tagungshinweise

Seminare des Arbeitskreises Entwicklungspolitik (AKE), Horstweg 11, 4973 Vlotho:
„Drei Welten oder eine?", 13.—17. 6. 86, Vlotho
„Neue entwicklungspolitische Filme", Analyse und Anwendung in der Bildungsarbeit, 23.—25. 5. 86, Oerlinghausen
„Der Internationale Währungsfonds (IWF)", 30. 5.—1. 6. 86, Bielefeld
„Frauen in der ‚Dritten Welt' — Frauen in der ‚Ersten Welt'", 13.—15. 6. 86, Herford
„Asyl in Deutschland", 14.—16. 5. 86, Vlotho
„Leben und Arbeiten ausländischer Familien in der BRD", 28. 7.—1. 8. 86, Siegen
Austauschprogramm mit Sambia: Vorbereitungsseminar zum Besuch der sambischen Gruppe vom 18.—20. 4. 86, Vlotho
„Kann die Familie die Probleme der Jugendlichen noch auffangen?", Erfahrungsaustausch zwischen Afrikanern und Deutschen, 13.—15. oder 15.—17. 6. 86, Vlotho

Bildungstag '86, 11.—13. 4. 86, Frankfurt, Information und Anmeldung: Soz. Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4

„Solidarität — spielerisch lernen", Dritte-Welt-Spiele als Methode der Jugend- und Erwachsenenbildung, 2.—4. 5. 86, Banrstorf, Information und Anmeldung: Eine Welt-Werkstatt, Oscar-Romero-Str., 2847 Barnstorf

Deutscher Umwelttag, 6.—8. 6. 86, Würzburg, Information: Geschäftsstelle Deutscher Umwelttag, Kalkuhlstr. 24, 53 Bonn 3

Seminare des Förderungswerks für rückkehrende Fachkräfte der Entwicklungsdienste, c/o Kübel-stiftung, Postfach 66, 6140 Bensheim 1:
„Filme — ein Medium entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit", 11.—13. 4. 86, Ludwigshafen
„Kleinkredite als Entwicklungshilfe — eine Form der Selbsthilfe", 18.—20. 4. 86, Falkenstein/Taunus
„Handwerkstechniken aus der Dritten Welt — ein Instrument entwicklungspolitischer Bildungsarbeit", 6.—8. 6. 86, Niederstadtfeld/Eifel
Erfahrungen in der Fremde — ein Frauen-Seminar", 27.—29. 6. 86, Vogelsburg
„Kulturwandel in Ländern der Dritten Welt", 5.—7. 9. 86, Bad Boll
„Die Entwicklung Indiens — ein Länderseminar", 19.—21. 9. 86, Neuenbürg/Pforzheim
„Entwicklungspolitische Theaterarbeit", 10.—12. 10. 86, Münster
„Peru — Reflexion eines Entwicklungsweges", 24.—26. 10. 86, Falkenstein/Taunus
Lateinamerikanische Literatur — Bücher als Mittel entwicklungspolitischer Bewußtseinsbildung", 28.—30. 11. 86, Bonn

12. Tübinger Festival **„Heimat und Internationale Solidarität"**, 23.—25. 5. 86, Information und Anmeldung: Club Voltaire, Haaggasse 26b, 74 Tübingen

Seminare des Bildungswerks des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kanzleistr. 20, 7000 Stuttgart 1:
„Entwicklungshilfe — Hilfe für wen?", 19./20. 4. 86, Wernau
„Weltwirtschaft und Verschuldung der Entwicklungsländer", 28./29. 6. 86, Mainhard-Ammertsweiler
„Militärische Auseinandersetzungen in der Dritten Welt", 4./5. 10. 86, Wiesensteig
„Das Bild der Dritten Welt bei uns und die Macht der Medien", 15./16. 11. 86, Wiesensteig

„Verschuldung und Ausbeutung der Dritten Welt und die Rolle der Bundesrepublik", Internationale wissenschaftliche Konferenz, 31. 5./1. 6. 86, Köln, Information und Anmeldung: Institut für marxist. Studien und Forschungen, Oberlindau 15, 6000 Frankfurt

„Sympathiewerbung für die Bundesrepublik", Interessen, Auswirkungen und Zukunftsvisionen des Exports von Medien in die Dritte Welt, 2.—4. 5. 86, Bad Urach, Information und Anmeldung: Evang. Akademie, 7325 Bad Boll

Aktionswoche **„HOECHST auf dem Prüfstand"**, 26. 5.—7. 6. 86
Vorbereitungsseminare:
21.—23. 3. 86, Frankfurt
11.—13. 4. 86, München
18.—20. 4. 86, Bonn
Information und Anmeldung: BUKO-Pharma-kampagnen, Dritte Welt-Haus, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1

„Algerien und unsere Solidarität", 25.—27. 4. 86, Gelnhausen, Information und Anmeldung: Dienste in Übersee, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13

„Kirche kontra Kapital?" (auf dem Hintergrund des Hirtenbriefs der US-amerikanischen Bischöfe), 18.—20. 4. 86, Barnstorf, Information und Anmeldung: AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn

Sowjetunion und Dritte Welt: Ausbeutung oder Brüderliche Hilfe?

Unter diesem Titel wird vom 18.—20. April in der Nähe von Dortmund ein Seminar stattfinden, das besonders interessante Diskussionen verspricht. Die Referenten vertreten unterschiedliche Positionen. Unter ihnen sind bekannte Befürworter und Kritiker der sowjetischen Politik. Es wird so möglich sein, die sich bisher im wesentlichen in Zeitschriften ausgetragene Diskussion während eines Wochenendes hoffentlich fruchtbar zu führen.

Thematisch sollen auf dem Seminar drei Komplexe behandelt werden.

1. Das sowjetische Selbstverständnis, Referent Klaus Fritsche.
2. Sowjetische Handels- und Entwicklungshilfepolitik, Referenten Rainer Falk (AIB-Autor) und Konrad Melchers (epd-Entwicklungspolitik)
3. Sowjetische Militärpolitik gegenüber der Dritten Welt; Referenten Peter Wahl (ASK und AIB-Autor) und Stefan Tiedtge (Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung)

Warum aber überhaupt so ein Seminar? Als im Mai 1982 das iz3w in den „blättern" Nr. 101 feststellte, daß die Einschätzung der UdSSR zu den „blinden Flecken in unserem politischen Weltbild" gehört, stieß dies auf breite Zustimmung. Seitdem haben die „blätter" zwei Ausgaben zu diesem Thema bestritten, verschiedene andere Zeitschriften haben dies aufgenommen, und nicht zuletzte, hat im letzten Jahr das AIB damit begonnen, in einer Artikelserie die sowjetische Politik zu verteidigen. Weit verbreitet ist zwar Kritik an der UdSSR, noch weiter verbreitet aber die Auffassung, daß die Rolle der UdSSR in der Dritten Welt nicht sehr bedeutend seiund man sich deshalb auf die Kritik an den USA beschränken solle. Hat dies doch auch den Vorteil, ohne Auseinandersetzung eine Zusammenarbeit zwischen Kritikern und Befürwortern Moskaus zu ermöglichen.

Das Ergebnis ist gegenüber der sowjetischen Politik vielfach ein Schweigen. Nehmen wir ein aktuelles Beispiel. Während alle Welt Marcos Wahlfälschung vorwirft und seinen Rücktritt fordert, gratuliert als erster der sowjetische Botschafter in Manila Marcos mit Handschlag zu seinem Sieg und die UdSSR kritisiert die USA wegen „Einmischung in die inneren Angelegenheiten" der Philippinen. Marcos sei schließlich, so hätte es die Auszählung der Stimmen ergeben, ordnungsgemäß gewählter Präsident. Eine Reaktion, die sicherlich Ablehnung hervorrufen wird. Aber es ist schon abzusehen: Da die UdSSR kaum eine Rolle auf den Philippinen spielt, wird bald wieder zur Tagesordnung übergegangen.

Ein Grund hierfür: Kaum jemand hat sich mit den Zielen der sowjetischen Politik in der Dritten Welt beschäftigt! Kaum jemand kennt die ökonomischen, politischen und militärischen Interessen der UdSSR und die Taktik, die diese in den verschiedenen Regionen der Welt einschlägt. Und damit fällt es natürlich auch schwer, solche Schritte einzuordnen.

Mit der Durchführung dieses Seminars soll ein weiterer Schritt dazu gemacht werden. An einem Wochenende können natürlich nicht alle Fragen diskutiert werden. Wir haben uns deshalb dazu entschlossen mit den Wirtschafts und Militärhilfebeziehungen zu beginnen. Diskutiert werden sollen dabei u. a. folgende Fragen:

- Hat die UdSSR ökonomische Interessen in ihren Beziehungen zur Dritten Welt? Welche?
- Welche Bedeutung hat der Handel mit der UdSSR für die Länder der Dritten Welt?
- Welche Entwicklungsprojekte fördert die UdSSR? Welche Interessen verfolgt sie dabei?
- Sowjetische Rüstungsexportpolitik: Umfang und Interessen
- Wie begründet die UdSSR ihr militärisches Engagement in Asien, Afrika und Lateinamerika?
- Worin unterscheidet sich diese Politik von der der westlichen Länder?

Dies sind natürlich nur einige der Fragen, die in diesem Zusammenhang diskutiert werden sollen. Wir hoffen, daß die 45 Plätze, die uns zur Verfügung stehen, auch alle voll werden. Anmeldungen sind zu richten an: Südostasieninformationsstelle, 4630 Bochum, Josephinenstraße 71, Tel. (02 34) 50 27 48. Das Seminar findet in Haus Husen, Hohensyburg (bei Dortmund) statt. An die Teilnehmer werden vor dem Seminar Unterlagen versandt. Teilnehmergebühr ist 40,00 DM. Fahrtkosten werden zu 50% erstattet.

Kf.

Zeitschriftenschau

Südostasien Information Nr. 1/86
Schwerpunkt: Militarisierung in Südostasien (Rolle des Militärs in der Thai-Gesellschaft, Militär in Malaysia als Counter-Insurgency Truppe, Pancasila als Waffe in Indonesien,) und außerdem: eine Dokumentation zu den Streitkräften in ??? und zur sowjetischen Flottenpräzenz in Vietnam (Cam Ranh Bay).
Bezug: Südostasienstelle, Josephinenstr. 71, 4630 Bochum
Einzelheft: 6,— DM

ila-info Nr. 93 März 1986
Schwerpunkt: Puerto Rico — Zwischen Rock und Salsa. Die Situation der US-Kolonie Puerto Rico, die von der Dritte Welt Bewegung bislang weitgehend unbeachtet blieb. Die Ausgabe enthält Beiträge zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, zur Bevölkerungspolitik der Kolonialmacht, die Bedeutung der Insel für die Militarisierung der Karibik, zur Frage der kulturellen Identität in der puertorikanischen Literatur, sowie ein Gespräch mit einer in der BRd lebenden Puertorikanerin. Außerdem Beiträge zu Paraguay, Haiti, zu Daimler Benz in Nicaragua und Brasilien.
Bezug: Informationsstelle Lateinamerika e. V., Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, Einzelheft: 3,50 DM

Materialsammlung Nr. 4 der Kontakt- und Informationsstelle für rückkehrende Fachkräfte
Schwerpunkt: Das Recht auf Nahrung. Die Sammlung enthält Beiträge zur Nahrungsmittelversorgung, schwerpunktmäßig in Afrika, Dokumentationen, Literatur- und Medienhinweise zur Problematik der Hunger- und Nahrungsmittelkrise
Bezug: Kontakt- und Informationsstelle, Kübelstiftung, Darmstädter Str. 100, 6140 Bensheim
Preis: 2,— DM

Trialog Nr. 8
Schwerpunkt: Erneuerung historischer Stadtzentren mit Fallbeispielen zu Sanaa/Jemen, Salalagh/Oman, Baghdad/Irak, Zanzibar/Tansania, Mexiko-Stadt und zu Shanghai
Bezug: Trialog, Ploennisstr. 18, 6100 Darmstadt
Preis: 9,— DM, Studenten 6,— DM

Brasilien Nachrichten Nr. 88
Schwerpunkt: Gesundheit in Brasilien mit Artikeln zum Aufbau einer Pflanzenapotheke, Lepra ist heilbar, zur Pharmaindustrie, über die Familienplanung und Kindersterblichkeit, zur Geburtshilfe in Fortaleza. Außerdem aktuelle Berichte zur Landreform, zu den Bürgermeisterwahlen
Bezug: Brasilien Nachrichten, An der Illoshöhe 30, 4500 Osnabrück
Preis: 7,— DM

epd-Entwicklungspolitik 3/86
Schwerpunkt: Reisen die Reichen auf Kosten der Armen? Das Heft stellt eine internationale Organisation gegen den Tourismus in die Dritte Welt vor, die Ecumencial Coalition on Third World Tourism und enthält Beiträge zum Prostitutionstourismus. Außerdem: Unternehmensportraits zu Henkel und einen Beitrag zur Plantagenwirtschaft.
Bezug: epd, Vertrieb, Friedrichstr. 2—6, 6000 Frankfurt 17
Einzelheft: 3,— DM

AIB 3/1986
Enthält Beiträge zu Philippinen, zum Sturz von Duvalier auf Haiti, zu Libyen, Lesotho, Westsahara, Nicaragua und Chile
Bezug: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg
Einzelheft: 3,— DM

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 100
Schwerpunkt: BUKO-Pharma-Kampagne. Im Vordergrund stehen die Expertenkonferenz der Weltgesundheitsorganisation, über den „Rationalen Gebrauch von Medikamenten" und die Gründung von „Health Action International Ost & Zentralafrika". Außerdem Beiträge zu Ausländer/Asylanten, zur Rüstungsexportkampagne, Menschenrechte für Indianer, über thailändische Bauerngruppen.
Bezug: IG Dritte Welt, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21
Einzelheft: 3,— DM

Neuerscheinungen

Auswirkungen von Eigenanstrengungen auf den Entwicklungsprozeß von Klaus Fertig und Deiter Kebschull, Forschungsberichte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1985, VII, 408 Seiten, broschiert, DM 35,—, ISBN 3803903173

„Berstender Bambus" von Reinaer Werning, Befreiungskampf und Gesundheitswesen auf den Philippinen, Hrsg. medico international, Sendler aktuell 1986, Frankfurt, ISBN 3-88048-077-X

Bericht: Bäuerliche Selbsthilfe in einer abgesicherten ländlichen Entwicklung, Bericht über eine Tagung, Dez. 1985, 95 Seiten, umsonst. Hrsg. Dt. Stiftung für internationale Entwicklung, Zentralstelle für Ernährung und Landwirtschaft, Wielinger Str. 52, 8133 Feldafing; Bezug über: DSE Hans-Böckler-Str. 5, 5300 Bonn.

„DER STREIT", Sondernummer 27/28, Der Befreiungskampf Indochinas, Hrsg. G. Fischer, E. Riess, Bezug: E. Riess, Grasdorfer Str., A-1210 Wien, ÖS 50,—

„Die Vögel des falschen Paradieses" von Güney Dal, Erzählungen in zwei Sprachen (türkisch — deutsch), Dagyeli-Verlag, Frankfurt 1985, 100 Seiten, 14,80 DM, ISBN 3-924320-19-5

„Entscheidung für die Hoffnung", von Hans A. de Boer, DM 12,80, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1984, ISBN -3-87294-239-5

„Frauen gegen Gentechnik", 1. Auflage Jan. 1986, Hrsg.: Die Grünen im Bundestag, Ak Frauenpolitik, Dokumentation, Kölner Volksblatt Verlag, Palmstr. 17, 5000 Köln 1, DM 19,80.

„Frauenarbeit im Entwicklungsprozeß", Ilse Lenz und Renate Rott (Hrsg.), Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für internationale Probleme (SSIP) e. V., SSIP Bulletin 53, Verlag Breitenbach Publishers Saarbrükken — Fort Lauderdale 1984, 38,— DM, 351 Seiten, ISBN 3-88156-271-0.

„Fremdartig/Garip", von Orhan Veli Kanik, Gedichte in zwei Sprachen, übersetzt und mit einem Nachwort von Yüksel Pazarkaya, Dagyeli Verlag, Frankfurt 1985, Bezug: Dagyeli Verlag, Herbartstr. 30, 6000 Frankfurt 100, DM 24,80, ISBN 3-924320-24-1.

„Geschichte und Lehre des anatolischen Alevismus-Bektarismus", Frankfurt 1985, Dagyeli Verlag, Herlartstr. 30, 6000 Frankfurt 100.

„Migration to Shashemene", Ethnicity, gender and occupation in urban Ethiopia, Uppsala 1985, 291 Seiten, 100 SEK, zu beziehen über Almquist und Uriksell.

„Rote Erde — Schwarzer Zorn", Lesebuch für ein anderes Südafrika, Hrsg. Horst Heidtmann/Christoph Plate, Signal Verlag Baden-Baden 1986, 224 Seiten, DM 29,80.

„Umbruch in der Weltwirtschaft", Fröbel, Heinrichs, Kreye, rororo-Aktuell, Feb. 1986, 586 Seiten, 19,80 DM, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbeck bei Hamburg, ISBN 3-3499-15744-6.

„S.O.S. Rassismus", Biographie einer Aktion, VIA-Verband der Initiativen in der — Regionalverband Nord e. V. (Hrsg.), Reihe X-Press aktuell, Berlin 1985, DM 9,80, ISBN 3-88548-501-X, Express-Edition GmbH, Ritterstr. 60b, 1000 Berlin 61.

„Waterlogged Wealth", Why waste the would wet places, von Edward Malthey, An Earthscan Paperback, 1986, 200 Seiten, 3,95 englische Pfund, ISBN 0-905347-63-3.

„Welcher eigene Weg der Entwicklung ist möglich?", Beispiele aus den südpazifischen Inselstaaten und Indonesien, Institut für Internationale Begegnungen, Dezember 1985, 54 Seiten, Format DIN A 4.

„Weltpolitik: Strukturen, Akteure, Perspektiven", Karl Kaiser, Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1985, 742 Seiten.

„Wirtschaftliche, soziale und politische Bedingungen der Entwicklung", Ein Beitrag zur Klärung von Entwicklungserfolgen in Ländern der 3. Welt, von Herbert Wilkens, Hans J. Petersen und Siegfried Schulz, Forschungsberichte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1985, XVII, 322 Seiten, DM 35,—, broschiert, ISBN 3-8039-0318-1.

„Tenants and Nomads in Eastern Sudan", a study of economic adaptions in the New Halfa Scheme, Uppsala 1985, 159 Seiten, 70 SEK, zu beziehen über Alquist und Wiksele International, Po Box 62, S-10120 Stockholm — Schweden.

„Wem gehört das Land?", Soziale Aktionsgruppen in Indien, IASW Uwe Hoering, Ruth Neuwirth, Bernd Scheel (Hrsg.), Express Edition, Berlin 1985, DM 12,80, ISBN 3-88548-360-9.

„Die Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland", von Astrid Bröker/Jens Rautenberg, EXpress Edition, 500 Seiten, DM 58,—, ISBN 3-88548-458-4, EXpress-Edition, Ritterstr. 60b, 1000 Berlin 61.

„Pro-monvoir l'autopromotion paysanne", Rapport sur le cours de perfection-alement-professionel, Rapporteurs: Volker Janssen, Thomas Schweden Sky, Fel dafing 1985, 190 Seiten, kostenlos bei der DSE Hans-Böckler-Str. 5, 5300 Bonn.

„Paco Yunque", von Juan Acevedo, eine Bildergeschichte nach der Erzählung von Cesar Vallejo, AG SPAK 5,50 DM, zu beziehen über: AG SPAK, Kistlerstraße 1, 8000 München 90.

„Indien — Japan", Wirtschaft und Gesellschaft im entwicklungsgeschichtlichen Vergleich, von Ingeborg Wendt, Junius Verlag 1986, Hamburg, 1. Auflage, ISBN 3-88506-141-4, 208 Seiten, ca. 24,80 DM.

„Brücken über die Apartheid", Gespräche in Südafrika des Ausnahmezustandes, von Thomas Kurchem, Serie Piper Aktuell, München Januar 1986, 329 Seiten, Dm 14,80, ISBN 3-482-00649-3.

„Philippinen — wenn der Bambus bricht", rororo-Aktuell, 219 Seiten, DM 10,80, ISBN 3-499-157-39 X.

665/ 1/132/51934

Viktor Lüpertz
Bergstr. 6

D-7801 Oberried

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F

iz 3w
Postfach 5328
7800 Freiburg